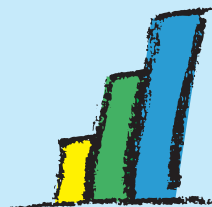


Daten + Analysen

Landesbetrieb für
Datenverarbeitung
und Statistik
Land Brandenburg



Quartalsheft



III 2004



Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 234

Mikrozensus, Arbeitsmarkt

Dr. Jürgen Hübner

Telefon: 0355 4868 - 201

E-Mail: juergen.huebner@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik

Dezernat Informationsmanagement

Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Internet: www.lds-bb.de

E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im September 2004

Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

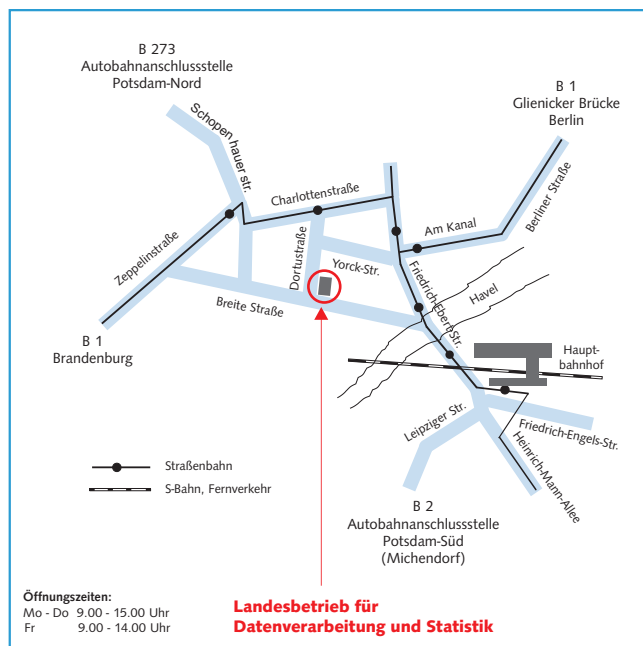
Informationsservice Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Vertrieb Telefon: 0331 39 - 496

Fax: 0331 39 - 418

So finden Sie uns:





Daten + Analysen

III 2004

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell.....	5
----------------------------	----------

Beiträge	12
-----------------------	-----------

Wirtschaftstrends im Überblick – Mai 2004.....	12
Die Einführung des unterjährigen Mikrozensus ab 2005.....	14
Außenhandel mit den zehn Beitrittsländern der Europäischen Union	19
Monats- und Jahresverdienste im Produzierenden Gewerbe 2000 bis 2003	26
Die Entwicklung des Wirtschaftszweiges „Ernährungsgewerbe“ im Land Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2003.....	32
Klärschlammaufkommen im Land Brandenburg von 1995 bis 2001	36
Historische Wurzeln des Süd-Nord- und West-Ost-Gefälles.....	40

Neue Veröffentlichungen.....	52
-------------------------------------	-----------

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



es ist kein Geheimniss – die Europäische Union bestimmt immer stärker das Handeln der Amtlichen Statistik, natürlich auch das der Brandenburger. In diesem Heft finden Sie zwei Beiträge, die eine europäische Komponente, wenn nicht gar Dimension, besitzen. Der Mikrozensus, unsere „Kleine Volkszählung“, ist in die Jahre gekommen und wird nach fast 50-jährigem Bestehen generalüberholt. In unserem ersten Beitrag informieren wir Sie ausführlich zu den vorgesehenen Veränderungen. Diese werden im Jahr 2005 erstmals zum Einsatz kommen. Dem Außenhandel Brandenburgs mit den zehn neuen Beitrittsländern der Europäischen Union widmen wir unseren zweiten Beitrag. Er enthält neben vielen Tabellen und Grafiken auch für mich neue und sehr interessante Details.

Die weiteren drei Abhandlungen befassen sich im erweiterten Sinn mit der Nahrung. Zum einen mit dem „Ernährungsgewerbe“ selbst und zum anderen mit den vor- bzw. nachfolgenden Stufen des Wirtschaftskreislaufes. Es sind: die Verdienste im Produzierenden Gewerbe – dem stärksten Wirtschaftszweig in Brandenburg – sowie die Entwicklung des Klärschlammaufkommens in unserem Bundesland.

Mit einem historischen Gastbeitrag, der eventuell auch einen aktuellen Bezug hat, runden wir dieses Heft ab.

Mit freundlichen Grüßen

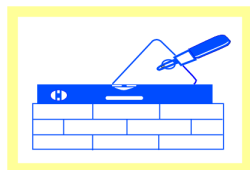
A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Arend Steenken'.

Arend Steenken

Präsident des Landesbetriebes für
Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg

Aus Brandenburg

7 169 Bauvorhaben im 1. Halbjahr 2004 genehmigt



Im 1. Halbjahr des Jahres 2004 wurden im Land Brandenburg insgesamt 7 169 Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erteilt.

Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2003 wurden damit 6 Prozent weniger Bauvorhaben durch die Bauaufsichtsbehörden an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik gemeldet.

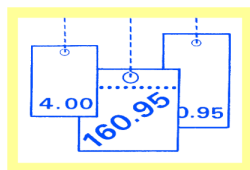
Insgesamt, einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, wurden 6 756 Wohnungen (- 8,8 Prozent) genehmigt. 6 112 Wohnungen (- 9,6 Prozent) sollen in neuen Wohngebäuden errichtet werden. In den ersten sechs Monaten in 2004 wurden 5 730 Wohnungen (- 7,7 Prozent) in Ein- und Zweifamilienhäusern genehmigt. In Mehrfamilienhäusern wurde für 382 Wohnungen eine Baugenehmigung erteilt (- 30,9 Prozent).

47 Wohnungen werden bei der Errichtung neuer Nichtwohngebäude (z. B. Hausmeisterwohnung in einer Schule) mit errichtet.

Im Zeitraum Januar bis Juni 2004 wurden im Nichtwohnbau 325 neue Bauvorhaben mit einer Nutzfläche von 281 Tausend m² und 258 Millionen EUR veranschlagten Baukosten von den Bauaufsichtsbehörden gemeldet. Im 1. Halbjahr 2003 wurden dagegen 306 Nichtwohngebäude mit einer Nutzfläche von 349 Tausend m² und 343 Millionen EUR veranschlagten Baukosten zum Bau frei gegeben.

Die größte Anzahl von Bauvorhaben wurde aus dem Landkreis Oberhavel (775) gemeldet, gefolgt von den Landkreisen Potsdam-Mittelmark (754) und Barnim (719).

Anstieg des Baupreisindex zum Vorjahr 2,3 Prozent



Der Baupreisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) stieg im Berichtsmonat Mai 2004 gegenüber Februar 2004 um 1,5 Prozent. Die Jahresteuersatzrate gegenüber

Mai 2003 betrug 2,3 Prozent.

Der deutliche Anstieg des Baupreisindex gegenüber dem letzten Erhebungsmonat Februar 2004 wurde vordergründig durch die Erhöhung der Stahlpreise beeinflusst. Insbesondere Beton- und Stahlbetonarbeiten, Stahlbauarbeiten, Metallbauarbeiten sowie Ramm-, Rüttel- und Pressarbeiten sind überdurchschnittlich teurer geworden. Der Teilin-

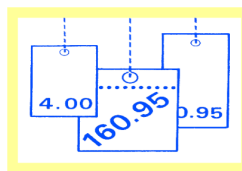
dex für Rohbauarbeiten stieg um 2,2 Prozent. Für Ausbauarbeiten wurde eine Preiszunahme um + 0,9 Prozent ermittelt.

Der Preisvergleich zum Mai des Vorjahres mit einer Steigerungsrate von + 2,3 Prozent zeigte für den Baupreisindex eine Fortsetzung und Verstärkung des Trends der Verteuerung der Baupreise. Rohbauarbeiten waren 2,5 Prozent und Ausbauarbeiten 2,1 Prozent teurer als im Mai 2003. Ein deutlicher Preisanstieg war auch bei Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden sowie im Brückenbau im Vorjahresvergleich zu verzeichnen. Die Preise für den Straßenbau haben sich dagegen mit + 0,5 Prozent eher moderat entwickelt.

**Baupreisindizes in Brandenburg im Mai 2004
(Basis 2000=100)**

Merkmal	Index-stand	Veränderung gegenüber	
		Mai 2003	Februar 2003
		Prozent	
Wohngebäude			
Bauleistungen am Bauwerk	102,6	+ 2,3	+ 1,5
Rohbauarbeiten	100,7	+ 2,5	+ 2,2
Ausbauarbeiten	104,3	+ 2,1	+ 0,9
Ausgewählte Bauwerksarten (Bauleistungen am Bauwerk)			
Ein- und Zweifamiliengebäude	102,5	+ 2,2	+ 1,5
Mehrfamiliengebäude	102,7	+ 2,3	+ 1,6
Gemischtgenutzte Gebäude	102,9	+ 2,4	+ 1,7
Bürogebäude	105,1	+ 2,9	+ 1,9
Gewerbliche Betriebsgebäude	104,0	+ 2,7	+ 2,2
Instandhaltung			
Mehrfamiliengebäude ohne Schönheitsreparaturen	100,6	+ 1,1	+ 0,5
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	86,6	- 2,6	-
Straßenbau	105,9	+ 0,5	-

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im Monat Juli 2004



Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg verharrte von Mitte Juni 2004 bis Mitte Juli 2004 auf einem Indexstand von 106,7 (Basis 2000=100).

Die Jahresteuersatzrate gegenüber Juli 2003 betrug + 2,1 Prozent.

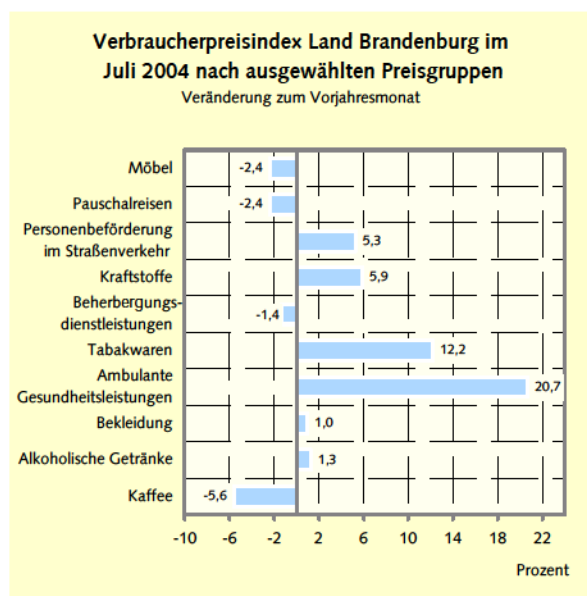
Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex im Juli 2004 wurde vordergründig durch Preiserhöhungen auf dem Dienstleistungssektor beeinflusst. Saisonbedingt stiegen

die Preise für Pauschalreisen (+8,3 Prozent) und Miete für Ferienwohnungen (+25,5 Prozent). Außerdem wurden Preiszunahmen bei ambulanten und stationären Gesundheitsdienstleistungen (+3,1 / +1,4 Prozent) festgestellt. Ferner waren nennenswerte Preisanstiege bei Nettokaltmieten, Strom, Heizöl und Umlage für Zentralheizung zu verzeichnen. Preiswerter gegenüber dem Vormonat wurden Nahrungsmittel, Bekleidung, Schuhe sowie Möbel.

Der Abstand zum Preisniveau des Vorjahresmonats betrug +2,1 Prozent.

Merklich teurer als im Vorjahresmonat waren alkoholische Getränke, Tabakwaren, Strom, Wohnungsnebenkosten, Kraftstoffe, Heizöl, Gesundheitspflege, Dienstleistungen für soziale Zwecke, Bildungs-, Verkehrs-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Die Preise für Pauschalreisen und Miete für Ferienwohnungen sind im Juli 2004 billiger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die Berechnungen für die Monate Januar bis Juli des Jahres 2004 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres ergaben für den Verbraucherpreisindex eine durchschnittliche Veränderung von +1,6 Prozent.



Weniger fabrikneue Fahrzeuge im 1. Halbjahr 2004 in Brandenburg zugelassen



In Brandenburg ging die Anzahl der zugelassenen fabrikneuen Fahrzeuge im ersten Halbjahr 2004 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,1 Prozent zurück. Vom Rückgang waren

alle Fahrzeugarten bis auf Lastkraftwagen und Zugmaschinen betroffen.

Nach den vom Kraftfahrt-Bundesamt ermittelten Daten von den Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen wurden in Brandenburg insgesamt 43 796 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen, 3,1 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2003. Davon entfielen 35 565 Neuzulassungen auf Personenkraftwagen (- 4,0 Prozent), 3 335 auf Lastkraftwagen (+ 11,1 Prozent), 981 auf Zugmaschinen (+ 29,9 Prozent), 3 484 auf Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge (-10,3 Prozent), 37 auf Kraftomnibusse (- 24,5 Prozent) und 394 auf übrige Kraftfahrzeuge (- 12,0 Prozent).

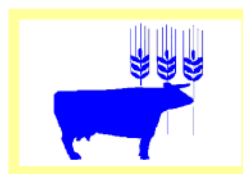
Den stärksten Rückgang mit fast einem Drittel gab es bei den Zulassungen an fabrikneuen Personenkraftwagen mit unter 1000 cm³ Hubraum, während Pkw mit 1000 bis 1399 cm³ um 3,5 Prozent unter dem Vorjahreswert lagen und die Zulassungen größerer Fahrzeuge mit 1400 oder mehr cm³ um 3,1 Prozent zurückgingen.

Die Zulassung fabrikneuer Lastkraftwagen mit bis zu einer Tonne Nutzlast stieg um 9,9 Prozent und die der Lkw mit einer Nutzlast bis unter drei Tonnen um 8,8 Prozent. Die Neuzulassung der Lkw mit drei bis unter fünf Tonnen Nutzlast sank dagegen um 17,6 Prozent, die der Fünftonner und größerer Lkw stieg um 31,9 Prozent.

Im Gegensatz zu den Kraftfahrzeugen stieg die Zahl der zugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung auf 3 922 (+ 29,6 Prozent).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg

Getreideanbau in Brandenburg gestiegen



Der Getreideanbau umfasst in diesem Jahr zirka 545 000 Hektar (2003: 519 052 Hektar) und hat mit 52 Prozent einen etwas höheren Anteil am Ackerland als im Vorjahr (50 Prozent).

In Brandenburg wurde 2004 mehr Winterweizen angebaut. Waren es im Jahr 2003 noch 137 428 Hektar, so sind es in diesem Jahr fast 149 500 Hektar; er nimmt damit mehr als 27 Prozent der Getreideanbaufläche ein. Nach den rückläufigen Entwicklungen der Vorjahre hat sich die Roggenanbaufläche im Jahr 2004 deutlich ausgedehnt (+ 15 Prozent). Zur Ernte 2003 wurden 170 915 Hektar Roggen auf die Felder gestellt. Jetzt sind es fast 196 800 Hektar. Damit scheint die Rolle des Roggens als Futtergetreide wieder eine größere Bedeutung zu erlangen. Bei Wintergerste war gegenüber 2003 ein leichter Rückgang um ca. 1 Prozent auf 65 600 Hektar zu verzeichnen. Sommergerste wird auf 9 200 Hektar angebaut. Damit hat sich deren Fläche fast halbiert. Auf 18 700 Hektar steht Hafer (2003: 20 183 Hektar). Erneut rückläufig ist der Triticaleanbau (- 3 Prozent). Diese Fruchtart ist 2004 von 78 500 Hektar zu ernten.

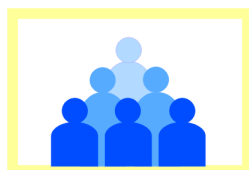
Der Körnermais hat sich mit 18 300 Hektar gegenüber dem Vorjahr um fast 32 Prozent ausgedehnt.

Der Drusch der Ölf Früchte erfolgt in diesem Jahr auf 134 800 Hektar, das sind 13 Prozent der Ackerflächen. Damit ist diese Fläche um fast 4 Prozent eingeschränkt worden. Zwischen den Ölf ruchtarten gab es aber deutliche Verschiebungen. Der Winterrapsanbau vergrößerte sich um gut 3 Prozent auf 106 300 Hektar, dagegen verringerte sich die Anbaufläche von Sommerraps um nahezu 60 Prozent auf nur noch 3 700 Hektar. Ebenfalls rückläufig ist in diesem Jahr die Ölleinfläche. Im Jahr 2003 standen 6 853 Hektar auf dem Feld, 2004 waren es nicht ganz 6 000 Hektar. Körnersonnenblumen stehen auf 18 400 Hektar, was einem Minus von 10 Prozent entspricht.

Der Anbau von Hülsenfrüchten (Futtererbsen, Ackerbohnen, Lupinen) ging 2004 um fast 22 Prozent zurück (2004: 36 400 Hektar). Auf mehr als 18 900 Hektar wachsen in diesem Jahr Lupinen (- 24 Prozent).

Die bestellte Fläche mit Hackfrüchten vergrößerte sich um zirka 11 Prozent auf fast 25 300 Hektar. Beim Anbau der Kartoffeln kam es zu einer Flächenausdehnung. Waren im Vorjahr 11 393 Hektar Kartoffeln zu roden, so beträgt die Fläche in diesem Jahr 13 000 Hektar (+ 14 Prozent). Zuckerrüben wurden in diesem Jahr auf 12 000 Hektar angebaut (+ 7 Prozent).

Mai 2004: Mehr als 1 Million Gästeübernachtungen



In den Brandenburger Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten sowie auf Campingplätzen mit Urlaubscamping verweilten im Monat Mai 2004 insgesamt 408

Tausend Gäste, die 1,1 Millionen Übernachtungen buchten. Das waren 6,0 Prozent mehr Gäste und 5,9 Prozent mehr Übernachtungen als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Damit stieg seit Jahresbeginn die Anzahl der Gäste auf insgesamt 1,1 Millionen und die der Übernachtungen auf 3,1 Millionen. Sowohl bei den Gästen (6,7 Prozent) als auch bei den Übernachtungen (5,0 Prozent) waren im Vergleich zum Vorjahr erfreuliche Zuwächse zu verzeichnen.

Einen Anstieg beim Übernachtungsaufkommen gab es seit Beginn des Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in 11 der 13 Reisegebiete des Landes Brandenburg; hervorzuheben sind die Uckermark, das Oder-Spree-Seengebiet, das Ruppin Land und die Prignitz. Unter dem Vorjahresergebnis blieben Märkisch-Oderland und Potsdam.

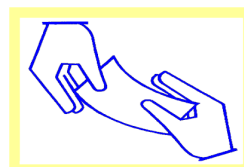
Mit einem Anteil von 88 Prozent des Gästeaufkommens im Mai dominierten erwartungsgemäß die Beherbergungs-

stätten gegenüber den Campingplätzen. In den Beherbergungsstätten wurden 361 Tausend Gäste mit 967 Tausend Übernachtungen registriert, das sind 2,7 bzw. 1,9 Prozent mehr als im Mai 2003. Seit Jahresbeginn erhöhte sich die Anzahl der Ankünfte auf 1,1 Millionen und die der Übernachtungen auf 3,0 Millionen.

Die insgesamt angebotene Bettenkapazität wurde im Monat Mai durchschnittlich zu 40,5 Prozent ausgelastet und seit Jahresanfang zu 28,0 Prozent und lag damit leicht über dem Vorjahresergebnis von 39,9 bzw. 27,3 Prozent.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Beherbergungsstätten betrug seit Jahresbeginn 2,7 Tage.

Jugendämter nahmen täglich vier Kinder oder Jugendliche in Obhut



Im Jahr 2003 wurden im Land Brandenburg 1 614 Kinder und Jugendliche, von denen mehr als die Hälfte (55 Prozent) Mädchen waren, in Obhut

genommen, d. h., das Jugendamt sorgte für eine vorläufige Unterbringung in einer geeigneten Einrichtung. Das waren 134 Inobhutnahmen (8 Prozent) weniger als im Vorjahr. Zwei Drittel der betroffenen Kinder und Jugendlichen waren älter als 14 Jahre.

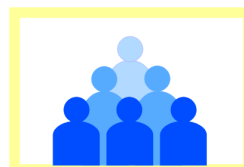
536 Kindern oder Jugendlichen wurde auf eigenen Wunsch Obhut gewährt, 1 078 wegen dringender Gefahr für ihr Wohl. Hauptursachen, die eine solche Maßnahme erforderlich machten, waren Beziehungsprobleme, Überforderung der Eltern oder eines Elternteils, Integrationsprobleme im Heim oder einer Pflegefamilie bzw. Delinquenz eines Kindes oder Straftat eines Jugendlichen.

In 15 Prozent der Fälle dauerte die vorläufige Unterbringung länger als 14 Tage. Etwa die Hälfte der Kinder und Jugendlichen kehrte im Anschluss zu ihren Sorgeberechtigten zurück.

48 Prozent aller Inobhutnahmen wurden in den kreisfreien Städten Potsdam (286), Brandenburg an der Havel (260), Cottbus (127) und Frankfurt (Oder) (94) durchgeführt.

Aus Deutschland

Mai 2004: Beschäftigungsabbau verlangsamt sich erneut



Nach vorläufigen Berechnungen hatten im Mai 2004 rund 38,2 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat reduzierte sich

die Erwerbstätigkeit um 100 000 Personen, das entspricht – wie bereits im April 2004 – einer Veränderungsrate zum Vorjahr von – 0,3 Prozent. Dabei hat sich der Beschäftigungsabbau im Vorjahresvergleich leicht verlangsamt, nach – 101 000 Personen im April 2004 und – 105 000 Personen im März 2004.

Im Vergleich zum Vormonat hat sich im Mai 2004 die Zahl der Erwerbstätigen um 86 000 Personen (+ 0,2 Prozent) erhöht. Dieser Anstieg der Erwerbstätigkeit entspricht der Entwicklung des Vorjahres, als von April 2003 auf Mai 2003 die Erwerbstätigenzahl um 85 000 Personen zugenommen hat.

Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, waren im Mai 2004 in Deutschland 10 000 Personen weniger erwerbstätig als einen Monat zuvor. Damit ist auch saisonbereinigt der Beschäftigungsabbau leicht rückläufig, nach – 14 000 Personen im Vormonat.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Junge Menschen starten immer später ins Berufsleben



Ein verändertes Bildungsverhalten und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten haben zu einem Rückgang der Erwerbstätigenquoten jüngerer Menschen geführt, der Start in das

Berufsleben findet immer später statt.

In Deutschland ist der Anteil der Erwerbstätigen unter den jungen Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren von April 1991 bis Mai 2003 deutlich von 63 Prozent auf 48 Prozent gesunken. Bei den 15- bis 19-Jährigen fiel die Erwerbstätigenquote in diesem Zeitraum um 12 Prozentpunkte (auf 23 Prozent) und bei den 20- bis 24-Jährigen um 15 Prozentpunkte (auf 55 Prozent). Das zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung Europas.

Ein drastischer Rückgang der Erwerbstätigenquote ist insbesondere bei den jungen Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu beobachten. Von April 1991 bis Mai 2003 hat sie sich von 70 Prozent auf 47 Prozent verringert. Bei den 15- bis 19-Jährigen sank die Erwerbstätigenquote im Osten Deutschlands dabei um 16 Prozentpunkte, bei den 20- bis 24-Jährigen um 19 Prozentpunkte und bei den 25- bis 29-Jährigen gar um 21 Prozentpunkte. Erwerbstätige Schüler und Studenten sind in den genannten Erwerbstätigenquoten nicht berücksichtigt.

Die abnehmende Beteiligung der jüngeren Generation am Erwerbsleben geht einher mit längeren Ausbildungszeiten: Zwischen April 1991 und Mai 2003 stieg der Anteil der

Schüler und Studenten in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen bundesweit von 26 Prozent auf 39 Prozent; in den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Zunahme stärker (+ 20 Prozentpunkte) als im früheren Bundesgebiet (+ 11 Prozentpunkte). Ursache für die rückläufigen Erwerbstätigenquoten der jungen Menschen sind zudem fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Personengruppe: So ist die Erwerbslosenquote der im Osten Deutschlands lebenden 15- bis 29-Jährigen gegenüber April 1991 von 9,9 Prozent auf 16,4 Prozent gestiegen; im Westen erhöhte sich die entsprechende Quote von 3,6 Prozent auf 9,6 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Zahl der Ehescheidungen steigt auf fast 214 000 im Jahr 2003

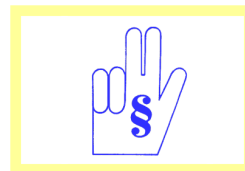


Die Zahl der Ehescheidungen hat im Jahr 2003 erneut zugenommen. In Deutschland wurden fast 214 000 Ehen geschieden, das waren 4,8 Prozent mehr als 2002. Das heißt, dass

im Jahr 2003 von 1 000 bestehenden Ehen elf geschieden wurden. Seit 1993 ist die Zahl der Ehescheidungen mit Ausnahme des Jahres 1999 beständig angestiegen und hat im Jahr 2003 einen neuen Höchststand erreicht. Anfang der 90er Jahre waren vorübergehend deutlich weniger Ehen geschieden worden. Diese zeitweilige Abnahme war auf einen starken Rückgang der Ehescheidungen in den neuen Ländern zurückzuführen. Dort war mit der Wiedervereinigung das bundesdeutsche Scheidungsrecht mit seinen Vorgaben bestimmter Fristen und finanziellen Folgen eingeführt worden und ein Umbruch der sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse eingetreten.

Von den im Jahr 2003 geschiedenen Ehepaaren hatte die Hälfte Kinder unter 18 Jahren. Gegenüber 2002 hat sich die Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen minderjährigen Kinder um 6,3 Prozent erhöht, von 160 100 auf 170 260 Kinder.

Weniger Unternehmensinsolvenzen im Mai 2004



Im Mai 2004 verzeichneten die deutschen Insolvenzgerichte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 3 131 Insolvenzen von Unternehmen, 6,9 Prozent weniger als im Mai 2003. Damit

setzte sich die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen, insbesondere von Personen- und Kapitalgesellschaften, die in den meisten Monaten dieses Jahres zu beobachten war, auch im Mai 2004 fort. Dagegen haben die Insolvenzen der übrigen Schuldner um 21,0 Prozent auf 5 943 Fälle zugenommen. Die Insolvenzen der übrigen

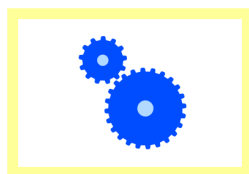
Schuldner verteilen sich auf 3 559 Verbraucher (+ 35,4 Prozent), 1 861 ehemals selbstständig Tätige (+ 5,7 Prozent), 304 Gesellschafter größerer Unternehmen (– 6,5 Prozent) und 219 Nachlassinsolvenzen (+ 10,1 Prozent). Im Mai 2004 wurden insgesamt 9 074 Insolvenzen gezählt (+ 9,6 Prozent).

Von Januar bis Mai 2004 kam es zu insgesamt 46 766 Insolvenzen, 12,9 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei nahmen die Unternehmensinsolvenzen um 1,3 Prozent auf 16 494 ab, während die Insolvenzen der übrigen Schuldner um 22,6 Prozent auf 30 272 anstiegen.

Die offenen Forderungen der Gläubiger betrugen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2004 knapp 17 Milliarden EUR, gegenüber 19 Milliarden EUR im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Rohstahlproduktion im Juli 2004 bei 3,91 Millionen Tonnen



Im Juli 2004 erzeugten die deutschen Hüttenwerke 2,56 Millionen Tonnen Roheisen und 3,91 Millionen Tonnen Rohstahl. Damit wurden 6,4 Prozent mehr Roheisen und 10,0 Prozent mehr Rohstahl produziert als im Juli 2003. Gegenüber Juni 2004 nahm die Produktion bei Roheisen um 3,6 Prozent zu, bei Rohstahl ergab sich eine Zunahme um 0,4 Prozent. Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten (Berliner Verfahren 4.1 – BV 4.1) ergab sich bei der Rohstahlproduktion im Vergleich zu Juni 2004 ein Plus von 1,2 Prozent.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2004 wurden 17,52 Millionen Tonnen Roheisen und 27,21 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum hat damit die Roheisenproduktion um 0,5 Prozent und die Rohstahlproduktion um 2,5 Prozent zugenommen.

Im früheren Bundesgebiet lag die Produktion von Rohstahl im Juli 2004 bei 3,40 Millionen Tonnen und damit gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Prozent höher. Der Vergleich zu Juni 2004 ergab eine Zunahme um 1,8 Prozent (nach Kalender- und Saisonbereinigung ein Plus von 1,0 Prozent). Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nahm die Rohstahlproduktion in den Monaten Januar bis Juli 2004 um 2,5 Prozent auf 23,35 Millionen Tonnen zu.

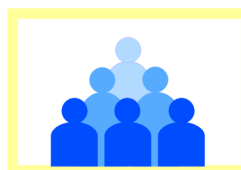
Im früheren Bundesgebiet lag die Produktion von Rohstahl im Juli 2004 bei 3,40 Millionen Tonnen und damit gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Prozent höher. Der Vergleich zu Juni 2004 ergab eine Zunahme um 1,8 Prozent (nach Kalender- und Saisonbereinigung ein Plus von 1,0 Prozent). Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nahm die Rohstahlproduktion in den Monaten Januar bis Juli 2004 um 2,5 Prozent auf 23,35 Millionen Tonnen zu.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Rohstahlproduktion im Juli 2004 mit 0,50 Millionen Tonnen um 11,3 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Ge-

genüber Juni 2004 wurden 8,1 Prozent weniger Rohstahl hergestellt (nach Kalender- und Saisonbereinigung ein Plus von 3,5 Prozent). Im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten ergab sich für die ersten sieben Monate des Jahres 2004 bei einer Produktion von 3,85 Millionen Tonnen eine Zunahme um 2,3 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutsche bei Internetnutzung im europäischen Mittelfeld



38 Millionen Menschen waren im ersten Quartal 2003 in Deutschland online, das sind 52 Prozent der Bevölkerung ab zehn Jahren. Ein Jahr zuvor waren es noch 46 Prozent. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im Mittelfeld. Während in Dänemark oder Schweden jeweils über 70 Prozent aller Menschen über 16 Jahren das Internet nutzen, sind es in Italien 29 Prozent und Spanien 37 Prozent, in Griechenland 16 Prozent. Dies zeigt die europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2003.

Bei der Internetnutzung gibt es immer noch einen leichten Vorsprung der Männer, dieser wird jedoch geringer. Im ersten Quartal 2003 waren 56 Prozent der Männer und 47 Prozent der Frauen online. Dabei sind es überwiegend die älteren Frauen, die sich beim Internet zurückhalten. Bei den jüngeren Altersgruppen nutzen zum Teil sogar mehr Frauen als Männer das Internet. Gegenwärtig ist das Internet, mehr als der PC, eine Technologie für junge Erwachsene: Von den 15- bis 24-Jährigen nutzen etwa 84 Prozent das Internet, von den über 65-Jährigen 11 Prozent. Je älter die Befragten waren, desto seltener nutzen sie PC oder Internet.

Bei der Internetnutzung gibt es immer noch einen leichten Vorsprung der Männer, dieser wird jedoch geringer. Im ersten Quartal 2003 waren 56 Prozent der Männer und 47 Prozent der Frauen online. Dabei sind es überwiegend die älteren Frauen, die sich beim Internet zurückhalten. Bei den jüngeren Altersgruppen nutzen zum Teil sogar mehr Frauen als Männer das Internet. Gegenwärtig ist das Internet, mehr als der PC, eine Technologie für junge Erwachsene: Von den 15- bis 24-Jährigen nutzen etwa 84 Prozent das Internet, von den über 65-Jährigen 11 Prozent. Je älter die Befragten waren, desto seltener nutzen sie PC oder Internet.

Jüngere Leute nutzen das Internet eher als Freizeitbeschäftigung, beispielsweise zum "Chatten" oder Herunterladen von Spielen und Musik. Ältere Menschen sind dagegen eher zweckorientiert, wenn es um das Internet geht. Für sie spielen vor allem die Suche nach Informationen oder das Bestellen von Waren eine bedeutsame Rolle. Die Kommunikation über E-Mail wird hingegen über alle Altersgruppen gleichermaßen ausgeübt. Auch die Internetauftritte der öffentlichen Verwaltung ("E-Government") erfahren ein zunehmendes Interesse der Internetnutzer/-innen ("Onliner"). Etwas weniger als die Hälfte von ihnen (40 Prozent) hat im ersten Quartal 2003 die Seiten einer Behörde aufgerufen, um sich dort zu informieren.

Das Kaufen und Bestellen von Waren und Dienstleistungen über das Internet ("E-Commerce") wird immer beliebter: 38 Prozent der Onliner haben im ersten Quartal 2003 mindestens einmal etwas im Internet gekauft oder bestellt. Im Vorjahr waren es noch 28 Prozent. Dabei

nimmt die Produktgruppe Bücher/Zeitschriften einen Spitzenplatz ein, gefolgt von Kleidung und Sportartikeln sowie Filmen und Musik. Aber auch der Verkauf von Waren über Internetauktionen hat deutlich zugenommen.

Weitere interessante Ergebnisse enthält die Pressebroschüre "Informationstechnologie in Haushalten", die zusammen mit einem umfangreichen Tabellenband kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter folgender Adresse herunter geladen werden kann: (www.destatis.de/informationsgesellschaft/d_home.htm)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Steuerdaten für Wissenschaft erschlossen



Analysen zu Auswirkungen der Einkommensbesteuerung und zur Einkommensverteilung werden zukünftig für die Wissenschaft einfacher und kostengünstiger. Die Statistischen

Ämter des Bundes und der Länder haben mit dem Projekt "Scientific Use File faktisch anonymisierte Einkommenssteuerstatistik" (FAST) Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik so anonymisiert, dass sie den strengen Anforderungen des gesetzlichen Datenschutzes genügen und der Wissenschaft in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Das Verfahren wurde in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter entwickelt und getestet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert die Forschungsdatenzentren des Statistischen Bundesamts und der Statistischen Landesämter mit 4,1 Millionen EUR.

Die wissenschaftliche Auswertung der Daten soll zur Weiterentwicklung des Steuer- und Sozialtransfersystems beitragen. Bisher war die Analyse im Regelfall auf tabellarische Auswertungen beschränkt. Die steuerstatistischen Mikrodaten konnten dagegen für Forschung und wissenschaftliche Politikberatung nicht im wünschenswerten Umfang genutzt werden. Mit FAST erhält die Wissenschaft nun eine datenschutzkonforme Form des Zugangs zu diesen Daten.

Bei dem jetzt zur Verfügung gestellten Datensatz handelt es sich um eine repräsentative zehnprozentige Stichprobe der Einkommensteuer-Veranlagungen des Jahres 1998. Jeder der nahezu drei Millionen Einzeldatensätze enthält umfangreiche Informationen aus dem Besteuerungsverfahren: Neben den Einkommensquellen, den Sonderausgaben, den außergewöhnlichen Belastungen und der festgesetzten Einkommensteuer sind verschiedene demographische Merkmale (wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Kinderzahl) in den Datensätzen enthalten. Der wissenschaftlichen Forschung bietet sich damit erstmals die

Möglichkeit, steuerliche Fragestellungen, wie etwa die Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen und Steuerreformvorschlägen, zu untersuchen. Auch liegen detaillierte Informationen vor, mit denen die Zusammensetzung hoher Einkommen, die aus anderen Statistiken bisher nicht zu ermitteln waren, analysiert werden kann. Die Bereitstellung von solchen steuerlichen Scientific-Use-Files schafft für die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung in Deutschland international vergleichbare Bedingungen. Erhebliche Verbesserungen ergeben sich auch für die wissenschaftliche Politikberatung bei der Weiterentwicklung des Steuer- und Sozialtransfersystems.

Anträge zur Nutzung der faktisch anonymisierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 für Vorhaben der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung unter den Voraussetzungen des §16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes können bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gestellt werden. Antragsvordrucke stehen im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de zum Download bereit. Die Daten werden zum Preis von 65 EUR zur Verfügung gestellt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aus Europa

Arbeitslosenquote der Eurozone weiterhin bei 9,0 Prozent



In der Eurozone betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Juni 2004 wie im Vormonat Mai 9,0 Prozent. Im Juni 2003 hatte sie bei 8,9 Prozent gelegen. Die Arbeitslo-

senquote der 25 Mitgliedstaaten lag im Juni 2004 bei 9,1 Prozent und blieb damit gegenüber Mai unverändert. Im Juni 2003 hatte sie ebenfalls bei 9,1 Prozent gelegen.

Im Juni 2004 wurden die niedrigsten Quoten in Luxemburg und Österreich (jeweils 4,2 Prozent), Zypern (4,4 Prozent), Irland (4,5 Prozent), im Vereinigten Königreich (4,7 Prozent im April) und in den Niederlanden (4,8 Prozent im Mai) verzeichnet. Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten Polen (18,9 Prozent), die Slowakei (16,2 Prozent), Litauen (11,4 Prozent) und Spanien (11,1 Prozent) zu vermelden.

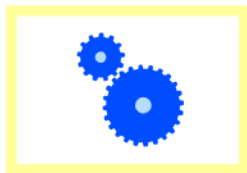
In elf Mitgliedstaaten stieg die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf, in zwölf Mitgliedstaaten sank sie und in zwei blieb sie gleich. Den stärksten relativen Anstieg verzeichneten die Niederlande (von 3,8 Prozent im Mai 2003 auf 4,8 Prozent im Mai 2004), Schweden (von 5,5 Prozent auf 6,6 Prozent), Luxemburg (von 3,7 Prozent auf 4,2 Prozent) und die Tschechische Republik (von 7,8 Prozent auf 8,8 Prozent). Die größten relativen Abnahmen wurden in Estland (von 10,4 Prozent auf 9,0 Prozent), Litauen (von

12,8 Prozent auf 11,4 Prozent) und im Vereinigten Königreich (von 5,0 Prozent im April 2003 auf 4,7 Prozent im April 2004) beobachtet.

Die Arbeitslosenquote für die unter 25-Jährigen betrug im Juni 2004 in der Eurozone 17,5 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten 18,2 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte sie bei 17,2 Prozent bzw. 18,5 Prozent gelegen. Die niedrigsten Quoten verzeichneten hier Österreich (6,9 Prozent), Irland (8,2 Prozent) und die Niederlande (9,1 Prozent im Mai 2004), die höchsten Polen (39,4 Prozent), Griechenland (27,1 Prozent im Dezember 2003), Italien (27,1 Prozent im Januar 2004) und die Slowakei (26,5 Prozent).

Quelle: Eurostat

Industrieproduktion in Eurozone um 0,7 Prozent gestiegen



Die saisonbereinigte Industrieproduktion der Eurozone ist im Mai 2004 gegenüber dem Vormonat April um 0,7 Prozent gestiegen. Die Produktion stieg im April um 0,3 Prozent und im

März um 0,2 Prozent. Die Produktion in den 25 Mitgliedstaaten stieg im Mai 2004 um 0,6 Prozent, nach einem Anstieg um 0,5 Prozent im April und um 0,2 Prozent im März.

Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Industrieproduktion im Mai 2004 in der Eurozone um 3,9 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 4,1 Prozent.

Die Produktion von Investitionsgütern stieg im Mai 2004 gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent in der Eurozone und um 1,5 Prozent in den 25 Mitgliedstaaten. Die Produktion im Energiesektor stieg um 0,8 Prozent bzw. 1,2 Prozent. Die Produktion von Verbrauchsgütern stieg in der Eurozone um 0,7 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 0,1 Prozent. Bei Vorleistungsgütern war ein Anstieg um 0,3 Prozent bzw. 0,1 Prozent zu verzeichnen. Die Produktion von Gebrauchsgütern blieb in der Eurozone stabil, nahm in der EU25 jedoch um 0,3 Prozent zu.

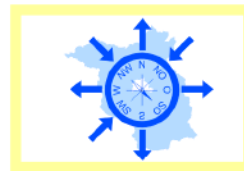
Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten im Mai 2004 fünfzehn eine steigende, fünf eine fallende und Italien eine unveränderte Industrieproduktion. Die höchsten Steigerungsraten verzeichneten Slowenien und Finnland (jeweils +5,7 Prozent), die Niederlande (+2,0 Prozent), die Tschechische Republik (+1,9 Prozent), die Slowakei (+1,6 Prozent) und Estland (+1,3 Prozent). Dagegen verbuchten Irland (-4,0 Prozent), Polen (-3,2 Prozent) und Lettland (-3,0 Prozent) die deutlichsten Produktionsrückgänge.

Die Produktion von Investitionsgütern stieg im Mai 2004 gegenüber dem Vorjahresmonat in der Eurozone um 5,6 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 6,7 Prozent. Der Energiesektor legte um 4,2 Prozent bzw. 3,3 Prozent zu. Bei den Gebrauchsgütern stieg der Wert in der Eurozone um 3,9 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 5,1 Prozent. Die Produktion von Vorleistungsgütern stieg um 3,7 Prozent bzw. 4,0 Prozent. Bei den Verbrauchsgütern stieg der Wert in der Eurozone um 2,8 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 1,8 Prozent.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten im Mai 2004 neunzehn eine steigende und zwei eine sinkende Industrieproduktion. Die höchsten Steigerungsraten waren in der Tschechischen Republik (+15,3 Prozent), Polen (+15,0 Prozent) Ungarn (+10,4 Prozent), Litauen (+9,7 Prozent) und Schweden (+8,2 Prozent) zu verzeichnen, die einzigen Rückgänge in Portugal (-1,5 Prozent) und Irland (-0,2 Prozent).

Quelle: Eurostat

Absatzvolumen im Einzelhandel in der Eurozone um 1,2 Prozent gestiegen



Im Juni 2004 stieg das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber Juni 2003 in der Eurozone um 1,2 Prozent, während es in den 25 Mitgliedstaaten um 2,7 Prozent

stieg. Im Vergleich zu Mai 2004 stieg der Einzelhandelsindex in der Eurozone um 1,8 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 1,2 Prozent.

Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren stieg im Juni 2004 gegenüber Juni 2003 in der Eurozone um 0,6 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 1,5 Prozent. Der Nicht-Nahrungsmittelsektor legte um 1,8 Prozent bzw. 3,8 Prozent zu.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten Portugal (+12,5 Prozent), das Vereinigte Königreich (+7,1 Prozent), Frankreich (+4,1 Prozent) und Spanien (+2,1 Prozent) einen Anstieg des gesamten Einzelhandelsabsatzes. Ein Rückgang war lediglich in Deutschland (-1,9 Prozent) zu verzeichnen.

Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren stieg im Juni 2004 gegenüber Mai 2004 in beiden Gebieten um 0,8 Prozent. Der Nicht-Nahrungsmittelsektor legte in der Eurozone um 2,0 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 1,2 Prozent zu.

Quelle: Eurostat

Wirtschaftstrends im Überblick – Mai 2004

Die Arbeitslosenanzahl in Brandenburg verringerte sich im Jahr 2004 bisher um fast zwei Prozent. Die Brandenburger Wirtschaft kennzeichnete im Zeitraum der letzten zwölf Monate ein steigender Gesamtumsatz. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte der Auftragseingangs- und der Produktionsindex eine stabil-steigende Tendenz. Das Bauhauptgewerbe befindet sich demgegenüber weiterhin in einer schwierigen Situation; Umsatz, Auftragseingang und die Beschäftigtenzahlen waren stark rückläufig. Der brandenburgische Einzelhandel meldete sinkende Umsätze, bei steigenden Beschäftigtenzahlen. Im Gastgewerbe war beim Umsatz und bei den Beschäftigten eine schwache Erholung zu erkennen. Der Export der Brandenburger Wirtschaft konnte um über 10 Prozent gesteigert werden. Der Verbraucherpreisindex stieg weiterhin moderat – gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 Prozent.

Von den Arbeitsämtern des Landes wurden Ende Mai 2004 wurden auf dem Brandenburger **Arbeitsmarkt** mit 248 631 Personen 1,9 Prozent weniger Arbeitslose als im Vormonat registriert. Im Vergleich zum Mai 2003 nahm die Zahl der Arbeitslosen ebenfalls um 1,9 Prozent ab. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im Monat Mai 20,2 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 18,6 Prozent.

Die im Monat Mai 2004 berichtspflichtigen 1 115 Brandenburger Betriebe erwirtschafteten im **Verarbeitenden Gewerbe** sowie durch den **Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden** einen Gesamtumsatz von 1 465 Millionen EUR. Das sehr gute Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit zwar um 59,5 Millionen EUR bzw. 3,9 Prozent unterschritten, im Vergleich des einjährigen Zeitraumes, als langfristiger Trend, ergab sich jedoch ein Umsatzplus von 3,1 Prozent. Sehr positiv entwickelten sich in diesen Wirtschaftszweigen der Auftragseingangs- und der Produktionsindex, was zu wirtschaftlichen Hoffnungen Anlass geben könnte. Im Zeitraum eines Jahres (Juni 2003 bis Mai 2004) konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 17,2 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahresjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 3,1 Prozent. Allerdings sind die Kennziffern mehr durch den Auslandsumsatz als durch die Binnennachfrage bestimmt. Die Umsatzveränderung wurde im Monat Mai 2004 durch die im Mai 2003 sehr hoch ausgefallene Nachfrage aus dem Ausland beeinflusst. Der Auslandsumsatz sank deshalb um 13,5 Prozent. Der Export von industriellen Produkten des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nahm insgesamt zu und erreichte im Mai 2004 ein Niveau von ca. 324 Millionen EUR. Die Exportquote, gemessen am Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag dabei bei sehr hohen 22,1 Prozent. Der Auslandsumsatz ist im Zeitraum der letzten zwölf Monate

im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sogar um 9,1 Prozent gestiegen. Er erreichte im Zeitraum vom Juni 2003 bis Mai 2004 den Wert von ca. 3,4 Milliarden EUR und bewirkte damit 20 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Produktionsindex der Brandenburger Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stieg an. Er lag im Monat Mai 2004 mit 9,5 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats und mit 14,4 Prozent über dem des Einjahreszeitraumes. Die Summe der geleisteten Arbeitsstunden betrug im Mai 2004 insgesamt 11 115 Tausend, was einem Minus gegenüber dem Vorjahresmonat von 2,8 Prozent entsprach. Der gewichtete und preisbereinigte Volumenindex des Auftragseingangs stieg im Mai 2004 um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden betrug im Monat Mai 2004 84 780 Personen, sie lag damit um 2,1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Im Vergleichszeitraum eines gesamten Jahres und des Zeitraumes Januar bis Mai 2004 betrug die Abnahme der Beschäftigtenzahl jeweils 1,9 Prozent.

Die Situation im Brandenburger **Bauhauptgewerbe** war im Mai 2004 durch eine weiterhin rückläufige Nachfrage gekennzeichnet. Die 435 berichtspflichtigen Betriebe des brandenburgischen Bauhauptgewerbes erzielten im Mai 2004 mit einem Volumen von 183,5 Millionen EUR einen Gesamtumsatz, der um 12,1 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonates lag. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der künftigen Umsatzentwicklung – erreichte im Mai 2004 ein Niveau von rund 130,4 Millionen EUR, lag dabei jedoch um 30 Prozent unter der Nachfrage im Mai 2003. In den bauhauptgewerblichen Betrieben wurden zum Ende des Monats Mai 19 624 Beschäftigte gezählt, das waren 15,3 Prozent weniger als noch im Mai 2003.

Die Anzahl der Beschäftigten im **Einzelhandel** und im **Gastgewerbe** weist eine steigende Tendenz auf. Während der nominale Umsatz im Einzelhandel abfiel, stieg der im

Gastgewerbe – außer im Vergleich zum Mai 2003 mit – 0,7 Prozent – leicht an.

Der gesamte **Exportwert** der brandenburgischen Wirtschaft erreichte im Mai 2004 ein Volumen von 459,1 Millionen EUR und lag damit um 32 Prozent über dem allerdings sehr schwachen Ergebnis des Vorjahresmonats; beim jährlichen Vergleich waren es „nur“ + 16,2 Prozent über dem Vorjahreszeitraum.

Die **Gewerbeanmeldungen** verringerten sich gegenüber dem Mai 2003 um 7,2 Prozent, zeigten aber längerfristig

eine steigende Tendenz. Bei den Unternehmensinsolvenzen war ein insgesamt fallender Trend feststellbar, während bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner dagegen ein starker Anstieg erkennbar war.

Der **Verbraucherpreisindex**, als Indikator der Inflation bei den Verbraucherpreisen, lag im Monat Mai 2004, bezogen auf das Jahr 2000, bei 106,4. Gestiegen war der Preisindex gegenüber dem Monat April 2004 um 0,3 Prozent und gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 2,2 Prozent.

Jürgen Hübner 

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Mai 2004
(Basis: Originalwerte)

Merkmal	Einheit	Mai 2004		Januar 2004 – Mai 2004		Juni 2003 – Mai 2004	
		absolut	Veränderung zum Vorjahresmonat	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			Prozent		Prozent		Prozent
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	248 631	– 1,9	259 511	– 1,9	250 938	+ 1,8
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe							
Auftragseingangsindex ¹⁾	2000 = 100	104,2	+ 5,6	113,2	+ 8,7	115,0	+ 6,3
Produktionsindex	2000 = 100	122,3	+ 9,5	119,5	+ 7,9	117,2	+ 14,4
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 464,9	– 3,9	1 418,4	+ 4,9	1 434,6	+ 3,1
Beschäftigte	1000	84,8	– 2,1	84,9	– 1,9	86,2	– 1,9
Bauhauptgewerbe							
Auftragseingang	Mill. EUR	130,4	– 30,0	127,1	– 11,7	150,2	– 12,4
Gesamtumsatz	Mill. EUR	183,5	– 12,1	149,7	+ 0,0	208,6	– 2,0
Beschäftigte	1000	19,6	– 15,3	19,3	– 14,5	21,5	– 14,1
Einzelhandel							
Umsatz nominal	2000=100	97,5	– 9,7	96,3	– 5,7	101,4	– 3,9
Beschäftigte	2000 = 100	100,9	+ 1,9	100,1	+ 1,0	100,0	+ 0,1
Gastgewerbe							
Umsatz nominal	2000 = 100	109,0	– 0,7	86,1	+ 0,6	94,5	+ 1,9
Beschäftigte	2000 = 100	109,7	+ 2,0	104,7	+ 6,2	106,7	+ 6,1
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	459,1	+ 31,6	426,9	+ 12,9	443,4	+ 16,2
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 015,0	– 7,2	2 193,0	+ 8,7	2 073,9	+ 16,2
Insolvenzen von Unternehmen	Anzahl	101,0	– 9,0	105,2	– 7,2	96,2	– 21,7
Insolvenzen übriger Schuldner	Anzahl	229,0	+ 49,7	230,8	+ 30,7	204,5	+ 27,8
Verbraucherpreisindex	2000 = 100	106,4	+ 2,2	105,8	+ 1,5	105,0	+ 1,3

1) für das Verarbeitende Gewerbe

Die Einführung des unterjährigen Mikrozensus ab 2005

Der Mikrozensus ist die größte Haushalts- bzw. Personenstichprobe in Deutschland, in der seit fast 50 Jahren ein Prozent der Bevölkerung einmal im Jahr zu einer festgelegten Berichtswoche mit Stichtagsbezug befragt wird.

Ab 2005 wird der Mikrozensus nach Maßgabe des neuen Mikrozensusgesetzes vom 14.05.2004 und den Forderungen der Europäischen Union zur Harmonisierung der Arbeitskräftestichprobe in Europa unterjährig durchgeführt. Die Befragung der Bevölkerung findet dann kontinuierlich über das Jahr verteilt in einer gleitenden Berichtswoche statt. Die Angaben werden quartalsweise aufbereitet. Somit stehen wesentlich aktuellere Ergebnisse als bisher zur Verfügung.

Die Einführung des unterjährigen Mikrozensus erfordert nicht nur methodische Änderungen im Erhebungskonzept, sondern vor allem auch organisatorisches und technisches Know-how, sowohl bei den Mitarbeitern im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik als auch bei den Erhebungsbeauftragten vor Ort.

Ausgangspunkt

Seit 1957 wird in der Bundesrepublik Deutschland der Mikrozensus durchgeführt.

In den nunmehr fast 50 Jahren Mikrozensus wurden bis einschließlich 2004 bisher sieben Mikrozensusgesetze verabschiedet, die alle eines gemeinsam hatten:

Auf Basis einer 1-prozentigen Stichprobe wurden einmal jährlich mit Stichtagsbezug (wenn möglich die letzte vollständige feiertagsfreie Woche im April des jeweiligen Jahres) deutschlandweit ca. 380 000 Haushalte über die verschiedensten Merkmale befragt. Die Hauptmethode war dabei das mündliche Interview durch Erhebungsbeauftragte. Dies erfolgte vorwiegend bisher mittels Erhebungsbogen, jedoch kamen seit 1995 mehr und mehr Laptops zum Einsatz. Jeder Haushalt hatte laut Gesetz das Recht, seine Angaben schriftlich selbst an das Statistische Amt zu übersenden.

Ab 2005 wird nach Maßgabe des Gesetzgebers und Forderungen der Europäischen Union (EU) der Mikrozensus unterjährig durchgeführt.

Die Unterjährigkeit des Mikrozensus

Die Qualität der Daten aus der 1-prozentigen Stichprobe ist nach statistisch-mathematischen Gesichtspunkten seit langem hoch anerkannt und bildet für viele andere Stichproben die Grundlage bzw. vermittelt Grunddaten (EU-Panel, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Stichproben der Meinungsforschung u. a.). Wenn nun auf die Unterjährigkeit übergegangen wird, dann muss es triftige und zwingende Gründe dafür geben.

Der Mikrozensus verlor immer etwas an Aktualität durch die hohe zeitliche Dauer der Erhebung und Erfassung der

Daten bis zur Ergebnisdarstellung (zurzeit 9 Monate nach Stichtag). Besonders auf dem Arbeitsmarktssektor werden jedoch aktuelle Daten, sowohl in struktureller Hinsicht als auch in Bezug auf plötzliche eintretende Veränderungen, wirtschaftlicher und politisch bedingter Prozesse gefordert.

Durch den Stichtagsbezug sind weiterhin saisonale Effekte von Beschäftigungsverhältnissen sehr eingeschränkt bzw. für ganz konkrete und wirtschaftspolitisch bedeutsame Prozesse (geringfügige Beschäftigungen wie z. B. zeitweise Tätigkeiten zur Weihnachtszeit, Schüler- und Studentenarbeit, Posthilfsdienste, saisonale Gastronomie u. a.) so gut wie nicht darstellbar.

Auch ist bisher die thematische Anpassungsfähigkeit an neue, aktuelle Sachverhalte durch die festgeschriebenen Merkmale im § 4 des Mikrozensusgesetzes eingeschränkt.

Mit einem unterjährigen Mikrozensus wird die Hoffnung verbunden, durch eine ganzjährige Befragung und der Erstellung von Quartalsergebnissen schneller und flexibler auf diese Gegebenheiten reagieren zu können.

Das neue Mikrozensusgesetz

In zweijähriger Verhandlungszeit wurde am 14.05.2004 durch den Bundesrat das ab 2005 geltende neue Mikrozensusgesetz verabschiedet. Besonders strittige Punkte mussten im Vermittlungsausschuss behandelt werden. In zähen Verhandlungen unter Einbeziehung mehrerer Bundesministerien und der Innenministerien der Länder wurde letztendlich eine Kompromisslösung auf den Weg gebracht, die eine solide Basis für die nächsten 8 Jahre liefert. Neu sind die Hinwendung zu einer laufenden Berichtswoche über das gesamte Jahr verteilt, der Verzicht auf Unterstichproben im Mikrozensus, die monatlich festgeschriebene Bereitstellung von Daten, die Ausweitung von Fragen für Ausländer und Fragen zur Einbürgerung.

Aber auch Streichungen wurden vorgenommen, die aus der Sicht der Statistik nur teilweise Anklang finden. So entfallen die Fragen zum Kindergarten und Hort, die wöchentlichen Arbeitstage, das Eheschließungsjahr, aber auch begrüßenswert die Fragen zu den insgesamt geborenen Kindern, dem Einbruchsdiebstahl in Wohnungen, die Frage nach dem Lebenspartner außerhalb der Wohnung sowie Unterstichproben von weniger als 1 Prozent.

Mit dem neuen Mikrozensusgesetz ab 2005 wird den wachsenden Erfordernissen an eine flexible, aktuelle, moderne und bedarfsorientierte Stichprobenerhebung weitestgehend Rechnung getragen. Natürlich muss ein Gesetz, das eine Geltungsdauer von 8 Jahren besitzt, ggf. wieder neuen arbeitsmarktpolitischen, sozialen und/oder gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden, wenn es für eine qualitative und zeitnahe Informationspolitik ratsam erscheint.

Harmonisierung mit der EU-Arbeitskräftestichprobe

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Einbindung des Mikrozensus in die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (AKE). Schon mit dem Mikrozensusgesetz von 1996 wurden wesentliche Kriterien von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, berücksichtigt, wenngleich auch noch nicht alle.

Die seit 1998 für Deutschland z. B. bestehende Ausnahmeregelung bezüglich einer unterjährigen Erhebung konnte nicht mehr länger aufrechterhalten werden.

Eine weitere Harmonisierung beider Erhebungen, dem nationalen Mikrozensus und der AKE machte sich ebenfalls dringend erforderlich.

Sowohl hinsichtlich der verwendeten Definitionen, der Periodizität als auch des Auswahlgesetzes ist mit dem Mikrozensusgesetz ab 2005 diese Zielstellung erreicht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Deutschland jetzt alle von Eurostat zukünftig gewünschten neuen Merkmale immer gleich 1:1 umsetzen muss. Auch weiterhin wird es Ermessensspielräume, die Nutzung anderer, manchmal genauer Quellen und Ablehnung bestimmter, in Deutschland so nicht realisierbarer Kennziffern und Merkmale geben.

Vor allem die stetige Ausweitung von Ad-hoc-Modulen durch Eurostat sowie deren Integration in die Erhebungen stellen sowohl Bund und Länder, aber auch die zu Befragenden vor wachsende Probleme. Bei einer Ausweitung des Frageumfangs ist mit erheblichen Akzeptanzverlusten bei den Haushalten und Erhebungsbeauftragten zu rechnen. Die geht zumindest bei den Erhebungsbeauftragten auch nicht beliebig lang ohne eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen.

Die Organisation

Die Umstellung von einer jährlichen Erhebung auf eine unterjährige dieses Ausmaßes erfordert sowohl neue organisatorische als auch technisch-methodische Wege und Verfahren.

Hauptfaktor beim Mikrozensus/AKE ist nach wie vor der Einsatz von ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten. Bisher war ein Erhebungsbeauftragter in der Regel zwei bis drei Monate im Einsatz und das über Jahre hinweg immer zu einer bestimmten Zeit, von April bis Juli. Dies führte natürlich auch zu ganz konkreten zeitlichen Planungen bis hin zur Urlaubsgestaltung.

Ab 2005 wird nun ganzjährig interviewt, bei Orientierung auf eine laufende Berichtswoche (der Erhebungsbeauftragte erfragt, egal wann er im Haushalt ist, immer die vergangene Kalenderwoche ab).

Jahreszeitliche Bedingungen, ganzjährige Verfügbarkeit der Erhebungsbeauftragten und die nicht mehr in diesem Umfang zu realisierbare geringe räumliche Entfernung zum Auswahlbezirk erlangen jetzt eine Bedeutung, die bisher so gut wie keine Rolle gespielt hat.

Die bisher im Fachbereich bestehende Organisationsform muss fast völlig neu strukturiert werden. Der starre und feststehende Ablauf von Vorbereitung am Anfang des Jahres, der Interviewerwerbung, der Erhebung im April, der anschließenden Datenerfassung und der Auswertung zu Beginn des Folgejahres entfällt vollkommen. Ab 2005 wird dies ein fließender, sich teilweise überlappend und in der Reihenfolge auch wechselnder Prozess. Terminliche Verzögerungen mancher Abläufe lassen sich dann nicht mehr so einfach kompensieren.

Urlaubsplanung, permanente Vertretung, Ausfalltage von Mitarbeitern durch dienstliche oder private Situationen erfordern ein enorm hohes Maß an Flexibilität der Organisation.

Viele bisher von den Mitarbeitern durchgeführten Arbeiten (Dateneingabe, Signierung und Kontrolle der Erhebungsbogen) werden so nicht mehr bzw. nicht mehr in diesem Umfang benötigt. Dafür werden Tätigkeiten, wie Anleitung, Betreuung und Kontrolle der Interviewer stärker in den Vordergrund rücken. Das Spektrum jedes einzelnen Mitarbeiters erweitert sich. Gab es bisher eine ganz konkrete, inhaltlich mitunter stark abgegrenzte Aufgabenverteilung im Fachbereich, verschwinden diese Grenzen zu Gunsten vielseitigerer Aufgaben.

Ein erheblicher Teil der Antworten (zurzeit ca. 11 Prozent) erfolgt durch schriftliche Beantwortung der Erhebungsbogen. Unter diesen schriftlich eingeholten Antworten befinden sich auch viele, bei denen die Haushalte vor-

her über ein Mahnverfahren auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht werden mussten. Da sich bestimmte Formalitäten hinsichtlich von Einspruchsfristen und Terminvorgaben nicht verkürzen lassen, sind auch diesbezüglich Veränderungen im Ablauf nötig. Vor allem bei einer Verweigerungshaltung des Haushaltes muss der Weg vom Erhebungsbeauftragten über den Fachbereich bis hin zur Einleitung des Mahnverfahrens automatisiert und verkürzt werden.

Bisher konnten die Erhebungsbeauftragten ihre Terminplanung frei im Rahmen der vorgegebenen 2 Monate gestalten. Da ab 2005 zusätzlich auch eine monatliche Schnellmeldung aus Teilen des Mikrozensus bezüglich des Erwerbsstatus aller Erwerbsfähigen erfolgen soll, sind die Handlungsspielräume der Erhebungsbeauftragten doch zumindest auf den jeweiligen Monat eingengt. Relativiert wird dies durch die doch recht geringe Anzahl von Haushalten pro Erhebungsbeauftragten im laufenden Monat.

Wurden die Erhebungsbeauftragten bisher einmal jährlich kurz vor Beginn der Erhebung in einer 4 bis 6-stündigen Unterweisung mit dem betreffenden Erhebungsbogen, den organisatorischen Belangen und der bereitgestellten Technik (bei Laptopinterviews) vertraut gemacht, wird dies ein kontinuierlicher Prozess mit Schwerpunkt auf November/Dezember des Vorjahres für das kommende Jahr sein. Aber auch in den anderen Monaten werden Unterweisungen, besonders für Ersatzinterviewer zur Regel werden.

Der teilweise ganzjährige Einsatz der Erhebungsbeauftragten wird ebenfalls zu einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) und Erhebungsbeauftragten sowie ihrer Betreuung führen. Kontrollfunktionen müssen viel stärker als bisher Bestandteil der Arbeit im Fachbereich werden.

Die Technik

Ohne eine effiziente und den Bedingungen des Feldinterviews angepasste technische Lösung ist ein unterjähriger Mikrozensus mit der Bereitstellung von Quartalsergebnissen 90 Tage nach Beendigung des Befragungszeitraumes nicht realisierbar. In Abwägung aller zur Verfügung stehender Möglichkeiten wird der Einsatz von Laptops bzw. Table-PCs favorisiert.

Auch der Einsatz von Telefonstudios und Beleglesern waren Gegenstand von Untersuchungen. Die Durchsetzung einer Pflichterhebung auf telefonischem Wege ist jedoch so gut wie nicht durchsetzbar. Auch die vielfältige Filterführung und die Orientierung der Fragen auf alle im Haushalt befindlichen Personen mit der Möglichkeit des Proxi-Interviews sind entscheidende Hemmnisse für telefonische Befragungen als Hauptehebungsmethode. Der

Einsatz von Beleglesern für die Erhebungsbögen wurde als ineffizient eingestuft bzw. auf Grund fehlender Vorbereitungsarbeiten im Verbund der Statistischen Landesämter und in Anbetracht der nur noch begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit mit großer Mehrheit verworfen. Lediglich in einem Statistischen Landesamt bestehen gute Voraussetzungen und Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Der flächendeckende Laptopeinsatz erfordert mehrere Komponenten:

- Erhebungsbeauftragte mit Interesse und Können für die Handhabung der Laptops.
Obwohl die Durchführung der Interviews mittels Laptop weit gehend menügeführt ist und gründliche Einweisungen in die Gerätetechnik erfolgen, ist nicht jeder Erhebungsbeauftragte bereit und in der Lage, effizient damit umzugehen.
- Eine softwaremäßige Ausstattung mit Programmen, die eine gegenseitige Datenfernübertragung ermöglicht.
Zurzeit befindet sich ein vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen erstelltes Programm in der Testphase, welches alle wesentlichen Komponenten eines umfassenden Datenaustausches beinhaltet.
- Eine weit gehend automatisierte Verwaltung der gesamten Interviewerorganisation, angefangen von einer optimalen Routenplanung für die Entfernung der Befragungsbezirke zum Erhebungsbeauftragten über eine schnelle und übersichtliche Berechnung der Aufwandsentschädigung bis hin zum Mahnverfahren.
Die dazu vom Statistischen Landesamt Berlin angebotene Software (Microsoft SQL) ist leider keine Verbundlösung und wird zumindest in Brandenburg nicht unterstützt. Bisher haben sich 8 Länder entschieden, diese Lösung, so sie bis zum Beginn des Jahres 2005 einsetzbar ist, für sich in Anspruch zu nehmen. Allerdings können aus Rücksicht auf die schnelle Realisierung des Programms individuelle Länderwünsche nur begrenzt eingearbeitet werden. Die Integration von map & market sowie des Mahnverfahrens sind in dieser Version nicht vorgesehen.
In Brandenburg wird eine speziell für diesen Zweck vom Fachbereich Verfahrensentwicklung des LDS entwickelte Software eingesetzt, die alle erforderlichen Komponenten beinhaltet und bis zur Ablösung einer Verbundsoftware voraussichtlich bis 2006/2007 im Einsatz sein wird.
- Eine geeignete Hardware, die sowohl technisch als auch ergonomisch den Erhebungsbeauftragten nicht all zu viel Vorkenntnisse und Fertigkeiten abverlangt.
Hier gehen die Statistischen Landesämter unterschiedliche Wege. Der größte Teil der Länder verwendet Notebooks oder Laptops. Drei Länder werden zu den so genannten Table-PCs greifen. Vorteil dieser Hardware

ist ihr geringes Eigengewicht von ca. 1 bis 1,5 kg und die leichte Handhabbarkeit durch Bildschirmberührung der entsprechenden Fragefelder. Nachteil ist das kleinere Sichtfeld, der hohe Anschaffungspreis und der nicht, wie im bisherigen Programm sichtbare, mehrere Fragen umfassende Ablauf auf dem Bildschirm.

Die vielseitige Verwendung von Laptops spricht vor allem für ihren Einsatz.

Methodik, Hochrechnung, Tabellierung

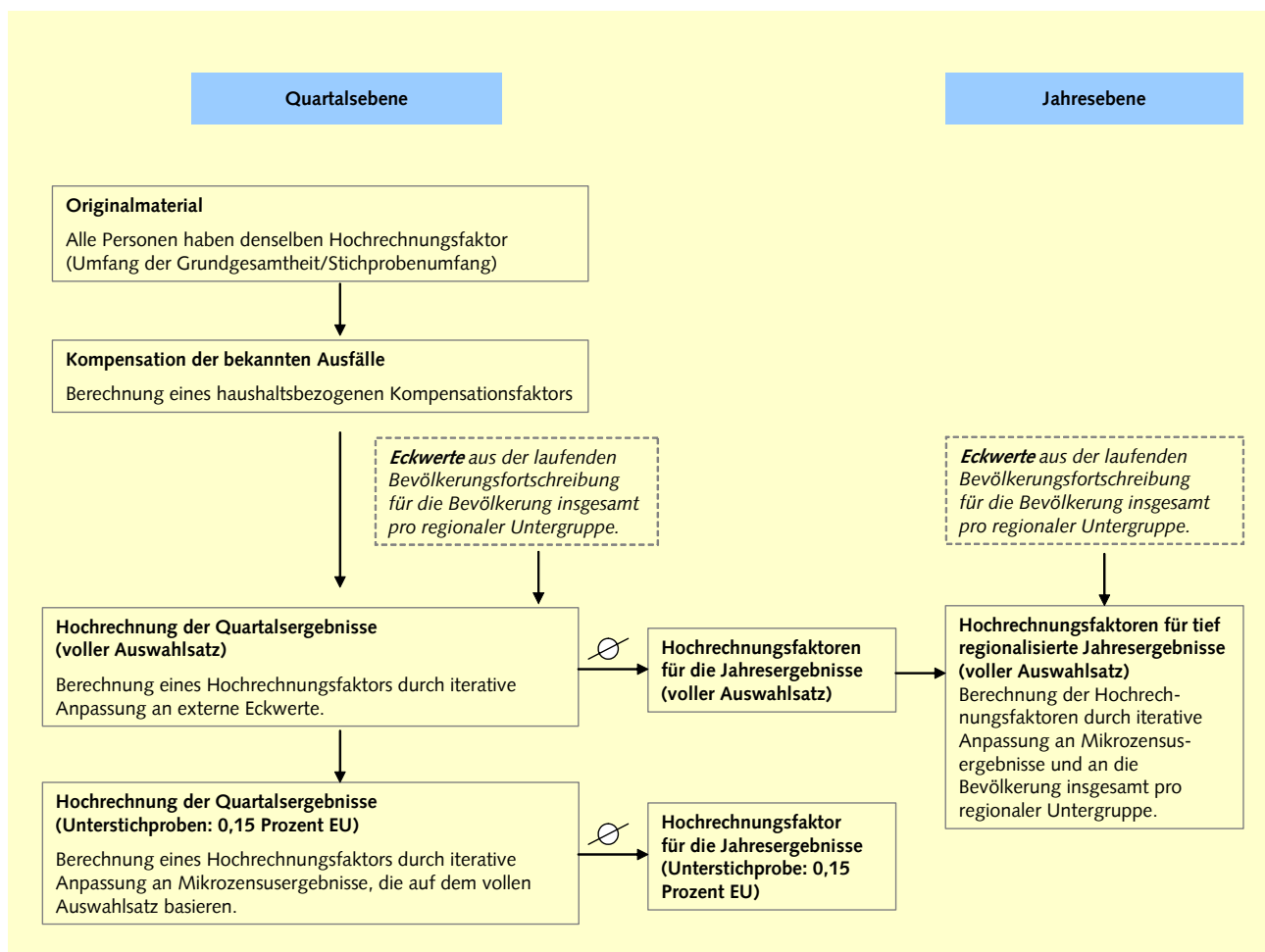
Die bisherigen Mikrozensusbefragungen hatten in Bezug auf den Erhebungsbogen vier verschiedene Arten: Den Mikrozensusbogen für das mündliche Interview, den Mikrozensusbogen für die schriftliche Befragung (grundsätzlich anderer Aufbau), den EU-Bogen für das Interview und den adäquaten schriftlichen Bogen dazu.

Mit der Einführung des unterjährigen Mikrozensus entfällt diese Artenvielfalt. Es wird künftig nur noch einen Bogen geben. Von der EU angeordnete Unterstichproben zu

ganz spezifischen Sachverhalten werden mit einem Zusatzbogen (maximal ein bis zwei Seiten) abgedeckt.

Für die Erhebungsbeauftragten, die weiterhin mit dem traditionellen Bogen arbeiten, wird es den bisherigen Erhebungsbogen, der auf der Signierung der meisten Felder aufgebaut war, ebenfalls nicht mehr geben. Der zukünftig noch eingesetzte Erhebungsbogen wird auf der Basis von Ankreuzfeldern bestehen. Dadurch wird der optische Umfang jedoch erheblich zunehmen (von bisher 7 bis 11 Seiten auf 40 bis 50 Seiten). Inwiefern dies Auswirkungen auf das Interviewgeschäft haben wird, bleibt abzuwarten.

Mit der Bereitstellung von Quartalsergebnissen und der Hinwendung von bisher jährlichen Stichtagsergebnissen zu Jahresdurchschnitten muss eine Neuberechnung (einschließlich der Fehlerrechnung, wie z. B. Standardfehler) der Hochrechnung auf Basis von Quartalszahlen und der Hochrechnung für Jahresdurchschnitte erfolgen. So sind nach derzeitigen Berechnungen die Standardfehler für Quartalsergebnisse doppelt so hoch wie die für Jahresergebnisse. Das hat Auswirkungen auf die Ergebnisse.



Die für die Hochrechnung erforderlichen Daten aus der Bevölkerungsfortschreibung liegen derzeit mit einem time-lag von 3 bis 4 Monaten vor. Auf Grund der engen Vorgaben der EU (Datenbereitstellung 12 Wochen nach Quartalsende) müssen die Bevölkerungsdaten geschätzt werden. Bei der Einbeziehung der Altersgliederung in die Hochrechnung müssen noch Schätzverfahren für die Ermittlung der Quartalsdurchschnitte der jeweiligen Altersgruppe auf Basis von Daten zum 31. Dezember des Jahres entwickelt werden.

Quartalsergebnisse können auf Grund des hohen Standardfehlers in Brandenburg nur für Landesergebnisse Verwendung finden. Das Jahresdurchschnittsergebnis wird tiefer regionalisiert ausgewertet.

Die mit der Erhebung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO = International Labour Organisation) einhergehende monatliche Aufbereitung von Mikrozensusdaten erfordert auch eine neue Hochrechnung auf Basis von Monatsdaten.

Da mit dem neuen Mikrozensusgesetz einige Kennziffern des bisherigen Programms entfallen, entstehen Auswirkungen auf die Darstellung, besonders der langfristigen Reihen. Andererseits werden neue Kennziffern für die nächsten 8 Jahre hinzukommen. Dadurch wird die Neugestaltung des Tabellenprogramms zumindest in einigen Teilen unumgänglich.

In Auswertung der bisherigen Erfahrungen in Bezug auf die Darstellung von Familienverhältnissen wird das Lebens- und Familienkonzept umgestellt. Einer der Gründe ist, dass sich in den letzten Jahren neue Themenschwerpunkte der politischen und öffentlichen Diskussion entwickelt haben, die durch Sonderauswertungen, nicht aber durch das aktuelle Tabellenprogramm bedient werden können (z. B. „Nesthocker“, Vergleiche zwischen dem Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern).

Das geplante Auswertungsprogramm wird inhaltlich drei Ebenen berücksichtigen:

- ☐ Wohnungsebene,
- ☐ Haushaltsebene
(als Bezugsperson des Haushaltes wird zukünftig der Haupteinkommensbezieher gewertet und nicht, wie bisher, die Person, die als Haushaltsvorstand bezeichnet wurde oder sich so bezeichnet hat),
- ☐ Familien- und Lebensformenebene
(Familien und Paare, Ehepaare, Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende, Bevölkerung nach Lebensformen, Männer, Frauen, Kinder, Alleinlebende).

Das ILO-Erwerbskonzept

Im europäischen Vergleich nehmen Daten zur Arbeitsmarktentwicklung einen immer wichtigeren Stellenwert ein. Dabei sind nicht, wie in Deutschland, die Arbeitslosenzahlen die entscheidende Größe, sondern Daten zur Erwerbslosigkeit. Diese Kennziffer ist fest definiert als eine Arbeitslosigkeit zwischen 15 und 74 Jahren, aktiver Arbeitssuche in den letzten vier Wochen, einer Verfügbarkeit innerhalb von zwei Wochen und bei der auch nicht eine Stunde in der Woche gegen Bezahlung gearbeitet wird.

Da diese Daten von der EU monatlich ab 2005 verlangt werden, wird Deutschland diese ab dem 01.01.2005 mittels einer Telefonbefragung auf freiwilliger Basis ermitteln. Eine entsprechende Verordnung des Bundesrates der BRD wurde diesbezüglich bereits verabschiedet.

Spätestens ab dem Jahr 2006 soll der Mikrozensus diese Aufgabe im Rahmen der Unterjährigkeit übernehmen. Dazu sind organisatorisch-technische Maßnahmen zu ergreifen, die es ermöglichen, monatlich Daten aus dem Mikrozensus an das Statistische Bundesamt zu übermitteln. Ein eng gefasster Zeitplan sieht dafür den 10. Werktag nach Monatsende vor.

Für Brandenburg bedeutet dies, monatlich Daten von ca. 950 bis 1 000 Haushalten auf Plausibilität geprüft und signiert bereit zu halten.

Landesveröffentlichungen sind auf Basis dieser relativ geringfügigen Fallzahlen für Brandenburg nicht anzustreben.

Fazit

Mit Beginn des Jahres 2005 wird der Mikrozensus in Deutschland in eine neue Phase seiner fast 50-jährigen Geschichte eintreten, die sowohl in organisatorischer, technischer als auch methodischer Hinsicht eine große Herausforderung darstellt, insbesondere auf Landes- aber auch auf Bundesebene.

Die damit verbundenen Anforderungen an das Zusammenwirken verschiedener Bereiche, der einzusetzenden Technik und nicht zuletzt an die Mitarbeiter werden steigen, bieten aber auch die Möglichkeit, neue Arbeitsfelder, Arbeitsinhalte- und -formen zu erschließen.

Nutznieser all dieser Maßnahmen wird letztendlich der Datennutzer, dem zukünftig ein noch umfangreicheres Spektrum an Informationen über die Haushalte zur Verfügung gestellt wird.

Peter Kuchta 

Außenhandel mit den zehn Beitrittsländern der Europäischen Union

In diesem Beitrag werden die Außenhandelsbeziehungen Brandenburgs mit den zehn Beitrittsländern der Europäischen Union betrachtet. Insbesondere werden die Ergebnisse des Jahres 2003, die noch vorläufigen Charakter tragen, dokumentiert. Teilweise wird auf die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren eingegangen. Vergleiche mit dem Außenhandel Brandenburgs insgesamt bzw. Deutschlands sowie eine Übersicht aktueller Kennziffern der Beitrittsländer ergänzen den Beitrag

Vorbemerkungen

Am 1. Mai 2004 sind mit Malta, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Zypern zehn Staaten der Europäischen Union (EU) neu beigetreten. Die EU ist somit von vorher 15 auf 25 Mitgliedsstaaten angewachsen.

Als vollwertige Mitglieder der EU sind die Beitrittsländer am Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft beteiligt. Dieser ermöglicht den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Eine seiner Säulen ist der freie Warenverkehr.

Für den deutschen Außenhandel bzw. den Außenhandel aller bisherigen EU-Mitgliedsstaaten bedeutet die Erweiterung, dass der Handel mit den zehn Beitrittsstaaten vom Extrahandel (grenzüberschreitender Warenverkehr mit Drittstaaten) zum Intrahandel (grenzüberschreitender Warenverkehr innerhalb der EU) übergegangen ist. Im innergemeinschaftlichen Handel sind Zölle, Abgaben und mengenmäßige Beschränkungen untersagt, nur in definierten Ausnahmefällen dürfen Handelsschranken aufrechterhalten bzw. errichtet werden.

Ausgewählte Kennziffern und Indikatoren für die EU-Beitrittsländer

Beitrittsland	2003				2002				
	Bevölke- rung	Anteil an der Be- völke- rung aller Beitritts- länder	Fläche	Bevölke- rungs- dichte	Bruttoinlandsprodukt (BIP)		Anteil am BIP aller Beitritts- länder	Infla- tions- rate ¹⁾	Arbeits- losen- quote ²⁾
					in jewei- ligen Preisen	je Ein- wohner			
	1 000	Prozent	km²	Einwoh- ner je km²	Mrd. EUR	EUR	Prozent		
Malta	397	0,5	316	1 257	4,4	11 140	1,0	2,2	7,5
Estland	1 356	1,8	45 228	30	6,9	5 080	1,6	3,6	9,5
Lettland	2 332	3,1	64 589	36	8,9	3 820	2,0	2,0	12,6
Litauen	3 463	4,7	65 300	53	14,6	4 230	3,3	0,4	13,6
Polen	38 214	51,4	312 685	122	202,2	5 290	45,5	1,9	19,8
Tschechische Republik	10 203	13,7	78 860	129	78,2	7 660	17,6	1,4	7,3
Slowakei	5 379	7,2	49 035	110	25,7	4 770	5,8	3,3	18,7
Ungarn	10 152	13,7	93 029	109	68,8	6 780	15,5	5,2	5,6
Slowenien	1 995	2,7	20 273	98	23,3	11 700	5,2	7,5	6,1
Zypern	805	1,1	9 251	87	12,2	15 150	2,7	2,8	3,9
Insgesamt	74 296	100	738 566	101	444,3	5 980	100	2,9	14,3

1) Konsumentenpreise

2) Anteil der Arbeitslosen an der gesamten Erwerbsbevölkerung

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt

Beitrittsländer im Vergleich

Mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten am 1. Mai erlebte die EU die größte Erweiterungsrunde seit ihren Anfängen. Die Fläche der Union vergrößerte sich um rund 23 Prozent, die Bevölkerung ist um mehr als 74 Millionen auf über 450 Millionen Einwohner angewachsen.

Das mit Abstand größte neue Mitgliedsland ist Polen, das mit seinen 38 Millionen Einwohnern etwas mehr als die Hälfte der neuen EU-Bürger stellt und auch den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt aller Beitrittsländer hat. Zu den großen Beitrittsstaaten zählen ferner die Tschechische Republik und Ungarn. Diese drei Staaten zusammen

erwirtschaften mehr als drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts und stellen auch mehr als drei Viertel der Bevölkerung aller Beitrittsländer.

In den letzten Jahren sind die Volkswirtschaften der meisten Beitrittsländer kontinuierlich gewachsen. Die Wachstumsraten ihres Bruttoinlandsprodukts lagen zudem in der Regel über denen der 15 Mitgliedsstaaten der EU (EU-15). Dadurch erhöhte sich auch das Pro-Kopf-Einkommen in den Beitrittsstaaten. Es sollte dabei aber nicht übersehen werden, dass zwischen den Beitrittsländern erhebliche Unterschiede bestehen. So lagen 2003 die Pro-Kopf-Einkommen zwischen 78 Prozent (Zypern) und 36,6 Prozent (Lettland) des EU-Durchschnitts.

Brandenburgs Außenhandel insgesamt, mit den EU-Ländern (EU-15) und Beitrittsländern 1993 – 2003

Ländergruppe Bestimmungs- bzw. Herkunftsland	1993	1995	2000	2001	2002	2003 ¹⁾
	1 000 EUR					
Ausfuhr						
Insgesamt	1 279 278	1 829 200	4 279 463	4 632 565	4 592 605	5 076 807
darunter						
EU-Länder (EU-15)	509 877	929 479	2 070 100	2 117 356	2 135 818	2 417 937
EU-Beitrittsländer	166 178	234 539	736 556	678 341	768 673	877 048
Malta	140	325	534	498	361	269
Estland	1 010	1 719	3 247	6 471	7 871	6 389
Lettland	2 283	1 944	17 044	11 795	11 664	15 866
Litauen	7 692	8 959	20 233	19 497	27 957	39 126
Polen	94 384	132 914	488 294	391 518	444 272	464 189
Tschechische Republik	30 017	46 066	126 026	153 276	152 297	200 143
Slowakei	5 944	8 612	19 486	25 750	24 717	34 461
Ungarn	19 920	25 136	44 856	53 085	81 076	96 466
Slowenien	4 280	8 613	14 928	15 415	16 756	18 668
Zypern	508	251	1 908	1 036	1 702	1 471
Einfuhr						
Insgesamt	2 319 398	2 813 854	5 534 031	5 964 371	5 866 360	5 507 335
darunter						
EU-Länder (EU-15)	767 695	1 010 168	1 604 124	1 911 339	1 906 863	1 784 123
EU-Beitrittsländer	321 186	470 788	679 754	768 525	778 837	892 877
Malta	1	17	29	14	2	0
Estland	259	2 104	9 879	9 159	6 922	8 009
Lettland	195	1 098	6 117	7 005	6 382	5 381
Litauen	3 506	8 036	14 696	20 571	15 037	10 157
Polen	208 750	313 740	425 908	495 680	531 438	632 959
Tschechische Republik	56 246	73 593	107 043	101 615	109 750	107 176
Slowakei	26 622	48 871	54 754	68 047	39 523	64 735
Ungarn	17 856	13 501	30 245	30 319	35 921	48 086
Slowenien	7 555	9 586	31 006	36 022	33 845	16 351
Zypern	196	242	77	93	17	23

1) vorläufige Ergebnisse

Außenhandel mit den Beitrittsländern insgesamt

Der Außenhandel Deutschlands mit den zehn EU-Beitrittsländern hat sich in den vergangenen Jahren dynamischer entwickelt als der Außenhandel Deutschlands insgesamt. Im Vergleich zu 1993 hat sich der deutsche Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern im Jahr 2003 fast vervierfacht. So lagen die deutschen Ausfuhren in diese Ländergruppe im Jahr 2003 fast vier Mal so hoch wie im Jahr 1993, die deutschen Einfuhren von dort sogar mehr als vier Mal darüber. Die deutschen Ausfuhren insgesamt haben sich im gleichen Zeitraum „nur“ verdoppelt, die Einfuhren haben um rund 80 Prozent zugenommen.

Auch in Brandenburg hat sich der Außenhandel mit den Beitrittsländern dynamischer entwickelt als der Brandenburger Außenhandel insgesamt. So haben sich im Zeitraum 1993 bis 2003 die brandenburgischen Ausfuhren in die Beitrittsländer mehr als verfünffacht, die Einfuhren aus diesen Ländern fast verdreifacht. Im Gegensatz dazu haben sich die brandenburgischen Ausfuhren insgesamt in diesem Zeitraum fast vervierfacht und die Einfuhren insgesamt mehr als verdoppelt.

Im Jahresvergleich 2003 zu 2002 liegen die Steigerungsraten für den brandenburgischen Außenhandel mit den Beitrittsländern ebenfalls über denen des brandenburgischen

Außenhandels insgesamt bzw. des brandenburgischen Außenhandels mit den EU-Ländern (EU-15).

Im Zeitraum 1993 bis 2003 sind die brandenburgischen Ausfuhren insgesamt kontinuierlich von Jahr zu Jahr (Ausnahme: 2002) gestiegen. Gleiches gilt für Brandenburger Exporte in die EU-Länder (ohne Ausnahme) bzw. in die EU-Beitrittsländer (Ausnahme: 2001). Diese Kontinuität spiegelt sich auch in den Anteilen am Brandenburger Export insgesamt wider.

So erhöhte sich der Anteil der EU-Länder (EU-15) von 39,9 Prozent im Jahr 1993 auf 47,6 Prozent im Jahr 2003. Der Anteil der EU-Beitrittsländer stieg von 1993 bis 2003 von 13 auf 17,3 Prozent. Im Vergleich dazu erhielten die Beitrittsländer 2003 „nur“ 9 Prozent der deutschen Warenausfuhren.

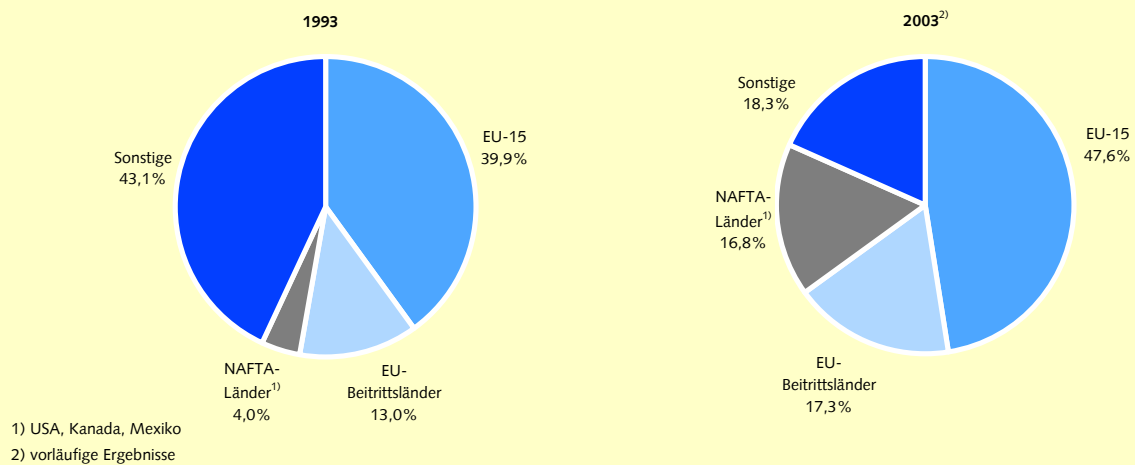
Die Wareneinfuhr nach Brandenburg insgesamt erreichte im Zeitraum 1993 bis 2003 den größten absoluten Wert im Jahr 2001 und ist seitdem rückläufig. Die gleiche Tendenz ist für Importe aus den EU-Ländern (EU-15) zu verzeichnen. Dagegen sind die Einfuhren aus den EU-Beitrittsländern ständig gestiegen und erzielten im Jahr 2003 den höchsten absoluten Wert.

Entwicklung des brandenburgischen Außenhandels insgesamt, mit den EU-Ländern (EU-15) und den Beitrittsländern

<u>Ländergruppe</u> Land	Ausfuhr		Einfuhr	
	Veränderung 2003 ¹⁾ gegenüber			
	1993	2002	1993	2002
	Prozent			
Insgesamt	+ 296,8	+ 10,5	+ 137,4	– 6,2
darunter				
EU-Länder (EU-15)	+ 374,2	+ 13,2	+ 132,4	– 6,5
EU-Beitrittsländer	+ 427,8	+ 14,1	+ 178,0	+ 14,6
Malta	+ 92,1	– 26,5	-	-
Estland	+ 532,6	– 19,0	+ 2 992,3	+ 15,5
Lettland	+ 595,0	+ 35,8	+ 2 659,5	– 15,9
Litauen	+ 408,7	+ 39,9	+ 189,7	– 32,5
Polen	+ 391,8	+ 4,5	+ 202,2	+ 19,0
Tschechische Republik	+ 566,8	+ 31,4	+ 90,5	– 2,4
Slowakei	+ 479,8	+ 39,4	+ 143,2	+ 63,8
Ungarn	+ 384,3	+ 18,9	+ 169,3	+ 33,7
Slowenien	+ 336,2	+ 11,4	+ 116,4	– 51,7
Zypern	+ 189,6	– 13,6	– 88,3	+ 21,1

1) vorläufige Ergebnisse

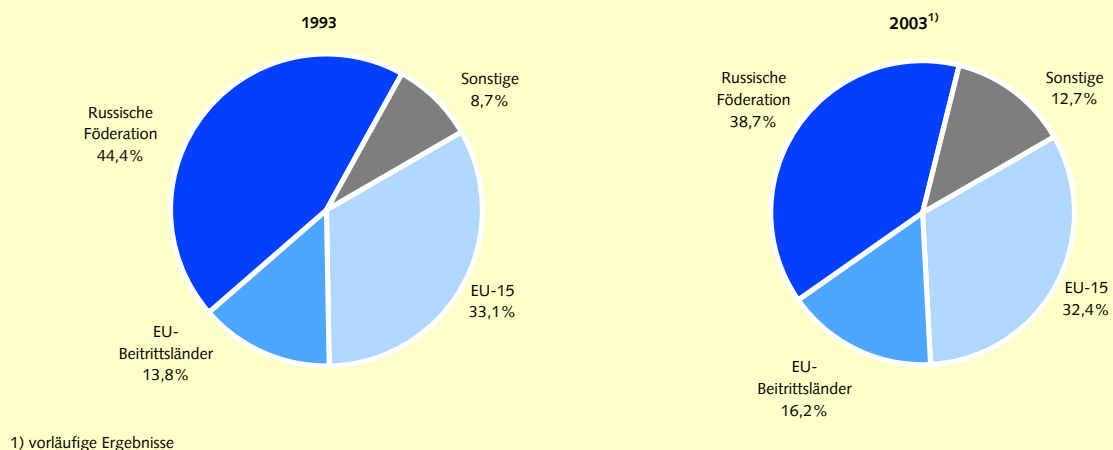
Anteile am Brandenburger Export



Während der Anteil der EU-Länder (EU-15) am Brandenburger Import von 33,1 Prozent im Jahr 1993 auf 32,4 Prozent im Jahr 2003 zurückging (2001=32 Prozent), stieg der Anteil der EU-Beitrittsländer von 13,8 Prozent (1993) auf 16,2 Prozent (2003). Für Deutschland insgesamt betrug der Importanteil der Beitrittsländer 11 Prozent im Jahr 2003.

Gemessen an den Export- und Importanteilen hat der Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern für Brandenburg einen höheren Stellenwert als für andere Bundesländer bzw. Deutschland insgesamt. Das ist zum einen auf die geografische Lage, aber auch auf traditionelle Handelsbeziehungen zurückzuführen. Dabei ist anzumerken, dass zwischen den einzelnen Beitrittsländern noch große Unterschiede existieren.

Anteile am Brandenburger Import



Außenhandel mit den einzelnen Beitrittsländern

Brandenburgs Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern ist durch eine große Spannbreite zwischen den einzelnen Ländern gekennzeichnet, die eher noch zu- als abnimmt. Kontinuierliche jährliche Steigerungen im Zeitraum 1993 bis 2003 waren bei der Ausfuhr nur für Ungarn und Slowenien zu verzeichnen, bei der Einfuhr nur für Polen. Bei allen anderen Beitrittsländern traten ausfuhr- bzw. einfuhrseitig Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren auf.

Rangfolge der EU-Beitrittsländer als Ausfuhr-Handelspartner von Brandenburg im Jahr 2003¹⁾

Bestimmungsland	Ausfuhr	Rang
	1000 EUR	
Polen	464 189	2
Tschechische Republik	200 143	9
Ungarn	96 466	15
Litauen	39 126	23
Slowakei	34 461	25
Slowenien	18 668	35
Lettland	15 866	42
Estland	6 389	53
Zypern	1 471	78
Malta	269	110

1) vorläufiges Ergebnis

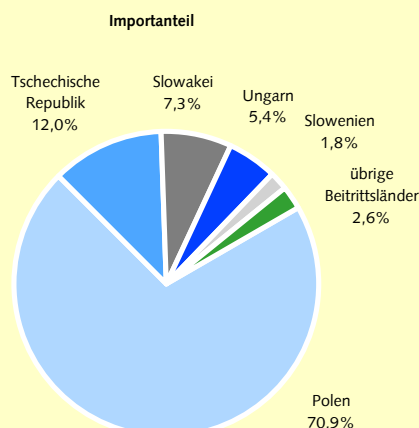
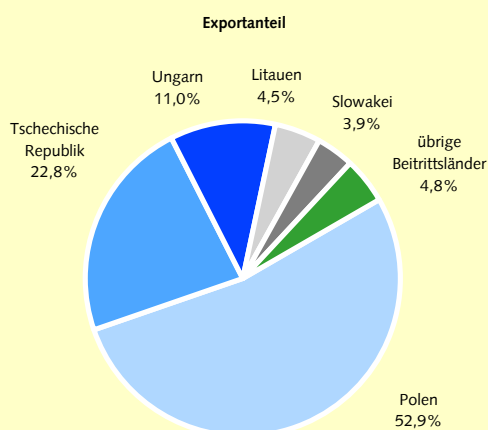
Rangfolge der EU-Beitrittsländer als Einfuhr-Handelspartner von Brandenburg im Jahr 2003¹⁾

Herkunftsland	Einfuhr	Rang
	1000 EUR	
Polen	632 959	2
Tschechische Republik	107 176	11
Slowakei	64 735	19
Ungarn	48 086	20
Slowenien	16 351	26
Litauen	10 157	29
Estland	8 009	32
Lettland	5 381	38
Zypern	23	98
Malta	–	–

1) vorläufiges Ergebnis

Die unterschiedliche Intensität der Handelsbeziehungen zwischen Brandenburg und den Beitrittsländern kommt durch die Aus- und Einfuhranteile noch stärker zum Ausdruck. Die vier wichtigsten Handelspartner der Beitrittsländer erreichten zusammen sowohl aus- als auch einfuhrseitig einen Anteil von über 90 Prozent.

Brandenburger Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern 2003¹⁾



1) vorläufige Ergebnisse

Polen

Unter den Beitrittsländern nimmt Polen die absolut führende Stellung ein. Mehr als die Hälfte der Brandenburger Exporte in die Beitrittsländer gingen nach Polen. Das war nicht nur 2003 so, sondern betraf alle Jahre seit 1993, wobei der absolute Rekord mit 488 Millionen EUR und einem Anteil von 66,3 Prozent im Jahr 2000 erreicht wurde.

Bei den Brandenburger Importen aus den Beitrittsländern war die polnische Dominanz noch gravierender. In den Jahren 1993 bis 2002 bewegte sich der polnische Anteil zwischen 63 und 68 Prozent, er stieg im Jahr 2003 erstmals auf über 70 Prozent. Für den Brandenburger Außenhandel gehört Polen schon immer zu den ganz wichtigen Ländern. In der Rangliste der Handelspartner liegt das Land sowohl bei der Aus- als auch bei der Einfuhr in der Regel seit Jahren auf dem zweiten Platz.

2003 wurden hauptsächlich Mineralölerzeugnisse (119 Millionen EUR), Blech aus Eisen oder Stahl (84 Millionen EUR), Papier und Pappe (37 Millionen EUR), Waren aus Kunststoffen (21 Millionen EUR), Sperrholz, Span- und Faserplatten (16 Millionen EUR), pharmazeutische Erzeugnisse (15 Millionen EUR), Kunststoffe (14 Millionen EUR) sowie Glaswaren (13 Millionen EUR) nach Polen exportiert. Haupteinfuhrgüter waren Koks und Schmelzkoks (94 Millionen EUR), Abfälle und Schrott aus Eisen oder Stahl (65 Millionen EUR), Möbel (63 Millionen EUR), chemische Vorerzeugnisse (27 Millionen EUR), Eisen-, Blech- und Metallwaren (25 Millionen EUR), Erdöl und Erdgas (23 Millionen EUR) sowie Kunststoffe (20 Millionen EUR).

Tschechische Republik

Die Tschechische Republik liegt beim Außenhandel mit den Beitrittsländern hinter Polen auf dem zweiten Platz. Die Brandenburger Ausfuhren in die Tschechische Republik erreichten 2003 mit über 200 Millionen EUR (Anteil: 22,8 Prozent) den bisherigen Höchstwert. Der Anteil der tschechischen Einfuhren lag 2003 bei 12 Prozent, wobei der absolute Wert aus dem Jahre 2002 verfehlt wurde. In der Rangliste der Brandenburger Handelspartner nahm die Tschechische Republik 2003 bei der Ausfuhr den 9. Platz und bei der Einfuhr den 11. Platz ein.

Wichtigste Ausfuhrgüter in die Tschechische Republik im Jahr 2003 waren Blech aus Eisen oder Stahl (53 Millionen EUR), Schienenfahrzeuge (14 Millionen EUR), Waren aus Kunststoffen (14 Millionen EUR), Farben, Lacke und Kitte (10 Millionen EUR) sowie Draht aus Eisen oder Stahl (8 Millionen EUR). Aus der Tschechischen Republik wurden überwiegend Eisen-, Blech- und Metallwaren (22 Millionen EUR), Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (14 Millionen EUR), Möbel (7 Millionen EUR),

Abfälle und Schrott aus Eisen oder Stahl (5 Millionen EUR) sowie Waren aus Kunststoffen (5 Millionen EUR) importiert.

Ungarn

Unter den Beitrittsländern steht Ungarn bei der Ausfuhr mit einem Anteil von 11 Prozent an 3. Stelle und bei der Einfuhr mit 5,4 Prozent an 4. Stelle. Das ergab in der Rangliste der Brandenburger Handelspartner Rang 15 bei der Ausfuhr und Rang 20 bei der Einfuhr.

Nach Ungarn wurden 2003 vorrangig Glaswaren (34 Millionen EUR), pharmazeutische Erzeugnisse (12 Millionen EUR), Papier und Pappe (11 Millionen EUR) sowie Waren aus Kunststoffen (5 Millionen EUR) geliefert. Über die Hälfte der ungarischen Importe bestand aus Gütern der Ernährungswirtschaft, darunter Kakao und Kakaoerzeugnisse (9 Millionen EUR), Fleisch und Fleischwaren (6 Millionen EUR) sowie Obstzubereitungen und Obstkonserven (6 Millionen EUR).

Litauen, Lettland und Estland

Der Anteil der Baltischen Staaten lag 2003 in der Ausfuhr bei 7 Prozent (61 Millionen EUR), in der Einfuhr bei 2,6 Prozent (24 Millionen EUR). Damit gehörten sie nicht zu den 20 wichtigsten Handelspartnern Brandenburgs. Zwei Drittel der Ausfuhren gingen nach Litauen, u. a. elektrotechnische Erzeugnisse (16 Millionen EUR), Sperrholz, Span- und Faserplatten (5 Millionen EUR) und chemische Vorerzeugnisse (4 Millionen EUR). Nach Lettland wurden überwiegend elektrotechnische Erzeugnisse (4 Millionen EUR) und Sperrholz, Span- und Faserplatten (2 Millionen EUR) geliefert. Estland erhielt hauptsächlich Blech aus Eisen oder Stahl (1 Million EUR) und Sperrholz, Span- und Faserplatten (1 Million EUR).

Aus Litauen wurden vorrangig Waren aus Kunststoffen (4 Millionen EUR), Abfälle und Schrott aus Eisen oder Stahl (1 Million EUR) sowie Milch und Milcherzeugnisse (1 Million EUR) importiert. Schnittholz und Holzwaren ohne Möbel kamen überwiegend aus Estland (4 Millionen EUR) und Lettland (1 Million EUR), außerdem Sperrholz, Span- und Faserplatten (2 Millionen EUR) aus Estland sowie Stäbe und Profile aus Eisen oder Stahl (1 Million EUR) aus Lettland.

Slowakei

Das brandenburgische Außenhandelsvolumen (Ex- und Import) mit der Slowakei erreichte 2003 fast 100 Millionen EUR. Unter den Beitrittsländern lag die Slowakei an fünfter (ausfuhrseitig) bzw. an dritter Stelle (einfuhrseitig). Als Handelspartner von Brandenburg nahm das Land die Plätze 25 (Ausfuhr) bzw. 19 (Einfuhr) ein.

Die Exporte bestanden 2003 zum größten Teil aus Fahrge-
stellen, Karosserien und Motoren (6 Millionen EUR), Zu-
ckerrüben, Zucker und Zuckererzeugnissen (6 Millionen
EUR), Papier und Pappe (3 Millionen EUR) sowie Farben,
Lacken und Kitten (2 Millionen EUR).

Die wichtigsten Importgüter waren Blech aus Eisen oder
Stahl (31 Millionen EUR), Geräte zur Elektrizitätserzeu-
gung und -verteilung (18 Millionen EUR) sowie Eisen-,
Blech- und Metallwaren (2 Millionen EUR) und Abfälle
und Schrott aus Eisen oder Stahl (2 Millionen EUR).

Slowenien

Während die brandenburgischen Ausfuhren nach Slowe-
nien kontinuierlich stiegen und 2003 knapp 19 Millionen
EUR erreichten, wurden von dort 2003 gegenüber den
Vorjahren nur noch halb so viele Waren eingeführt. Unter
den brandenburgischen Handelspartnern belegt das Land
die Plätze 35 (Ausfuhr) und 26 (Einfuhr).

Im Jahr 2003 wurden hauptsächlich Kunststoffe
(5 Millionen EUR), Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge
(2 Millionen EUR) sowie pharmazeutische Erzeugnisse
(1 Million EUR) ausgeführt. Bedeutendste Positionen bei

der Einfuhr waren Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge
(5 Millionen EUR), Fahrgestelle, Karosserien und Motoren
(3 Millionen EUR) sowie chemische Halbwaren (1 Million
EUR) und Personenkraftwagen und Wohnmobile
(1 Million EUR).

Zypern und Malta

Der Außenhandel mit Zypern und Malta spielt für Bran-
denburg eine sehr untergeordnete Rolle. Das Außenhan-
delsvolumen (Aus- und Einfuhr) mit beiden Ländern zu-
sammen erreichte 2003 nicht einmal 2 Millionen EUR und
bewegte sich auch in den Vorjahren auf diesem Niveau.
Entsprechend fielen die Anteile innerhalb der Beitrittslän-
der bzw. die Platzierungen als Handelspartner von Bran-
denburg kaum ins Gewicht.

Nach Zypern wurden 2003 z.B. nachrichtentechnische Ge-
räte und pharmazeutische Erzeugnisse für jeweils 300 Tau-
send EUR geliefert, nach Malta elektrotechnische Erzeug-
nisse für 70 Tausend EUR.

Aus Zypern wurden Südfrüchte sowie sonstige Kleidung
aus Baumwolle für jeweils 10 Tausend EUR eingeführt.

Jürgen Keiser
Wolfgang Kirmse



Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2003



Im Jahr 2003 wurden in
Deutschland die wenigsten
Toten im Straßenverkehr
seit Einführung der Statis-
tik der Straßenverkehrsun-
fälle 1953 registriert. Auch
sank die Zahl der Unfälle,
die von der Polizei aufge-
nommen wurden, um
1,3%. Einen Überblick
über das „Unfallgeschehen
im Straßenverkehr 2003“

gibt die gleichnamige Broschüre. Sie stellt das Unfall-
geschehen im Überblick seit 1970 dar und präsentiert
die Befunde aus dem Jahr 2003 nach Bundesländern,
Ortslagen, Unfallursachen und Verkehrsmitteln. Be-
sonders setzt sich die Publikation mit Straßenverkehrs-
unfällen in Bezug auf Kinder, junge Erwachsene und
Senioren auseinander. Auch das Thema Alkoholunfälle
wird intensiver beleuchtet.

Die Broschüre umfasst 56 Seiten. Sie ist kostenlos
erhältlich, entweder in Printform (Artikel-Nr.
5462401049004) oder als PDF-Dokument.

Die Publikation kann angefordert werden beim



Statistisches Bundesamt
Statistischer Informationsservice
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden



0611 75-2405



www.destatis.de

Monats- und Jahresverdienste im Produzierenden Gewerbe 2000 bis 2003

Der Bruttomonatsverdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers im produzierenden Gewerbe Brandenburgs ist von 2000 bis 2003 um durchschnittlich jährlich 2,8 Prozent auf 2 235 EUR gestiegen.

Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate bei den Jahresverdiensten betrug im gleichen Zeitraum 3,5 Prozent. Mit einem Jahresverdienst von 29 636 EUR wurde in Brandenburg mehr verdient als im Durchschnitt der neuen Bundesländer.

Der prozentuale Abstand zu den Verdiensten im früheren Bundesgebiet ist in den letzten drei Jahren in etwa konstant geblieben. Absolut ist der Verdienstabstand insgesamt und bei allen Arbeitnehmergruppen angestiegen.

Vorbemerkungen

Verdienstangaben für Arbeiter und Angestellte im produzierenden Gewerbe werden mit den laufenden Verdiensterhebungen gewonnen.

Das Lohnstatistikgesetz¹⁾ schreibt die Durchführung in vierteljährlichen Abständen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober sowie als Jahresmeldung vor. Die vierteljährlich erhobenen Angaben beinhalten ausschließlich regelmäßig monatlich gezahlte Beträge. In der Jahresmeldung sind darüber hinaus Einmalzahlungen und unregelmäßige Zahlungen enthalten, wie z. B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Gewinnbeteiligungen.

Die Verdiensterhebungen werden als Stichprobe nach der Summenmethode durchgeführt. Sie liefern keine Angaben für einzelne Personen, sondern Summenangaben für bestimmte Beschäftigtengruppen. Einbezogen sind ausschließlich vollzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte, die für den ganzen Monat entlohnt wurden. Nicht erfasst werden leitende Angestellte.²⁾

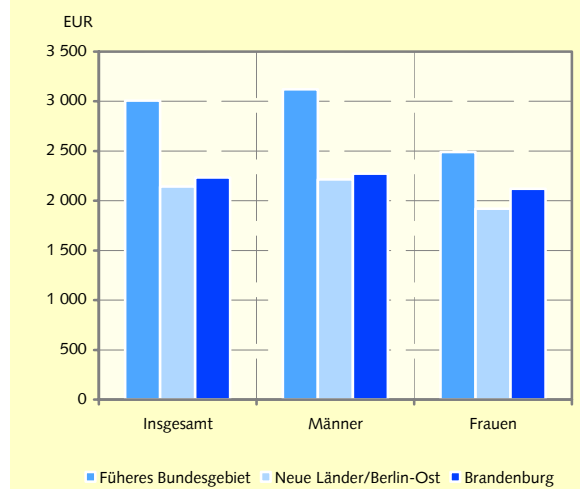
Monatsverdienste der Arbeitnehmer

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer ist in den ersten drei Jahren des neuen Jahrtausends im produzierenden Gewerbe Brandenburgs um 8,7 Prozent auf 2 235 EUR gestiegen. Der Zuwachs entsprach dem in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet war die Wachstumsrate in Brandenburg um 0,7 Prozentpunkte höher. Der absolute Verdienstabstand zum früheren Bundesgebiet ist jedoch gegenüber dem Jahr

2000 um 43 EUR auf 774 EUR angestiegen. Der Angleichungsprozess zwischen Ost- und Westverdiensten ist zum Stillstand gekommen. Das Verdienstniveau in Brandenburg verharrt seit Jahren im Vergleich zum früheren Bundesgebiet bei rund 74 Prozent.

Zwischen den Geschlechtern sind erhebliche Unterschiede im Verdienstabstand zum früheren Bundesgebiet festzustellen. Der Männerverdienst in Brandenburg betrug knapp 73 Prozent des „Westverdienstes“. Frauen kamen auf 84 Prozent. Die Entwicklungstendenz ist gegenläufig. Während die Zuwachsrate 2003 gegenüber 2000 bei den Männern in Brandenburg mit 8,9 Prozent über der von 7,5 Prozent im früheren Bundesgebiet lag, war der Zuwachs bei den Frauen mit 8,6 Prozent zu 9,7 Prozent im früheren Bundesgebiet spürbar höher. Der absolute Verdienstabstand bei den Frauen ist um 53 EUR auf 388 EUR und bei den Männern um 33 EUR auf 847 EUR angewachsen.

Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe im Jahr 2003



1) Gesetz über die Lohnstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1996 (BGBl. I S. 598) zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322)

2) LDS BB Daten + Analysen IV/2003 S. 50

Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe nach Bundesländern¹⁾ im Jahr 2003

Gebietsstand	Ins-gesamt	Männer	Frauen
	EUR		
Deutschland	2 909	3 022	2 406
Berlin insgesamt	3 030	3 128	2 722
Früheres Bundesgebiet	3 009	3 120	2 490
Hamburg	3 542	3 625	3 169
Bremen	3 153	3 233	2 585
Baden-Württemberg	3 096	3 255	2 475
Berlin-West	3 064	3 186	2 665
Bayern	3 019	3 147	2 477
Hessen	2 995	3 084	2 576
Nordrhein-Westfalen	2 970	3 058	2 483
Rheinland-Pfalz	2 923	3 008	2 458
Niedersachsen	2 902	2 993	2 398
Saarland	2 854	2 943	2 242
Schleswig-Holstein	2 848	2 960	2 380
Neue Länder/Berlin-Ost	2 145	2 214	1 919
Berlin-Ost	2 908	2 907	2 913
Brandenburg	2 235	2 273	2 102
Sachsen-Anhalt	2 152	2 198	1 962
Sachsen	2 104	2 188	1 837
Mecklenburg-Vorpommern	2 095	2 141	1 904
Thüringen	2 041	2 145	1 759

1) Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.3, viertes Vierteljahr 2003, S. 36.

Auffällig ist, dass in Brandenburg die Bruttomonatsverdienste über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer liegen. Dies hat vor allem strukturelle Gründe. So ist der Anteil von Beschäftigten mit sehr guten Verdienstmöglichkeiten (Fahrzeugbau, darunter insbesondere Luft- und Raumfahrzeugbau) bzw. dem früheren Bundesgebiet angeglichenem Verdienstniveau (Kohlenbergbau) in Brandenburg im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern hoch. In ausgeprägten Niedriglohnbranchen, wie z. B. dem Textil- und Bekleidungsgewerbe, sind dagegen nur sehr wenige Personen beschäftigt.

Im Vergleich zu den Flächenländern des früheren Bundesgebietes liegt das Verdienstniveau in Brandenburg insgesamt zwischen 72,2 Prozent (Baden-Württemberg) und 78,5 Prozent (Schleswig-Holstein). Bei den Männern schwankt es von 69,8 Prozent (Baden-Württemberg) bis 77,2 Prozent (Saarland) und bei den Frauen von 81,6 Prozent (Hessen) bis immerhin 93,8 Prozent (Saarland).

Mehr als in den Flächenländern wird mit Ausnahme von Berlin-West in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen verdient.

Monatsverdienste der Arbeitnehmergruppen

Die Verdienstentwicklung der Arbeitnehmergruppen vollzog sich in den letzten drei Jahren mit unterschiedlichem Tempo. Der Verdienstzuwachs war bei den Arbeitern im produzierenden Gewerbe wesentlich niedriger als bei den Angestellten. Diese Tendenz ist bundesweit festzustellen. Die Verdienstunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten haben sich weiter vergrößert.

Vollzeitbeschäftigte Arbeiter erhielten im Jahr 2003 in Brandenburg monatlich durchschnittlich mit 1 946 EUR 6,6 Prozent mehr als im Jahr 2000. Die Zunahme entsprach etwa der Steigerung in den neuen Ländern insgesamt (6,5 Prozent). Der Zuwachs bei den Männern betrug 7,0 Prozent, bei den Frauen 6,1 Prozent. Das Wachstum bei den Frauen blieb hinter dem Durchschnitt der neuen Länder (7,4 Prozent) zurück.

Die im Vergleich zum früheren Bundesgebiet in Brandenburg insgesamt und bei den Männern höhere Zuwachsrate reichte nicht aus, um den absoluten Verdienstabstand zu verringern. Bei etwa gleichem relativem Wachstum von 6 Prozent hat sich bei den Frauen der Abstand deutlich vergrößert. In Brandenburg erhielten Arbeiter/-innen im Durchschnitt im Jahr 2003 monatlich 600 EUR weniger als ihre Kollegen/-innen im früheren Bundesgebiet. Bei den Männern waren es 641 EUR und bei den Frauen 304 EUR.

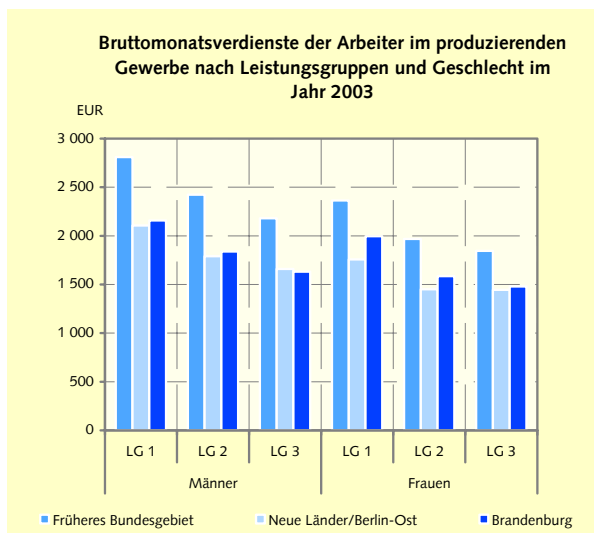
Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe im Jahr 2003

Ge-schlecht	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder/ Berlin-Ost	Branden-burg
EUR				
Insgesamt	2 460	2 546	1 874	1 946
Männer	2 549	2 634	1 946	1 993
Frauen	1 885	1 956	1 515	1 652
Entwicklung gegenüber 2000 auf Prozent				
Insgesamt	106,1	105,7	106,5	106,6
Männer	105,9	105,4	106,8	107,0
Frauen	106,1	106,2	107,4	106,1
Brandenburg = 100				
Insgesamt	126,4	130,8	96,3	100
Männer	127,9	132,2	97,6	100
Frauen	114,1	118,4	91,7	100

Der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern betrug in Brandenburg 341 EUR bzw. 17,1 Prozent. Das waren 36 EUR bzw. 0,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000. Die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Brandenburg geringer als im Durchschnitt der neuen Bundesländer und liegen deutlich unter dem Verdienstabstand im früheren Bundesgebiet von 25,7 Prozent bzw. 678 EUR.

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen der Verdiensthöhe und der Ausbildung der Arbeiter. Eine fundierte Fachausbildung zahlte sich in Brandenburg wesentlich stärker aus als in den anderen Bundesländern. Arbeiter mit abgeschlossener fachlicher Ausbildung (Leistungsgruppe 1³) verdienten im Jahr 2003 mit 2 158 EUR durchschnittlich 526 EUR bzw. 32,2 Prozent mehr als ihre Kollegen ohne fachliche Ausbildung (Leistungsgruppe 3). Bei den Frauen war der ausbildungsbedingte Unterschied relativ mit 35,0 Prozent noch größer als bei den Männern. Im Durchschnitt der neuen Länder betrug der Unterschied zwischen der Leistungsgruppe 1 und der Leistungsgruppe 3 bei den Männern 26,9 Prozent und bei den Frauen 21,7 Prozent. Im früheren Bundesgebiet waren es bei den Männern 28,9 Prozent und bei den Frauen 28,1 Prozent.

Allerdings erhielt bei den Männern im Jahr 2003 ein Facharbeiter in Brandenburg im Durchschnitt immer noch 22 EUR weniger als ein Hilfsarbeiter im früheren Bundesgebiet.



Der Verdienstanstieg der **vollzeitbeschäftigten Angestellten** war 2003 gegenüber 2000 im produzierenden Gewerbe Brandenburgs mit 9,4 Prozent um fast die Hälfte kräftiger ausgefallen als bei den Arbeitern (+ 6,6 Prozent). Der absolute Zuwachs von 253 EUR auf 2 932 EUR Bruttomonatsverdienst war mehr als doppelt so hoch wie bei den Arbeitern (+ 121 EUR).

Im Gegensatz zu den Arbeitern übertraf der relative Verdienstzuwachs der weiblichen Angestellten mit 10,6 Prozent den der männlichen Angestellten von 8,3 Prozent.

Gegenüber dem Wachstumstempo der neuen Bundesländer (insgesamt + 10,8 Prozent, Männer + 10,0 Prozent, Frauen + 11,2 Prozent) blieb Brandenburg etwas zurück. Der absolute Verdienstvorsprung der Brandenburger Angestellten zum Durchschnitt der neuen Länder hat sich deshalb in den vergangenen drei Jahren bei den Männern deutlich um 38 EUR auf 90 EUR und bei den Frauen marginal um 2 EUR auf 103 EUR verringert.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ist bei etwa gleicher relativer Zunahme der absolute Verdienstabstand kräftig angewachsen. Männliche Angestellte erhielten in Brandenburg 840 EUR (2000 = 771 EUR) und weibliche Angestellte 505 EUR (2000 = 469 EUR) weniger als ihre Kollegen/-innen im früheren Bundesgebiet.

Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe im Jahr 2003

Ge- schlecht	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder/ Berlin- Ost	Branden- burg
EUR				
Insgesamt	3 736	3 824	2 853	2 932
Männer	4 055	4 124	3 194	3 284
Frauen	2 878	2 961	2 353	2 456
Entwicklung gegenüber 2000 auf Prozent				
Insgesamt	109,4	109,1	110,8	109,4
Männer	108,7	108,5	110,0	108,3
Frauen	110,4	110,1	111,2	110,6
Brandenburg = 100				
Insgesamt	127,4	130,4	97,3	100
Männer	123,5	125,6	97,3	100
Frauen	117,2	120,6	95,8	100

3) Erläuterungen siehe Kasten nächste Seite

Der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern ist bei den Angestellten sowohl absolut als auch relativ größer als bei den Arbeitern. Im Jahr 2003 betrug die Differenz zwischen dem Gehalt von Frauen und Männern in Brandenburg 828 EUR bzw. 25,2 Prozent. Ähnlich wie bei den Arbeitern fallen die Unterschiede in Brandenburg geringer als in den anderen Ländern aus. Im Durchschnitt der neuen Länder waren die Angestelltengehälter der Frauen um 26,3 Prozent und im früheren Bundesgebiet um 28,2 Prozent niedriger als die der Männer.

Ausbildung und ausgeübte Tätigkeit haben bei den Angestellten einen noch größeren Einfluss auf die Verdienstunterschiede als bei den Arbeitern. Die Gehälter der Angestellten, die Tätigkeiten der Leistungsgruppe II ausführen, waren mehr als doppelt so hoch wie für Tätigkeiten der Leistungsgruppe V.

Leistungsgruppen der Arbeiter

- LG 1 Arbeiter/-innen mit abgeschlossener Lehre oder langjähriger Berufserfahrung und besonders schwieriger und verantwortungsvoller Arbeit
- LG 2 Arbeiter/-innen mit einer mindestens drei Monate andauernden Anlernzeit mit oder ohne Abschluss
- LG 3 Arbeiter/-innen ohne fachliche Ausbildung

Leistungsgruppen der Angestellten

- LG I Leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (werden in der laufenden Verdiensterhebung nicht erfasst)
- LG II Angestellte mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis und Verantwortung für den Einsatz anderer Angestellte einschließlich der technischen Meister
- LG III Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten mit selbstständiger Tätigkeit ohne Verantwortung für Andere
- LG IV Angestellte mit abgeschlossener Berufsausbildung oder langjähriger Berufserfahrung ohne Entscheidungsbefugnis
- LG V Angestellte mit einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung voraussetzt

Weibliche Angestellte verdienen bei gleicher oder zumindest ähnlicher Tätigkeit weniger als ihre männlichen Kollegen. Das betrifft alle Wirtschaftszweige. Struktureffekte, wie die ungleiche Branchenzugehörigkeit von Frauen und Männern beeinflussen zwar die Unterschiede für die Summe des produzierenden Gewerbes, sind aber nicht die Ursache für die erheblichen Verdienstdifferenzen zwischen den Geschlechtern. Andere, den Verdienst beeinflussende Faktoren, wie z. B. Dauer der Betriebszugehörigkeit, Bildungsabschluss bei den Angestellten, Alter und Unternehmensgröße, werden mit der laufenden Verdiensterhebung nicht nachgewiesen.

Die letzte umfassende Strukturerhebung für das Jahr 2001 ergab allerdings keine gravierenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei den aufgeführten Verdienst bestimmenden Merkmalen⁴⁾.

Der Unterschied in der Vergütung vergleichbarer Tätigkeiten kann mit den erhobenen Angaben nicht umfassend erklärt werden. Sie sind auf andere, mit den vorliegenden Statistiken nicht nachweisbaren Faktoren zurückzuführen.

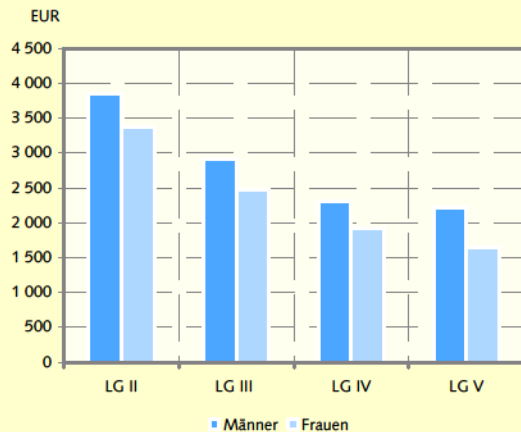
Bruttomonatsgehalt der Angestellten nach Bundesländern und Leistungsgruppe im Jahr 2003¹⁾

Gebietsstand	Angestellte insgesamt	Leistungs- gruppe II	Leistungs- gruppe III	Leistungs- gruppe IV	Leistungs- gruppe V
	EUR				
Deutschland	3 736	4 715	3 355	2 437	1 929
Berlin	3 760	4 683	3 277	2 419	1 929
Früheres Bundes- gebiet	3 824	4 800	3 427	2 493	1 957
Hamburg	4 138	4 994	3 483	2 796	2 197
Bremen	3 996	4 892	3 591	2 765	2 159
Bayern	3 935	4 969	3 287	2 348	1 846
Baden-Würt- temberg	3 882	5 132	3 723	2 610	1 941
Berlin-West	3 829	4 778	3 340	2 471	2 021
Nordrhein- Westfalen	3 750	4 567	3 325	2 481	1 964
Hessen	3 746	4 623	3 230	2 428	2 084
Nieder- sachsen	3 722	4 727	3 359	2 416	1 968
Rheinland- Pfalz	3 686	4 709	3 364	2 455	1 981
Schleswig- Holstein	3 600	4 609	3 287	2 454	2 094
Saarland	3 557	4 117	3 210	2 367	2 180
Neue Länder /Berlin-Ost	2 853	3 660	2 674	2 034	1 657
Berlin-Ost	3 548	4 400	3 077	2 251	1 636
Brandenburg	2 932	3 750	2 716	2 041	1 801
Sachsen- Anhalt	2 830	3 691	2 660	1 962	1 668
Sachsen	2 796	3 545	2 641	2 078	1 693
Mecklen- burg-Vor- pommern	2 760	3 526	2 701	1 946	1 535
Thüringen	2 715	3 471	2 574	1 985	1 512

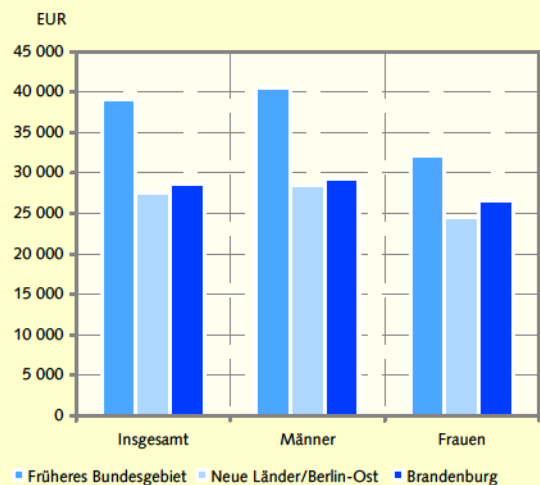
1) Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserien 16, Reihe 2., viertes Vierteljahr/2003 S. 218/219

4) LDS BB, Daten + Analysen, IV/2003, S. 47 ff.

Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe Brandenburgs nach Leistungsgruppen und Geschlecht im Jahr 2003



Bruttojahresverdienste der Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe im Jahr 2002



Jahresverdienste

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst eines ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers lag im produzierenden Gewerbe Brandenburgs im Jahr 2003 bei 29 636 EUR. Dies war das 13,3 fache eines Bruttomonatsverdienstes. Die Einmalzahlungen und unregelmäßigen Zuwendungen, wie z. B. zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Vergütungen von Arbeitnehmererfindungen, Gewinnbeteiligungen, machten nach dieser Überschlagsrechnung etwa 1,3 Monatsverdienste aus. Im Jahr 2000 waren es 1,0 Monatsverdienste.

Die Zuwachsrate des Bruttojahresverdienstes 2003 gegenüber 2000 war mit 10,9 Prozent um 2,2 Prozentpunkte höher als beim Bruttomonatsverdienst. Das Ergebnis ist insofern überraschend, als in der öffentlichen Wahrnehmung der letzten Jahre diese Sonderzahlungen verstärkt im Fokus von Kürzungsdebatten standen.

Männer legten beim Jahresverdienst mit 11,5 Prozent Wachstum in den letzten drei Jahren stärker zu als Frauen mit 9,4 Prozent. Der Jahresverdienst der Männer in Höhe von 30 234 EUR betrug im Jahr 2003 das 13,3 fache eines Monatsverdienstes. Der Jahresverdienst der Frauen von 27 683 EUR entsprach dem 13,2 fachen Monatsverdienst.

Wie bei den Bruttomonatsverdiensten war der Zuwachs bei den Jahresverdiensten zwischen den Arbeitnehmergruppen relativ und absolut sehr unterschiedlich. Der Anstieg der Angestelltegehälter lag deutlich über dem der Arbeiterlöhne.

Der Vergleich der Bruttojahresverdienste im produzierenden Gewerbe Brandenburgs mit den anderen Bundesländern ergibt ein ähnliches Bild wie bei den Bruttomonatsverdiensten. In Brandenburg wird etwas mehr verdient als im Durchschnitt der neuen Bundesländer und weniger verdient als im früheren Bundesgebiet.

Der prozentuale Abstand zum früheren Bundesgebiet ist bei den Jahresverdiensten nach den Ergebnissen des Jahres 2002⁵⁾ (- 27 Prozentpunkte) allerdings noch deutlicher als bei den Bruttomonatsverdiensten (- 26 Prozentpunkte).

Bruttojahresverdienste im produzierenden Gewerbe Brandenburgs im Jahr 2003 nach Arbeitnehmergruppen und Geschlecht


Geschlecht	Arbeitnehmer insgesamt	Arbeiter	Angestellte
EUR			
Insgesamt	29 636	25 404	38 819
Männer	30 234	26 078	43 589
Frauen	27 683	21 499	32 342
Entwicklung gegenüber 2000 auf Prozent			
Insgesamt	110,9	108,5	111,0
Männer	111,5	109,1	110,6
Frauen	109,4	108,4	111,0
Veränderung gegenüber 2000 um EUR			
Insgesamt	2 907	1 993	3 837
Männer	3 123	2 173	4 192
Frauen	2 389	1 664	3 210

5) Bundesergebnisse für das Jahr 2003 lagen zum Redaktionsschluss dieses Beitrages noch nicht vor.

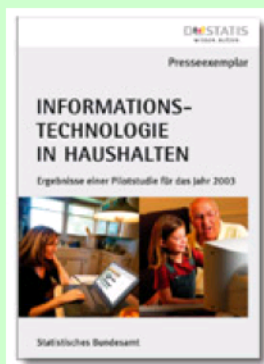
Fazit

Im produzierenden Gewerbe Brandenburgs sind die Verdienstmöglichkeiten vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, überwiegend strukturell bedingt, etwas günstiger als in den anderen neuen Bundesländern. Der prozentuale Abstand zu den Durchschnittsverdiensten im früheren Bundesgebiet ist in den letzten drei Jahren nahezu konstant geblieben. Der absolute Verdienstunterschied zum früheren Bundesgebiet ist angestiegen.

Der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern hat sich in Brandenburg kaum verändert. Männer verdienen sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten deutlich mehr als Frauen. Bei Betrachtung der Arbeitnehmer insgesamt⁶⁾ wird der Verdienstunterschied durch den vergleichsweise hohen Frauenanteil bei den Angestellten gedämpft.

Wilfried Schenk 

Informationstechnologie in Haushalten 2003



Im Jahr 2003 hat sich die amtliche Statistik zum zweiten Mal an einer europäischen Pilotstudie über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten beteiligt. Befragt wurden 9 720 Personen ab zehn Jahren in 4 606 Haushalten.

Die Pressebroschüre "Informationstechnologie in Haushalten 2003" fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen: Etwa, wie private Haushalte mit Computern und Handys ausgestattet sind, wie Alte und Junge das Internet nutzen, welche Vorlieben Frauen und Männer dabei haben und einiges mehr. So waren 38 Millionen Menschen in Deutschland im ersten Quartal 2003 online, das sind 52 Prozent der Bevölkerung ab zehn Jahren. Ein Jahr zuvor waren es noch 46 Prozent. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im Mittelfeld.

Ergänzt wird diese Pressebroschüre durch detaillierte Daten in dem Tabellenband "Informationstechnologie in Haushalten 2003". Die Pressebroschüre "Informationstechnologie in Haushalten 2003" umfasst 48 Seiten. Sie ist kostenlos unter der Artikel-Nr. 5 639 301 039 004 in Printform oder als PDF-Dokument (584 KB) erhältlich.

Der Tabellenband hat einen Umfang von 60 Seiten. Er ist zusammen mit den Erhebungsunterlagen ebenfalls kostenlos unter der Artikel-Nr. 5639302039004 als Printform oder als PDF-Dokument (447 KB; Erhebungsunterlagen 108 KB) erhältlich.

Beide Publikationen können angefordert werden beim



Statistisches Bundesamt
Statistischer Informationsservice
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden



0611 75-2405



www.destatis.de

6) Mittelfristig entfällt auch in der Lohnstatistik die Unterscheidung in Arbeiter und Angestellte, sodass Aussagen ausschließlich für Arbeitnehmer insgesamt getroffen werden können

Die Entwicklung des Wirtschaftszweiges „Ernährungsgewerbe“ im Land Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2003

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, die dem Wirtschaftszweig „Ernährungsgewerbe“ zugeordnet sind. Aus Gründen einer besseren Repräsentation ist bundesweit in einigen Branchen des Ernährungsgewerbes die Erfassungsgrenze auf 10 und mehr tätige Personen herabgesetzt. Betrachtet wird der Berichtszeitraum 1995 bis einschließlich 2003. In diesem Zeitraum hat der Umsatz um rund 30 Prozent zugenommen, der Auslandsumsatz hat sich mehr als verdoppelt.

Mehr Auslandsumsatz an Nahrungsgütern

Im Durchschnitt des Jahres 2003 gehörten 156 Betriebe mit 10 619 Beschäftigten zum Ernährungsgewerbe Brandenburgs. Das waren 12,2 Prozent aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden). Der Gesamtumsatz betrug 2 367 Millionen EUR, das entsprach einem Anteil von 14 Prozent. Der Umsatz des Ernährungsgewerbes wuchs von 1995 bis 2003 um rund 30 Prozent. Der Auslandsumsatz hat sich in den vergangenen neun Jahren mehr als verdoppelt. Rund 294 Millionen EUR entsprachen im Jahr 2003 einem Anteil von 12,4 Prozent des Gesamtumsatzes. Im Jahr 1995 waren es 125 Millionen EUR (6,9 Prozent) des Gesamtumsatzes.

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Ernährungsgewerbe des Landes Brandenburg 1995 – 2003				
Jahr	Betriebe	Beschäftigte	Gesamtumsatz	
			insgesamt	dar. Aus- land
			1 000 EUR	
1995	120	9 780	1 813 709	125 065
1996	111	9 637	1 841 972	142 664
1997	159	11 578	2 014 505	162 113
1998	156	11 728	2 072 961	195 334
1999	156	12 144	2 114 034	216 713
2000	159	11 414	2 202 952	245 147
2001	150	10 594	2 420 115	253 858
2002	157	10 662	2 482 299	248 854
2003	156	10 619	2 367 174	293 876

Von 156 berichtspflichtigen Betrieben des Jahres 2003 gehörten allein 47 Betriebe (30 Prozent) zu den Wirtschaftszweigen „Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren)“ und 32 Betriebe (21 Prozent) zur „Fleisch-

verarbeitung“. In diesen beiden Branchen erbrachten 4 516 Beschäftigte einen Umsatz von 423 Millionen EUR. Das entsprach 18 Prozent des gesamten Umsatzes im Ernährungsgewerbe.

Beschäftigte je Betrieb zurückgegangen

Über die Hälfte aller Betriebe des Ernährungsgewerbes rangiert in der Beschäftigtengrößenklasse „Betriebe unter 50 Beschäftigte“. Dieser Anteil hat sich seit 1995 leicht erhöht, während in den Beschäftigtengrößenklassen „200 bis 999“ stärkere Schwankungen zu verzeichnen waren.

Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen 1995 – 2003 (Stand jeweils September)							
Jahr	Insge- samt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten					
		unter 50	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 bis 999	1000 und mehr
		Anzahl					
1995	123	63	24	28	7	1	-
1996	109	50	24	25	9	1	-
1997	164	94	34	24	11	1	-
1998	154	85	34	25	9	1	-
1999	156	85	35	25	10	1	-
2000	158	89	38	25	5	1	-
2001	151	84	33	26	8	-	-
2002	159	92	35	22	10	-	-
2003	155	87	33	31	4	-	-

Im Jahr 2003 waren je Betrieb 68 Personen beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten je Betrieb hat sich von Jahr zu Jahr verringert; 1995 waren es noch 82 Beschäftigte je Betrieb. Während sich die Betriebsgrößen reduziert haben, stieg der Gesamtumsatz je Beschäftigten seit 1995 um 20 Prozent an. Somit erwirtschaftete jeder Beschäftigte im Jahr 2003 einen Umsatz von 222 919 EUR, rund 37 500 EUR mehr als im Jahr 1995.

Ausgewählte Merkmale des Ernährungsgewerbes in der Entwicklung seit 1995

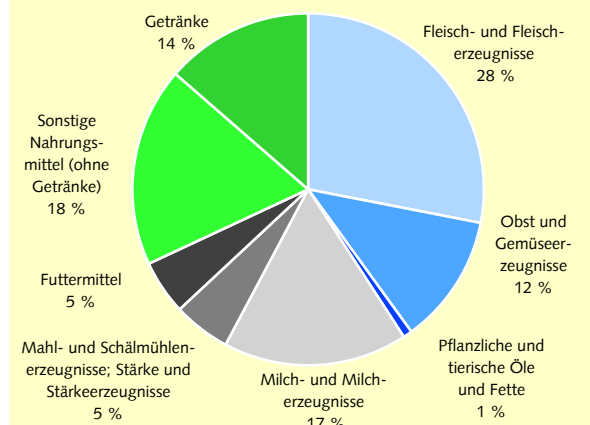
Jahr	Beschäftigte Anzahl je Betrieb	Gesamtumsatz	Lohn und Gehalt
		EUR je Beschäftigten	
1995	82	185 399	19 257
1996	87	191 135	19 120
1997	73	173 994	17 720
1998	75	176 753	17 795
1999	78	174 081	17 318
2000	72	193 004	19 116
2001	71	228 442	22 695
2002	68	232 817	24 116
2003	68	222 919	22 952

Ausgewählte Nahrungsgütergruppen

Die Betriebe von Unternehmen des Ernährungsgewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (mit Ausnahme einiger Sonderregelungen) rechnen monatlich bzw. vierteljährlich ihre gesamte zum Absatz bestimmte Produktion nach Menge und Verkaufswert ab. Anhand des jeweils aktuellen bundesweit gültigen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken muss jedes einzelne Erzeugnis mit einer neunstelligen Meldenummer in der vorgegebenen Maßeinheit aufgeführt werden. Die Entwicklung der Güterabteilung „Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke“ soll in den folgenden Ausführungen etwas näher betrachtet werden.

Der Produktionswert von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken lag im Jahr 2003 bei 2 223 Millionen EUR, 1995 bei 1 504 Millionen EUR. Die Entwicklung ausgewählter Gütergruppen im betrachteten Zeitraum zeigt die nachstehende Übersicht.

Anteil der Gütergruppen des Ernährungsgewerbes am Verkaufswert der zum Absatz bestimmten Produktion im Jahr 2003



In der Rangfolge weisen den größten Anteil die Fleisch- und Fleischerzeugnisse, die sonstigen Nahrungsmittel (ohne Getränke) sowie die Milch- und Milcherzeugnisse aus. Diese am Produktionswert gemessenen Anteile haben sich in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert.

Die Erzeugung von **Fleisch und Fleischerzeugnissen** hat im Land Brandenburg in den berichtspflichtigen Betrieben seit 1995 beträchtlich zugenommen. Wurden 1995 noch 270 617 Tonnen Fleisch und Fleischerzeugnisse abgesetzt, war es im Jahr 2003 eine Menge von 307 649 Tonnen. Das entspricht einer Steigerung um 14 Prozent. Der Verkaufswert dieser Gütergruppe lag im Jahr 2003 bei rund 615 Millionen EUR, im Jahr 1995 waren es ca. 520 Millionen EUR. Der Anteil an der gesamten Güterabteilung „Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke“ betrug 28 Prozent. Tendenziell ersichtlich ist, dass zwar die Erzeu-

Produktionswert von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken 1995 – 2003 nach ausgewählten Gütergruppen

Gütergruppe	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1 000 EUR								
Fleisch und Fleischerzeugnisse	519 555	573 248	615 745	588 697	580 422	574 325	625 504	653 761	614 846
Obst und Gemüseerzeugnisse	96 042	114 668	139 269	149 202	186 279	190 070	220 513	255 048	267 305
Milch und Milcherzeugnisse	385 090	376 758	464 879	442 848	452 613	495 640	516 894	431 976	388 522
Futtermittel	106 733	112 517	86 912	79 131	76 471	77 012	90 854	117 336	110 676
Sonstige Nahrungsmittel (ohne Getränke)	125 506	144 022	211 959	238 701	256 162	284 797	336 105	378 342	407 573
Getränke	179 830	230 987	255 595	332 221	355 008	426 487	423 677	473 908	303 058

gung von Rind- und Schweinefleisch, Geflügel und anderen Tieren mengenmäßig angestiegen ist, die eigentliche Verarbeitung von Fleisch (u. a. auch die Herstellung von Würsten u. ä. Erzeugnissen) zurückgegangen ist.

Entwicklung der zum Absatz bestimmten Produktion von Fleisch und Fleischerzeugnissen 1995 – 2003

Jahr	Erzeugnis		
	Fleisch (ohne Geflügel)	Geflügel und Tiere, a. n. g. ¹⁾	Verarbeitetes Fleisch
	Tonnen		
1995	145 867	34 190	90 560
1996	157 203	38 458	79 519
1997	160 448	42 102	77 379
1998	167 676	47 142	79 600
1999	185 755	53 326	86 350
2000	166 936	56 620	73 333
2001	169 856	57 094	67 068
2002	173 161	59 728	79 494
2003	174 770	65 135	67 744

1) andere nicht genannte

Durch die **Verarbeitung von Obst und Gemüse** (hierzu zählen verarbeitete Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse, Frucht- und Gemüsesäfte sowie anderweitig verarbeitetes Obst und Gemüse) erzielten 17 Betriebe im Jahr 2003 einen Verkaufswert von 267,3 Millionen EUR; 96,0 Millionen EUR waren es im Jahr 1995. Die Erzeugung von Frucht- und Gemüsesäften sowie die Verarbeitung von Obst und Gemüse in jeglicher Form stiegen somit in den vergangenen Jahren sprunghaft an.

Zum Absatz bestimmte Produktion von Obst- und Gemüseerzeugnissen 1995 – 2003

Jahr	Frucht- und Gemüsesäfte	Verarbeitetes Obst und Gemüse
	1 000 Liter	Tonnen
1995	4 900	80 578
1996	19 730	85 982
1997	30 781	102 706
1998	35 486	105 242
1999	35 648	144 411
2000	35 613	147 949
2001	43 850	177 928
2002	52 070	230 171
2003	58 488	234 529

17 Prozent des Verkaufswertes der zum Absatz bestimmten Produktion wurden im Jahr 2003 durch die Erzeugung von **Milch und Milcherzeugnissen** erzielt. Einschließlich der Speiseeisproduktion betrug der Verkaufswert 388,5 Millionen EUR, im Jahr 1995 waren es 385,1 Millionen EUR.

Allein die Produktion von Milch und Rahm (weder eingedickt noch gesüßt) belief sich von 1995 bis 2003 auf 3 295 Millionen Liter. Im Durchschnitt wurden somit pro Jahr 366 Millionen Liter Milch und Rahm erzeugt.

Rund 407 Millionen EUR wurden im Jahr 2003 in der Gütergruppe **„sonstige Nahrungsmittel (ohne Getränke)“** umgesetzt. 1995 waren es vergleichsweise nur rund 126 Millionen EUR. Zu den „sonstigen Nahrungsmitteln“ gehören im Land Brandenburg Backwaren, Dauerbackwaren, Zucker, Süßwaren, Kaffee und Tee, Kaffee-Ersatz, Würzen und Soßen sowie homogenisierte Nahrungsmittelzubereitungen. Im Jahr 2003 wurden Backwaren im Wert von 185 Millionen EUR abgesetzt, davon 70 Prozent durch den Verkauf von frischem Brot und Brötchen. Beispielsweise betrug die Produktionsmenge von frischem Brot und Brötchen im Jahr 2003 rund 139 Tausend Tonnen. Seit 1995 wurden insgesamt rund 802 Tausend Tonnen Brot und Brötchen gebacken.

Im Jahr 2003 wurden im Land Brandenburg **Getränke** mit einem Produktionswert von 303 Millionen EUR erzeugt, 1995 waren es 180 Millionen EUR. Der Produktionsanstieg hat sich insbesondere bei Mineralwasser, Erfrischungsgetränke und anderen nicht alkoholhaltigen Getränken in den vergangenen neun Jahren erhöht.

Mengenmäßige Produktion von Getränken im Land Brandenburg 1995 – 2003

Jahr	Bier aus Malz	Mineralwasser, Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholhaltige Getränke
	1 000 hl	
1995	1 956	1 781
1996	2 145	3 266
1997	1 732	4 159
1998	2 065	5 851
1999	2 043	6 347
2000	1 962	7 595
2001	1 771	9 308
2002	1 760	11 539
2003	1 056	10 647

Wenn auch die **Futtermittelprodukte** mit rund 5 Prozent nur einen geringen Anteil am Produktionswert des gesamten Ernährungsgewerbes hatten, so wurden doch immerhin im Durchschnitt der vergangenen Jahre 560 420 Tonnen Futtermittel für Nutztiere erzeugt. Seit 1995 waren das über 5 Millionen Tonnen.

Fazit

Insgesamt kann die Entwicklung des Nahrungsgütersektors der brandenburgischen Industrie als positiv eingeschätzt werden. Dies zeigt sich besonders bei der Entwicklung des Auslandsumsatzes. Aber auch die Steigerung des Inlandsumsatzes beweist, dass brandenburgische Nahrungsgüter nicht nur im eigenen Bundesland konsumiert

werden. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs im gleichen Zeitraum müsste sonst der Pro-Kopf-Verbrauch bestimmter Produkte immens gestiegen sein. Gemäß der Volksweisheit „gegessen und getrunken wird immer“ ist auch in den Folgejahren mit einer stabilen Entwicklung zu rechnen. Ob sich das allerdings weiterhin statistisch nachweisen lässt, wird stark von den Ergebnissen der Reformbestrebungen in der amtlichen Statistik abhängen. Setzt sich der Trend der weiteren Entlastung, insbesondere kleinerer Unternehmen von statistischen Befragungen fort, werden in Zukunft solche ausführlichen Daten nicht mehr verfügbar sein. Gerade im Ernährungsgewerbe erfolgt die Produktion wegen des erwünschten Frischegrades und der Kundennähe zunehmend in kleineren Unternehmen.

Karin Rösler 

How Europeans spend their time – Everyday life of women and men – Data 1998 – 2002

(Wie die Europäer ihre Zeit verbringen – Der Alltag von Frauen und Männern – Daten 1998 – 2002)



Dieses Taschenbuch ist das erste Kompendium europäischer Statistiken darüber, wie Europäer ihre Zeit verwenden.

Es zeigt, wie Frauen und Männer ihr alltägliches Leben in zehn europäischen Ländern organisieren. Insbesondere liefert es Informationen über die Möglichkeiten, Erwerbsarbeit und Tätigkeiten im Haushalt in Einklang zu bringen - also Statistiken über die Arbeitsteilung zwischen

Frauen und Männern im Hinblick auf Erwerbstätigkeit und häusliche Arbeit.

Zeitbudgeterhebungen (englisch: Time Use Surveys = TUS) füllen mehrere Informationslücken auf dem Gebiet der Sozialstatistik. Zum Beispiel enthüllen sie bestehende Unterschiede zwischen Frauen und Männern bezüglich ihrer Arbeitsmarktsituation und ihrer Teilnahme an Bildungsmaßnahmen, kulturellen Aktivitäten und in anderen Lebensbereichen. Zeitbudgeterhebungen können auch verwendet werden, um zum Beispiel Statistiken über freiwillige Arbeit, Pflege, Mobilität und Freizeit zu erstellen.

Die statistische Quelle für diese Veröffentlichung sind die nationalen Zeitbudgeterhebungen, die in mehreren europäischen Ländern durchgeführt worden sind.

Zehn europäische Länder Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Ungarn, Slowenien, Finnland, Schweden, das Vereinigte Königreich und Norwegen sind in diese Präsentation einbezogen worden.

Das Taschenbuch umfasst 140 Seiten. Es ist nur in englischer Sprache verfügbar. Es ist als Papierversion (ISBN 92-894-7235-9 oder Katalognummer KS-58-04) für 10,- EUR (ohne Umsatzsteuer) erhältlich. Die PDF-Version kann kostenlos von der Eurostat-Website heruntergeladen werden.

Die Publikation ist zu beziehen unter



Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin/Eurostat Data
Otto-Braun-Straße 70/72
10178 Berlin



01888 644 - 9430



E-Mail: datashop@destatis.de
Internet: www.eu-datashop.de

Klärschlammaufkommen im Land Brandenburg von 1995 bis 2001

In dem Bestreben, die Auskunftspflichtigen nach Möglichkeit von zusätzlichen Erhebungen zu entlasten, wurde untersucht, ob Angaben zum Klärschlammaufkommen und seinem Verbleib aus verschiedenen statistischen Erhebungen zum gleichen Ergebnis führen. Insofern könnte die vorgesehene jährliche Auskunftspflicht zum Erhebungsteil Klärschlamm in der Novelle zum Gesetz über Umweltstatistiken entfallen.

Vorbemerkungen

Die statistische Auskunftspflicht von Unternehmen, Betrieben und Einrichtungen begründet sich in Deutschland zum größten Teil auf Bundesgesetze. In Bezug auf Daten zum Klärschlamm ist die Berichtspflicht im Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21. September 1994 geregelt. Darüber hinaus bestehen gegenüber der Europäischen Union (EU) Berichtspflichten, die durch die Ergebnisse der Bundesstatistik nur teilweise erfüllt werden können.

Entsprechend § 6, Absatz 3, Nummer 6 UStatG wird die Menge des in öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen angefallenen Klärschlammes und dessen Verbleib in dreijährigem Rhythmus erhoben. Auf der Grundlage der Paragraphen 7 und 9, jeweils nach Nummer 6, müssen Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden und des Verarbeitenden Gewerbes sowie Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung mit eigenen Abwasserbehandlungsanlagen, ebenfalls alle drei Jahre, zum gleichen Sachverhalt Auskunft geben.

Für die Berichtspflicht gegenüber der EU besteht in der Hauptsache ein zweijähriger Rhythmus, sodass die Ergebnisse der amtlichen Statistik nur alle sechs Jahre die geforderten Daten liefern können.

In dem Bestreben, die Auskunftspflichtigen nach Möglichkeit von zusätzlichen Erhebungen zu entlasten, wurde untersucht, ob Angaben zum Klärschlammaufkommen und seinem Verbleib aus verschiedenen statistischen Erhebungen zum gleichen Ergebnis führen.

Da in der Erhebung nach § 3, Absatz 1, Nummer 1, Punkt a, UStatG jährlich alle Anlagen, in denen Abfälle entsorgt werden, nach Art der abgelagerten, behandelten oder gelagerten Abfällen, befragt werden, eröffnet sich die Möglichkeit, die benötigten Angaben aus der Abfallerhebung zu entnehmen.

Zunächst wurden die Abwassererhebungen, nach §§ 6, 7 und 9 UStatG, untersucht, was zu nachfolgenden Ergebnissen führte:

Daten aus der Abwassererhebung

Die Erhebungen wurden u. a. für die Jahre 1995, 1998 und 2001 durchgeführt. Es werden Angaben zu Menge, Behandlung, Beschaffenheit und Verbleib des angefallenen Klärschlammes erhoben. Insgesamt wurde im Land Brandenburg von den öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen 64 470 Tonnen Klärschlamm im Jahr 1995, 85 912 Tonnen im Jahr 1998 und 101 532 Tonnen im Jahr 2001 abgegeben. Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes gaben an, 66 899 Tonnen im Jahr 1995, 19 798 Tonnen im Jahr 1998 und 10 448 Tonnen Klärschlamm im Jahr 2001 abgegeben zu haben. Die Mengen sind in Tonnen Trockenmasse anzugeben, das heißt, nur die Mengen an festen Bestandteilen des Schlammes sind hier zu berechnen. Tatsächlich hat der abgegebene Klärschlamm in der Regel einen Trockenmasseanteil von im Durchschnitt 20 Prozent, damit dürften die abgegebenen Mengen ca. fünfmal so groß sein, wie angegeben. Wegen der besseren Vergleichbarkeit wurden die nachfolgenden Angaben zum Klärschlamm auf einen Trockenmasseanteil von 20 Prozent umgerechnet.

**Abgegebener Klärschlamm von Kläranlagen
1995, 1998 und 2001**

Merkmal	Maßeinheit	1995	1998	2001
Öffentlicher Bereich	Tonnen ¹⁾	322 350	429 560	507 660
Industrieller Bereich	Tonnen ¹⁾	334 495	98 990	52 240
Insgesamt	Tonnen¹⁾	656 845	528 550	559 900
Entwicklung zu 1995	Prozent		80,5	85,2

1) bei angenommen 20 Prozent Trockengehalt

Während die Ergebnisse im öffentlichen Bereich einen starken Anstieg der Klärschlammengen von 1995 bis 2001 um 57,5 Prozent verzeichnen, zeigte sich im industriellen Bereich im gleichen Zeitraum ein Rückgang auf

15,6 Prozent. In der Summe beider Erhebungen lässt sich ein leichter Rückgang auf 85,2 Prozent erkennen.

An Deponien wurden nach Aussage der Abwasseranlagenbetreiber 1995 insgesamt 76 985 Tonnen Klärschlamm abgegeben, 29 245 Tonnen von öffentlichen und 47 740 Tonnen von industriellen Anlagen. 1998 waren es insgesamt 52 365 Tonnen, davon 6 080 Tonnen aus öffentlichen und 46 285 aus anderen Anlagen und im Jahr 2001 waren es insgesamt 24 105 Tonnen, von denen 3 140 aus öffentlichen Anlagen und 20 965 aus industriellen Anlagen kamen. Damit verringerte sich der an Deponien abgegebene Klärschlamm insgesamt auf nur noch 31,3 Prozent gegenüber 1995.

Die Abgabe an Verbrennungsanlagen ist abhängig von den Schadstoffgehalten des Klärschlammes. Während die Mengen aus Anlagen des Verarbeitenden Gewerbes von 274 190 Tonnen im Jahr 1995 über 33 755 Tonnen im Jahr 1998 bis zu 24 265 Tonnen im Jahr 2001 stark zurück gingen, sind die Mengen von öffentlichen Anlagen mit 24 980 Tonnen im Jahr 1995, 4 930 Tonnen im Jahr 1998 und 70 475 Tonnen im Jahr 2001 sehr schwankend. Daraus ergibt sich insgesamt eine rückläufige Entwicklung von 299 170 Tonnen Klärschlamm im ersten betrachteten Jahr, auf 38 685 Tonnen im Jahr 1998 und 94 740 Tonnen im Jahr 2001. Somit wurden nur noch 31,7 Prozent Klärschlamm im Jahr 2001 gegenüber 1995 an Verbrennungsanlagen abgegeben.

Die Abgabe von Klärschlamm an Kompostieranlagen betrug 1995 insgesamt 197 925 Tonnen, davon 197 870 Tonnen von öffentlichen und 55 Tonnen von industriellen Anlagen. 1998 stieg die Abgabe sogar auf 237 935 Tonnen Klärschlamm an (öffentlich 224 265 Tonnen, industriell 13 670 Tonnen). 2001 wurden 196 675 Tonnen Klärschlamm kompostiert, das waren 99,4 Prozent der Menge von 1995. Im Jahr 2001 wurden 195 820 Tonnen Klärschlamm von öffentlichen Anlagen und 855 Tonnen von industriellen Anlagen an Kompostieranlagen abgegeben.

Der Anteil Klärschlamm, der entsprechend der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden darf, ist zwar auch ansteigend unterliegt aber genauesten Bestimmungen in Hinsicht auf die Schadstoffgehalte. Das Gleiche trifft auch für die Verwertung bei landbaulichen Maßnahmen zu. Im Jahr 1995 wurden 53 585 Tonnen Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht und 2 165 Tonnen bei landbaulichen Maßnahmen verwertet. 99 Prozent davon kamen aus öffentlichen Anlagen. 1998 wurden 123 770 Tonnen Klärschlamm landwirtschaftlich und 3 070 Tonnen landbaulich verwertet, davon kamen 99,3 Prozent des Klärschlammes aus öffentlichen Anlagen. Im Jahr 2001 wurden 98 615 Tonnen Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen ausgebracht. 12 280 Tonnen Klärschlamm wurden im Landbau verwertet, davon kamen 98,4 Prozent aus öffentlichen Kläranlagen.

Die Schwankungen in den Klärschlamm-mengen insgesamt begründen sich unter anderen aus der unregelmäßigen Entnahme des Schlammes aus den Anlagen. Nicht jedes Jahr wird in jeder Anlage der Klärschlamm beräumt.

Die unterschiedlichen Entsorgungswege hängen zum großen Teil von den Schadstoffgehalten des Schlammes ab, da ab festgelegten Grenzwerten bestimmte Verwertungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind.

Diesen Angaben aus den Abwassererhebungen stehen die jährlichen Ergebnisse der von Abfallanlagen im Land Brandenburg auszufüllenden Abfallstatistiken gegenüber.

Daten aus der Abfallerhebung

Ausgewertet wurden die Angaben der Abfallbehandlungsanlagen der Entsorgungswirtschaft im Land Brandenburg. In den Jahren 1996 bis 1998 wurden nach der Abfallsystematik der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA), die Abfallschlüssel 943 bis 948 (Schlämme aus mechanischer Abwasserreinigung, Schlämme aus mechanisch-biologi-

Entsorgungs- und Verwertungsarten des Klärschlammes 1995, 1998 und 2001

Entsorgungs-/Verwertungsart	1995		1998		2001	
	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent
Deponien	76 985	11,7	52 365	9,9	24 105	4,3
Verbrennungsanlagen	299 170	45,5	38 685	7,3	94 740	16,9
Kompostieranlagen	197 925	30,1	237 935	45,0	196 675	35,1
Landwirtschaft	53 585	8,2	123 770	23,4	98 615	17,6
Landbau	2 165	0,3	3 070	0,6	12 280	2,2
Sonstige Verwertung	27 015	4,1	72 725	13,8	133 485	23,8
Insgesamt	656 845	100	528 550	100	559 900	100

Von Abfallanlagen der Entsorgungswirtschaft aus dem Land Brandenburg angenommene Klärschlämme und ähnliche Abfälle 1996 – 2001

Abfallanlage	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Tonnen					
Deponie	15 690	12 466	91 102	31 200	12 086	29 521
Verbrennungsanlage				160	7	
Kompostieranlage	146 479	103 376	127 334	142 761	142 328	125 746
Bodenbehandlungsanlage				3 821	3 809	6 505
Sonstige Anlagen		1 213	81	3 998		51
Insgesamt	162 169	117 055	218 517	181 940	158 230	161 823

scher Abwasserreinigung, Schlämme aus mechanisch-biologisch-chemischer Abwasserreinigung, Rückstände aus Kanalisation und Schlämme aus industrieller Abwasserreinigung) einbezogen, wobei jeweils nur der Abfallschlüssel 943 besetzt war.

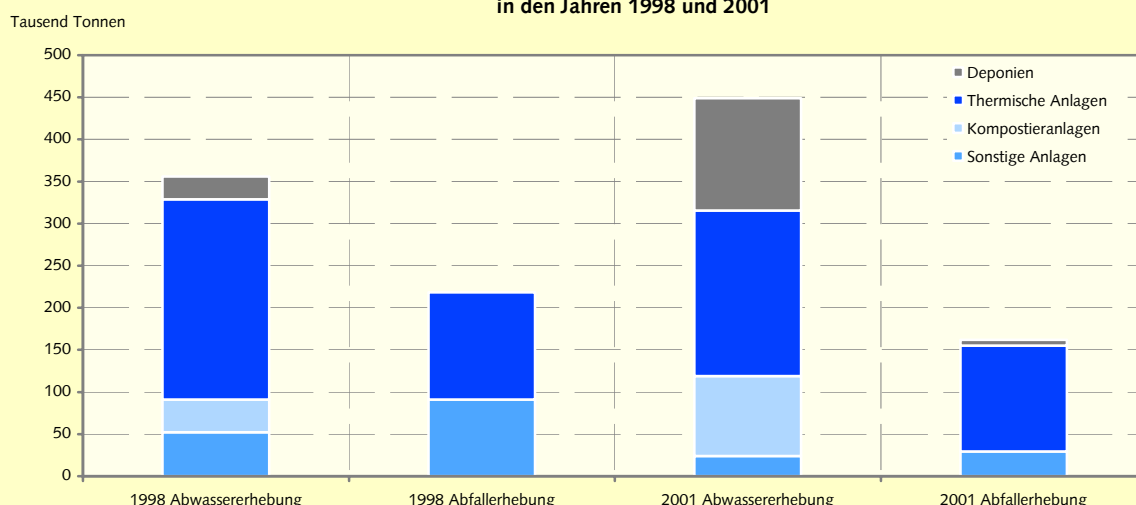
In den Jahren 1999 bis 2001 wurde jeweils in der Erhebung der Europäische Abfallkatalog (EAK) angewandt. Hier wurde der Vergleich auf die Abfallschlüssel der Gruppe 1908 (Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen) und zwar auf die Schlüssel 1908 01, 1908 02, 1908 04 und 1908 05 (Sieb- und Rechenrückstände, Abfälle aus Sandfängern, Schlämme aus der Behandlung von industriellem Abwasser und Schlämme aus der Behandlung von kommunalem Abwasser) zuzüglich der Schlüssel 1908 99 (andere nicht genannte) und 2003 04 (Versatzgrubenschlamm) beschränkt.

Vergleich der Daten

Der Vergleich der Daten in den beiden vorgenannten Tabellen lässt deutlich erkennen, dass die jeweils angegebenen Mengen aus den Abwasser- bzw. Abfallerhebungen nicht korrespondieren.

Zum Einen sind die Ergebnisse der Klärschlammmengen aus den Abwassererhebungen in Tonnen Trockenmasse anzugeben. Bei den in Abfallbehandlungsanlagen angenommenen Abfallmengen werden die Originalmengen verbucht, deren Trockenmassegehalt stark schwanken kann. Zum Zweiten sind die Zeiträume des Berichtsjahres nicht deckungsgleich, da in der Praxis unterschiedliche Abrechnungsstichtage zur Anwendung kommen. Außerdem berücksichtigt das System nicht die Abgabe von Klärschlamm an Anlagen in einem anderen Bundesland. Eben-

Klärschlamm Entsorgung entsprechend der Abwasser- und Abfallerhebungen in den Jahren 1998 und 2001



so keine „Umleitung“ von Abfällen, das heißt z. B. in dem Fall, dass die Abwasseranlage den Klärschlamm zwar an eine Kompostieranlage abgegeben hat, er von dieser aber aus bestimmten Gründen nicht angenommen werden kann und daraufhin an eine Verbrennungsanlage geliefert wird. Zum Dritten sind die Anlagenarten nicht einheitlich definiert, was besonders bei den „sonstigen Anlagen“ zu Unklarheiten führt.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Abfallerhebung keine Landwirtschaftsbetriebe zum aufgebrauchten Klärschlamm und keine Unternehmen und Einrichtungen befragt, die Klärschlamm landbaulich verwerten. Diese Mengen machen immerhin ein Fünftel bis ein Viertel des abgegebenen Klärschlamm aus. Das sind die Mengen, die auf der Grundlage der AbfKlärV von den Landesbehörden benötigt werden.

Fazit

Die Überlegung, auf das Merkmal Klärschlamm in den dreijährigen Abwassererhebungen nach §§ 6,7 und 9 UStatG zu verzichten und die erforderlichen Daten ersatz-

weise jährlich aus der Abfallerhebung nach § 3.1.1 UStatG zu entnehmen, führt nicht zu gleichwertigen Ergebnissen. Die Erhebungen gehen von unterschiedlichen Anforderungen und Definitionen aus, die nicht ohne Ausweitung der gesetzlichen Grundlage zu beheben wären. Das würde wiederum zu einer erheblichen Ausweitung der Angaben in der statistischen Erhebung führen.

Die möglichen Varianten im Rahmen der jährlichen Abfallerhebung wären, zusätzlich Landwirtschaftsbetriebe und Rekultivierungsmaßnahmen bei Vorhandensein von Genehmigungen zur Verwertung von Klärschlamm zu befragen sowie die Angaben der betreffenden Abfallschlüssel bei den genehmigungsbedürftigen Anlagen zusätzlich in Tonnen Trockenmasse zu erheben. Eine andere Variante wäre, wie in der Novelle zum UStatG vorgesehen, die Angaben zum Klärschlamm bei den Abwasserbehandlungsanlagen jährlich abzufragen.

Dagmar Kiersch 

Historische Wurzeln des Süd-Nord- und West-Ost-Gefälles

Mit dem folgenden Aufsatz wird der Frage nachgegangen, ob sich im aktuellen Süd-Nord- und West-Ost-Gefälle sehr alte Strukturbrüche und Grenzlinien widerspiegeln.

Es wird zunächst die Bedeutung des Limes bzw. der Elbe-Saale-Linie im Rahmen des damaligen Weltsystems dargestellt. Die Übertragung beider Grenzlinien auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschlands ergibt die drei Gebiete Südwesten-Mitte, Norden und Osten. Anhand aktueller regionalstatistischer Daten wird untersucht, ob sich diese drei Gebiete in ihrer Gesamtheit voneinander unterscheiden, ob damit historische Strukturgrenzen heute noch Auswirkung haben und schließlich zur Erklärung des West-Ost- bzw. Nord-Süd-Gefälles beitragen.

Zwei großräumige Strukturen sind im regionalen Gefüge Deutschlands erkennbar: Das Gefälle von West nach Ost und das – etwas weniger stark ausgeprägte – Gefälle von Süd nach Nord. Nahezu alle wirtschaftlichen, erwerbsstatistischen und auch die meisten demografischen Indikatoren sehen die Südländer – vor allem Baden-Württemberg, Bayern und Hessen – mit den günstigsten Werten vorne, die ostdeutschen Länder weit hinten und den Norden Deutschlands sowie Nordrhein-Westfalen im Mittelfeld. Zu diesem Ergebnis kamen unabhängig voneinander z. B. der Niedersachsen-Monitor 2003¹⁾ und etwas später die Bertelsmann-Stiftung: „Insgesamt klappt die Schere zwischen alten und neuen Ländern weiter auseinander. Neben diesem West-Ost-Gefälle nimmt auch das Süd-Nord-Gefälle in den alten Bundesländern weiter zu: Die norddeutschen Flächenländer fallen gegenüber Süddeutschland deutlich zurück.“²⁾ Zweierlei ist hinzuzufügen:

- Das West-Ost-Gefälle wirkt auch innerhalb der „alten“ Länder: Der Westen Bayerns, Baden-Württembergs und vor allem Niedersachsens entwickelt sich weit günstiger als der jeweilige Osten dieser Länder.
- Das Süd-Nord-Gefälle wirkt auch innerhalb der östlichen Bundesländer: in aller Regel weisen Thüringen und Sachsen günstigere Werte auf als die nördlicher gelegenen Länder Ostdeutschlands.

Beim West-Ost-Gefälle ist es evident, dass sich die von 1945 bis 1989/1990 dauernde Teilung Deutschlands tief in die Regionalstruktur eingegraben hat. Die Grenze zwischen der „Trizone“ der Westalliierten und der sowjetischen Besatzungszone, später die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR markierten zugleich die Grenzen zwischen zwei sich feindlich gegenüber stehen-

den Weltsystemen. Diese Grenze ist zwar politisch, aber nicht ökonomisch und mental verschwunden.

Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele, wie lange sich solche Grenzen zwischen rivalisierenden Mächten oder gar Weltsystemen halten können: Die Grenze vom Habsburger zum Osmanischen Reich schien längst verschwunden, als im Wesentlichen entlang dieser ehemaligen Grenze der Bürgerkrieg in Jugoslawien zwischen Serben, Kroaten und Bosniern aufbrach. Eng damit verknüpft ist auch die viel ältere Grenzlinie (Kirchenschisma 1054) zwischen nach Rom orientierten katholischen Kroaten und nach Byzanz – später Moskau – orientierten orthodoxen Serben. Diese Konfessionsgrenze wiederum wurzelte in der endgültigen Trennung des Römischen Reiches nach dem Tode von Theodosius in Ost- und Westrom im Jahre 395.

Mit dem folgenden Aufsatz soll daher der Frage nachgegangen werden, ob sich im aktuellen Süd-Nord- und West-Ost-Gefälle sehr alte Strukturbrüche und Grenzlinien widerspiegeln. Konkret geht es um zwei Grenzlinien, die seinerzeit die Grenzen der damaligen „Weltsysteme“ markierten:

- der **römische Limes**, dessen ursprüngliche Entstehung unter Kaiser Domitian ca. auf das Jahr 80 n. Chr. zu datieren ist; in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten wurde er bis ca. 260 n. Chr. laufend ausgebaut,
- die **Elbe-Saale-Linie**, die zwischen den Jahren 800 bis 1000 während der Herrschaft der fränkischen und salischen Kaiser die Grenze des ursprünglichen deutschen Siedlungsraumes nach Osten markierte.

Zeichnet man in eine heutige Landkarte der Bundesrepublik Deutschland den Limes und die Elbe-Saale-Linie ein, so ergeben sich drei Gebiete:

- der **Südwesten** Deutschlands, der seinerzeit auf der „römischen“ Seite des Limes lag (Saarland sowie Teile

1) Vgl. Nds. Landesamt für Statistik, Niedersachsen-Monitor 2003, Hannover 2003, S. 33

2) Studie: Hamburg Spitzenreiter im Standortwettbewerb der Bundesländer, Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung vom 26.11.2003

von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern),

- die **Mitte** und der **Norden** Deutschlands, der auf der „germanischen“ Seite des Limes, aber westlich der Elbe-Saale-Linie liegt (Bremen, Hamburg und Niedersachsen³⁾ sowie Teile von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt), kurz: die „Germania libera“ des Tacitus,
- der **Osten** Deutschlands, der östlich der Elbe-Saale-Linie lag (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin sowie Teile von Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen).

Wir haben versucht, anhand aktueller regionalstatistischer Daten – die territorial so gut und genau wie möglich die eben genannten drei Gebiete abbilden sollen – zu ermitteln, ob diese drei Gebiete in ihrer jeweiligen Gesamtheit sich signifikant voneinander unterscheiden und ob damit Strukturgrenzen, die gut 1 200 bzw. sogar 1 800 Jahre alt sind, sich heute noch auswirken und ob damit zur Erklärung des West-Ost- bzw. Nord-Süd-Gefälles beitragen werden kann.

Im folgenden Text wird zunächst die Bedeutung des Limes bzw. der Elbe-Saale-Linie im Rahmen des damaligen Welt-systems dargestellt. Danach werden die Daten sowie die Methode der Zusammenfassung der Regionaldaten zu den drei o. a. Gebieten vorgestellt, mit denen der Frage nach noch heute sichtbaren Strukturunterschieden nachgegangen werden soll. Schließlich folgen die Ergebnisse der Berechnungen sowie einige Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden können.

Der römische Limes

Die Expansionspolitik des Imperium Romanum in Germanien war seit der Vernichtung von drei Legionen unter Quintilius Varus in der Schlacht am Teutoburger Wald – nahe der Ortschaft Kalkriese im Landkreis Osnabrück – beendet. Statt der Versuche der Eroberung und Eingliederung in das Imperium, wie sie den Feldzügen von Tiberius und Drusus zu Grunde lagen, gab es im Wesentlichen nur noch groß angelegte Strafexpeditionen und eher defensive Versuche, germanische Völker durch vorbeugende Aktionen am Vordringen in das römisch beherrschte Gebiet zu hindern. Der Limes – eine ähnliche Grenze gab es mit dem Hadrianswall auch im Norden Britanniens zum Schutz gegen die Bewohner des späteren Schottlands – war konsequenter Ausdruck dieser Defensivstrategie. Er überbrückte den Raum zwischen den natürlichen Grenzen, die von Rhein und Donau gebildet wurden.

Die gesicherte Grenze aus Wallbefestigungen, Wachtürmen und Kastellen bezweckte keinen hermetischen Abschluss; folglich gab es weiterhin einen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch. Die Gebiete „diesseits“ – also südlich und westlich – des Limes, von Rhein und Donau wurden in den Wirtschafts- und Kulturraum des römischen Imperiums und damit der Mittelmeerzivilisation einbezogen. Das bedeutete u. a. die Übernahme zahlloser Innovationen in der Landwirtschaft und im Handwerk, in der Infrastruktur, z. B. Bau von gepflasterten Fernstraßen und Aquädukten und nicht zuletzt im Bereich der Bürokratie und des Militärs. Auch Arminius, der den Römern eine empfindliche Niederlage bereitet hatte, war Offizier der aus Nichtrömern zusammengesetzten römischen Hilfstruppen, der wahrscheinlich unter Tiberius sein Kriegshandwerk gelernt hatte.

Südwestlich des Limes entstanden frühzeitig Städte, oft an größere Garnisonsstandorte des römischen Militärs gekoppelt, als Orte des Handels und des auch kulturellen Austausches. Andernach, Augsburg, Bonn, Bad Cannstadt (heute Ortsteil von Stuttgart), Koblenz, Köln, Mainz, Moers, Neuss, Passau, Regensburg, Speyer, Trier, Worms und Xanten sind solche ursprünglichen Römerstädte. Dieses Gebiet erhielt auch neuartige kulturell-geistige Impulse, so z. B. die Bekanntschaft mit der antiken Wissenschaft und Philosophie, mit der lateinischen Sprache als Universalsprache der antiken Welt und nicht zuletzt mit dem aufkommenden Christentum. Geschützt durch römisches Militär, römische Zivilisation und römisches Recht konnte sich in diesem Raum das Christentum schon sehr frühzeitig ausbreiten, während nordöstlich des Limes noch die germanischen Götter verehrt wurden. Durch das Christentum, das in der Spätantike auch Staatsreligion des Imperiums wurde, wurde eine universal gültige Ethik etabliert, die auf geistig-religiösem Gebiet eine prinzipielle Einheit und Gleichheit aller Menschen postulierte, und die in der gesamten bekannten Welt – der „Ökumene“ in ihrer ursprünglichen Bedeutung – gültig war.

Die Wirren der Völkerwanderungszeit brachten zwar erhebliche wirtschaftliche und kulturelle Rückschläge, aber schon unter den fränkischen Königen bzw. den späteren karolingischen Kaisern wurde bewusst wieder an die nie völlig abgerissenen Traditionen des römischen Imperiums angeknüpft. Die Ruinen der alten Römerstädte wurden Keimzellen der mittelalterlichen Städte. Eine wichtige Rolle in der Bewahrung der kulturellen Überlieferung spielten dabei die Kirche⁴⁾ und die Klöster. Die bei weitem wichtigsten Bischofssitze waren die alten Römerstädte Mainz und Köln; die dortigen Bischöfe gehörten später als Kurfürsten

3) Das ostelbische Amt Neuhaus ist eine kleine Ausnahme.

4) Das ist auch heute noch so: Das Gewand der Priester geht auf die altrömische Toga zurück und der Papst befindet sich als Pontifex maximus in direkter Nachfolge der Cäsaren – wobei der Titel des „Pontifex“ bis in die archaischen Urzeiten Roms zurückgeht.

zu den bedeutendsten politischen Würdenträgern im Reich; schon frühzeitig wurden aber auch Trier, Worms und Passau Bischofsstädte.

Die Elbe-Saale-Linie

Während der Südwesten Deutschlands also schon vor ca. 1 800 Jahren in das „Weltsystem“ integriert wurde, dauerte es im Norden und Nordwesten etwa 600 Jahre länger. Erst die Niederlage der seinerzeit noch heidnischen Sachsen unter ihrem Herzog Widukind, die im Raum des heutigen Niedersachsen und in Westfalen siedelten, gegen das Frankenreich unter Karl dem Großen integrierte Nordwestdeutschland ins fränkische Kaiserreich. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Sachsen und Franken dauerten 32 Jahre von 772 bis 804; 785 ließ Widukind sich taufen.

Das fränkische Reich trat – zusammen mit Byzanz – die Nachfolge des römischen Imperiums an. Es umfasste seinerzeit Frankreich, Nord- und Süditalien sowie das spätere Deutschland bis etwa zur Elbe-Saale-Linie. Östlich dieser Linie siedelten slawische Völker⁵⁾, und seit 800 trennte diese Linie nicht nur Völker, sondern auch Christen von Heiden. Erst durch die deutsche Ostkolonisation des 12. Jahrhunderts, die im Zuge der großen europäischen Expansion des 12. Jahrhunderts in unserem Raum vor allem durch den Welfenherzog Heinrich den Löwen vorangetrieben wurde, kamen diese Gebiete politisch zu dem, was heute „Deutschland“ ist, und zwar durch die üblichen Mittel: militärische Eroberung, Ansiedlung von Kolonisten, Missionierung. Diese Gebiete und die auf ihnen lebenden Menschen waren nicht mehr „Außenwelt“, sondern wurden Teil des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“.

Die Elbe-Saale-Linie blieb kulturell eine wichtige Grenze. Östlich dieser Linie, in Mecklenburg und der Mark Brandenburg spielte schon frühzeitig die Gutswirtschaft und auch die Leibeigenschaft eine große Rolle; eine Mittelschicht relativ wohlhabender Bauern gab es kaum und große Städte waren (und sind) hier erheblich seltener als weiter westlich und südlich.

Die Elbe-Saale-Linie ist ihrerseits nur ein Teil eines Wohlstandsgefälles, das sich seit langer Zeit an den großen Strömen Europas festmachen lässt: Von den wohlhabenden Regionen an Rhein/Rhone und Po im Westen über Elbe, Oder, Weichsel, Dnjepr bis hin zur Wolga nimmt der durchschnittliche regionale Wohlstand katastraktartig ab.

5) Von Nord nach Süd vor allem Obotriten, Wilzen, Heveller und Sorben

6) Vgl. Fernand Braudel, Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II., Frankfurt am Main 2001.

7) Vgl. Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986.

Die Vergangenheit ist nicht vergangen – „longue durée“

Unter dem Stichwort der „longue durée“, also der „langen Dauer“, haben Wirtschaftshistoriker – zu nennen sind vor allem Fernand Braudel⁶⁾ und Immanuel Wallerstein⁷⁾ – nachgewiesen, dass die Wurzeln aktueller Strukturen und Strukturbrüche zum Teil sehr lange zurückliegen. Für Europa, Deutschland und im speziellen Niedersachsen gibt es entsprechende Aussagen z.B. von Immanuel Geiss⁸⁾ und Carl-Hans Hauptmeyer⁹⁾. Beide Autoren betonen z.B. die Bedeutung der Limes-Linie für den deutschen Südwest-Nordost-Unterschied.

Damit ist natürlich nicht gemeint, dass das aktuelle Regionalgefälle ausschließlich auf solche „langen Linien“ zurückgeführt werden kann, zumal gerade das Süd-Nord-Gefälle zeitweise nahezu umgekehrt schien. In aller Kürze seien die wichtigsten Entwicklungslinien seit der frühen Neuzeit genannt: Seit dem 15. Jahrhundert – genauer gesagt seit 1453, dem Jahr der Eroberung Konstantinopels durch die Türken – geriet der Süden Europas in eine lang anhaltende wirtschaftliche und machtpolitische Krise. Die Ausdehnung des Osmanischen Imperiums zwang zur Westorientierung Europas. Damit begann der Aufstieg der westlichen Seefahrernationen Spanien und Portugal, später der Englands und der Niederlande. Die Reformation des 16. Jahrhunderts, die besonders im nördlichen Teil Europas Wurzeln schlug, während der Süden meist katholisch blieb, brachte dem Norden einen weiteren Innovationschub. Vor allem eine Macht, das ursprünglich ostelbische Brandenburg-Preußen stellte sich neben Habsburg nach den Wirren des 30jährigen Krieges als dominierende Macht in Deutschland heraus. Durch geschickte Mischung von Eroberung und Diplomatie kamen schon Anfang des 17. Jahrhunderts weitere Gebiete, z.B. am Niederrhein und in Westfalen, dazu. Von großer Bedeutung war, dass das ostelbische Preußen sich frühzeitig öffnete für politische, wirtschaftliche und kulturelle Impulse, die wiederum aus dem Westen, vor allem aus Frankreich kamen. Das protestantische Preußen war in der Folge wirtschaftlich, politisch, kulturell und nicht zuletzt militärisch in Deutschland führend. Die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts beschleunigte die zeitweilige Dominanz des Nordens. Der preußische Staat förderte die Industrialisierung; unter anderem gehörten das Ruhrgebiet und Oberschlesien als Kernregionen der Industrialisierung in Deutschland zu

8) Immanuel Geiss, Europa, Nation, Region, in: Schaumburger Studien Heft 57, Melle 1998, S. 1 – 15.

9) Carl-Hans Hauptmeyer, Niedersachsen und seine Regionen im europäischen Kontext. Ein historischer Rückblick, in: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Niedersachsen-Monitor 2002, Hannover 2002, S. 55 – 65.

Preußen. Es war nur folgerichtig, dass die Reichsgründung des 19. Jahrhunderts unter preußischer Hegemonie stattfand, nachdem die rivalisierenden Mächte im Süden, Bayern und vor allem Österreich, geschlagen waren.

Das Süd-Nord-Gefälle stellte sich in Deutschland erst mit der deutschen Teilung der Jahre 1945 bis 1990 wieder her, die zumindest in ihrem nördlichen Teil nicht zufällig weit gehend entlang der Elbe, also der Linie des Jahres 800 verlief. Der Osten Deutschlands gehörte in dieser Phase zum sowjetisch-russischen Herrschaftsbereich und geriet spätestens seit Anfang der achtziger Jahre in die tiefe Krise dieses Imperiums. Der Norden Deutschlands befand sich in einer Randlage und war daher vom nahezu vollständigen Abbruch der traditionellen Austauschbeziehungen nach Osten stärker betroffen als der Süden und Südwesten, dem seine größere geografische und kulturelle Nähe zum „Westen“ jetzt zum Standortvorteil wurde.

Mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahr 1990 wurde Deutschland zwar „nördlicher“ und „östlicher“ – symbolischer Ausdruck dessen war die Verlagerung der Bundeshauptstadt von Bonn nach Berlin – und Niedersachsen rückte vom Rand in die Mitte Deutschlands, das Gefälle zwischen den südlichen und nördlichen sowie westlichen und östlichen Bundesländern wurde aber bislang nicht wirklich geringer.

Fragestellung, Methode und Datengrundlage

Die Vergangenheit ist nicht vergangen, sie lebt fort in heutigen Strukturen. Wie stark, das wird im folgenden empirischen Teil geprüft. Die Hypothese, der nachgegangen wird, lautet:

Je früher ein Gebiet des heutigen Deutschlands in das jeweilige Weltsystem einbezogen wurde, desto größer ist sein „historischer Vorsprung“. Es ist daher zu prüfen, ob es ein heute noch wahrnehmbares Gefälle von Südwest (Einbeziehung ins Weltsystem vor ca. 1 800 Jahren) über die Mitte und den Norden (Einbeziehung ins Weltsystem vor ca. 1200 Jahren) nach Nordosten (Einbeziehung ins Weltsystem vor ca. 900 Jahren) gibt.

Integraler Bestandteil dieses Aufsatzes sind vier thematische Karten. Diese stellen die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Gliederung nach Landkreisen und kreisfreien Städten dar. In diese aktuelle Territorialstruktur sind die beiden alten Grenzlinien – der Limes und die Elbe-Saale-Linie – hineingezeichnet. So ergeben sich auf Basis einer recht differenzierten regionalen Ebene – eben auf Kreisebene und nicht auf Ebene der Länder, was viel zu grob wäre – drei große Gebiete: der zum römischen Reich gehörende und somit am frühesten ins Weltsystem integrierte Südwesten Deutschlands, hier fortan als „Römergebiet“ oder „Südwesten“ bezeichnet, in Abgrenzung dazu die erst unter

Karl dem Großen in das System einbezogene Mitte Deutschlands oder „Germanien“ und schließlich die Gebiete jenseits der Elbe-Saale-Linie, im Folgenden als Nordosten oder – wenn auch geografisch nicht ganz korrekt – der Einfachheit halber als „Ostelbien“ bezeichnet. Alle vier thematischen Karten untergliedern das jeweils dargestellte Merkmal in fünf Größenklassen.

Die 440 Landkreise und kreisfreien Städte¹⁰⁾ Deutschlands sind den drei Gebieten für die Berechnungen so zugeordnet, dass auch von der jeweiligen Grenze nur durchschnittene bzw. berührte Gebietseinheiten dem jeweils früher ins Weltsystem einbezogenen Teil zugeordnet werden. Da – wie oben beschrieben – zumindest entlang des Limes nach wie vor ein reger Austausch zwischen beiden Seiten stattfand, d.h. die nordöstlich der Grenze liegenden Gebiete also auch von den südwestlichen beeinflusst worden sind, erscheint dies zulässig. Bei der Elbe-Saale-Linie wurde entsprechend verfahren.

Anhand der Indikatoren

- ☐ Besiedlungsdichte (Einwohner je Quadratkilometer),
- ☐ Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung,
- ☐ Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung,
- ☐ Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung
- ☐ Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner
- ☐ BIP je Erwerbstätigen
- ☐ Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Einwohner

werden das Römergebiet, Germanien und Ostelbien in ihrer Gesamtheit verglichen. Die vier wichtigsten Beziehungszahlen (Besiedlungsdichte, Arbeitslosenanteil, BIP je Einwohner, BIP je Erwerbstätigen) wurden außerdem wie oben skizziert in Kartenform dargestellt.

Die verwendeten Daten beziehen sich mit Ausnahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, kurz: HLU) auf das Jahr 2001. Werte auf Kreisebene sind für die wichtigsten Indikatoren den Karten zu entnehmen. Die Kreisebene ist in diesem Fall die sinnvollste und auch tiefstmögliche Gliederung, weil BIP, Erwerbstätigenzahlen und auch das verfügbare Einkommen, wie überhaupt die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, nicht auf Gemeindeebene vorliegen.

Die o. g. Indikatoren wurden so zusammengestellt, dass sie elementare demografische, soziale und wirtschaftliche Strukturen widerspiegeln. Die wirtschafts- und erwerbsstatistischen Indikatoren (BIP, Arbeitslose) können sich zwar

¹⁰⁾ Einschließlich der Landeshauptstadt Hannover, die Teil der Region Hannover ist, hier aber wie eine kreisfreie Stadt dargestellt wurde.

im Zeitverlauf schnell ändern, sie können auch mal in dem einen Landkreis oder der anderen kreisfreien Stadt zum Positiven oder zum Negativen ausschlagen – das regionale Gesamtgefüge ist aber relativ stabil. Für den demografischen Indikator (Besiedlungsdichte) gilt dies sowieso – dieser ist kurzfristigen Veränderungen kaum zugänglich. Die Momentaufnahme der Jahre 2001/2000 ist daher nicht zufällig; eine Wahl anderer Jahre hätte ähnliche Ergebnisse gebracht.

Wenn die Hypothese zutrifft, dass die alten Strukturgrenzen noch heute wirken, dann müsste Folgendes zutreffen:

- Die Besiedlungsdichte müsste von Südwest nach Nordost stufenweise abnehmen; die Besiedlungsdichte gibt letztlich Auskunft darüber, wie viel Menschen in einem bestimmten Gebiet dauerhaft leben können und ist damit der wichtigste zusammengefasste Indikator für den Entwicklungsstand einer Großregion.
- Der Anteil der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung müsste von Südwest nach Nordost zunehmen. Diese beiden Indikatoren drücken u. a. das Ausmaß wirtschaftlicher Schwierigkeiten aus. Je schlechter eine Region im Standortwettbewerb abschneidet, desto höher fallen diese Quoten aus.
- Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung müsste umgekehrt von Südwest nach Nordost abnehmen, und zwar aus denselben Gründen.
- Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als allgemeines Maß für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region, das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen als Produktivitätsmaß sowie das verfügbare Einkommen pro Kopf müssten ebenfalls von Südwest nach Nordost stufenweise abnehmen.

Die jüngere Geschichte der Jahre nach 1945 und ihre tief greifenden Auswirkungen auf die Territorialstruktur überlagern natürlich die langfristig angelegten Strukturen vor allem im Osten Deutschlands stark. Mit der hier angewandten Untersuchungsmethode lässt sich aber immerhin ein gewisser Trend erkennen.

Ergebnisse I: Besiedlungsdichte

Das Römergebiet, Germanien und Ostelbien unterscheiden sich zunächst durch ihre Fläche und die Zahl der Gebietseinheiten:¹¹⁾ Größtes Gebiet ist mit 163 062 km² Germanien, gefolgt vom Römergebiet mit 114 466 km² und schließlich Ostelbien mit 79 483 km². Bei der Zahl der Gebietseinheiten verhält es sich ähnlich: Germanien weist 195, das Römergebiet 169 und Ostelbien 76 Gebietseinheiten auf.

Setzt man die genannten Flächen in Bezug zur Einwohnerzahl, ergibt sich eine andere Reihenfolge. Die höchste Besiedlungsdichte ist mit 296 Einwohnern je km² im Römergebiet festzustellen. An zweiter Stelle folgt Germanien, wo auf einem Quadratkilometer 216 Menschen leben. Schlusslicht ist Ostelbien: Hier kommen auf einen Quadratkilometer lediglich 168 Menschen. Nimmt man Deutschland als Ganzes (231 Einwohner je km²) sind sowohl Germanien als auch Ostelbien unterdurchschnittlich. Die Abstände und die Höhe des Deutschlanddurchschnitts verdeutlichen, wie weit das Römergebiet den anderen in dieser Hinsicht voraus ist.

Die hohe Besiedlungsdichte im Südwesten tritt auch auf der Karte deutlich hervor. Je größer die Zahl der Einwohner pro Quadratkilometer, desto dunkler die Farbe. Eine Ballung von Gebieten, die den beiden oberen Größenklassen zuzurechnen sind, ist entlang des obergermanischen Limes und dort vor allem aufseiten des Römergebietes klar festzustellen. Zwar sind auch in Germanien und Ostelbien Gebiete der höchsten Klasse zu finden, doch treten diese gegen Osten zunehmend seltener auf. Es handelt sich dabei um die großen Städte: Entweder Hansestädte, Residenzstädte bzw. heutige Hauptstädte wie Hannover, Berlin und Dresden oder solche, die im Zuge der Industrialisierung zu Ballungsgebieten geworden sind, v.a. Ruhrgebietsstädte aber auch z. B. Chemnitz. Die unterste Größenklasse mit weniger als 100 Einwohnern je Quadratkilometer ist überproportional oft in Ostelbien vertreten und macht den Großteil der Fläche aus. In Germanien liegt hingegen ein größerer „Mix“ vor.

Ergebnisse II: Arbeitsmarkt - Arbeitslosenanteil

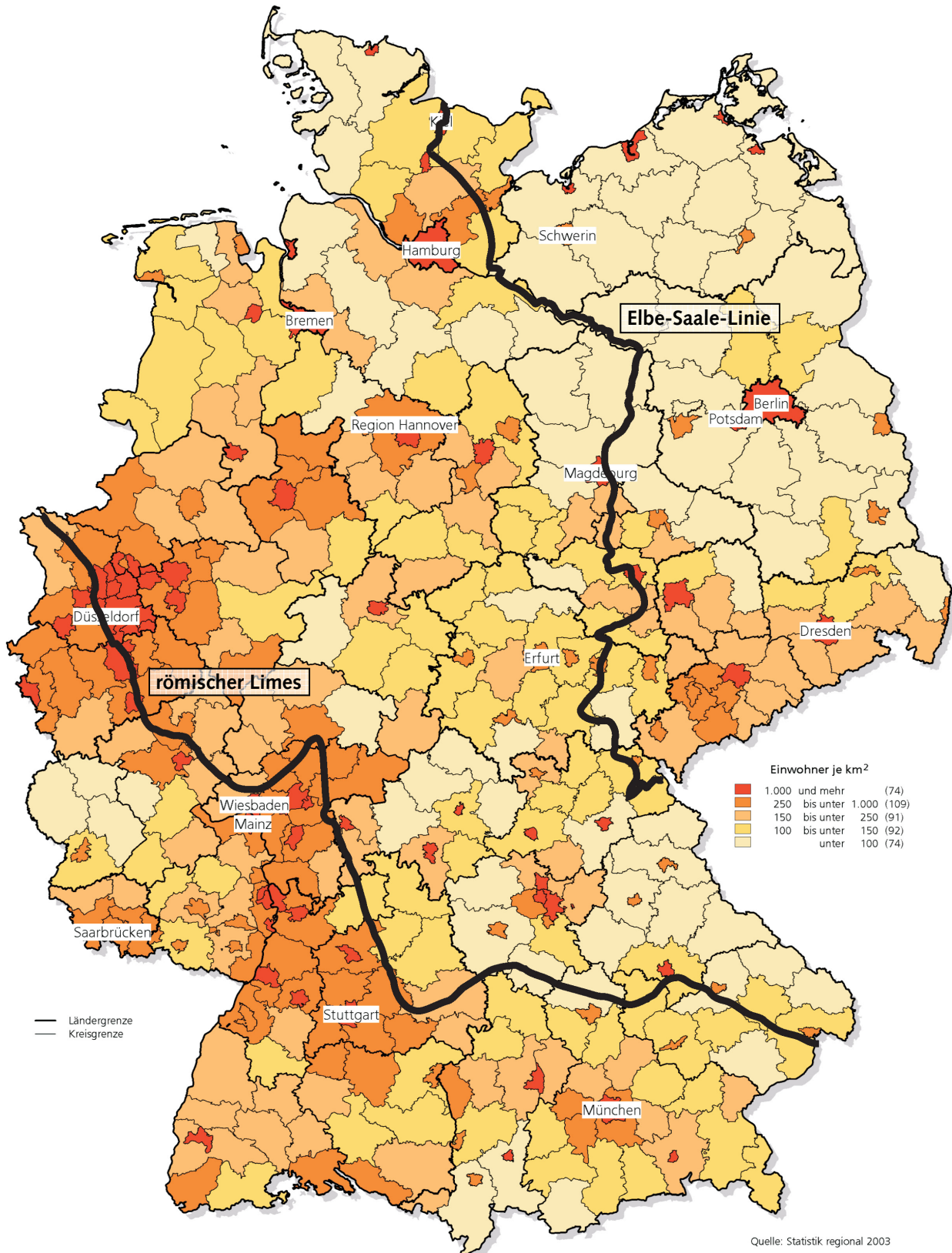
Zu dieser Karte¹²⁾ muss methodisch vorangestellt werden, dass hier nicht die bekanntere Arbeitslosenquote, sondern der Arbeitslosenanteil (Arbeitslose je 1 000 Einwohner) dargestellt wurde. Dies hat lediglich den Grund, dass bestimmte Indikatoren, die für die Berechnung der Arbeitslosenquote benötigt werden, von der BA für Arbeit nicht publiziert werden. Die Aggregation der 440 Kreisdaten auf die drei großen Regionaleinheiten ist daher für diesen Indikator nicht möglich, sehr wohl aber für den Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung.

Deutlich zeichnet sich auf dieser Karte die ehemalige DDR ab, ebenso deutlich auch die relativ ungünstigen Werte, die zahlreiche Kreise im ehemaligen Zonenrandgebiet der „alten“ Bundesrepublik aufweisen. Ebenso deutlich wird, dass die weitaus meisten der Kreise mit vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenanteilen im Süden und Südwesten der Republik liegen.

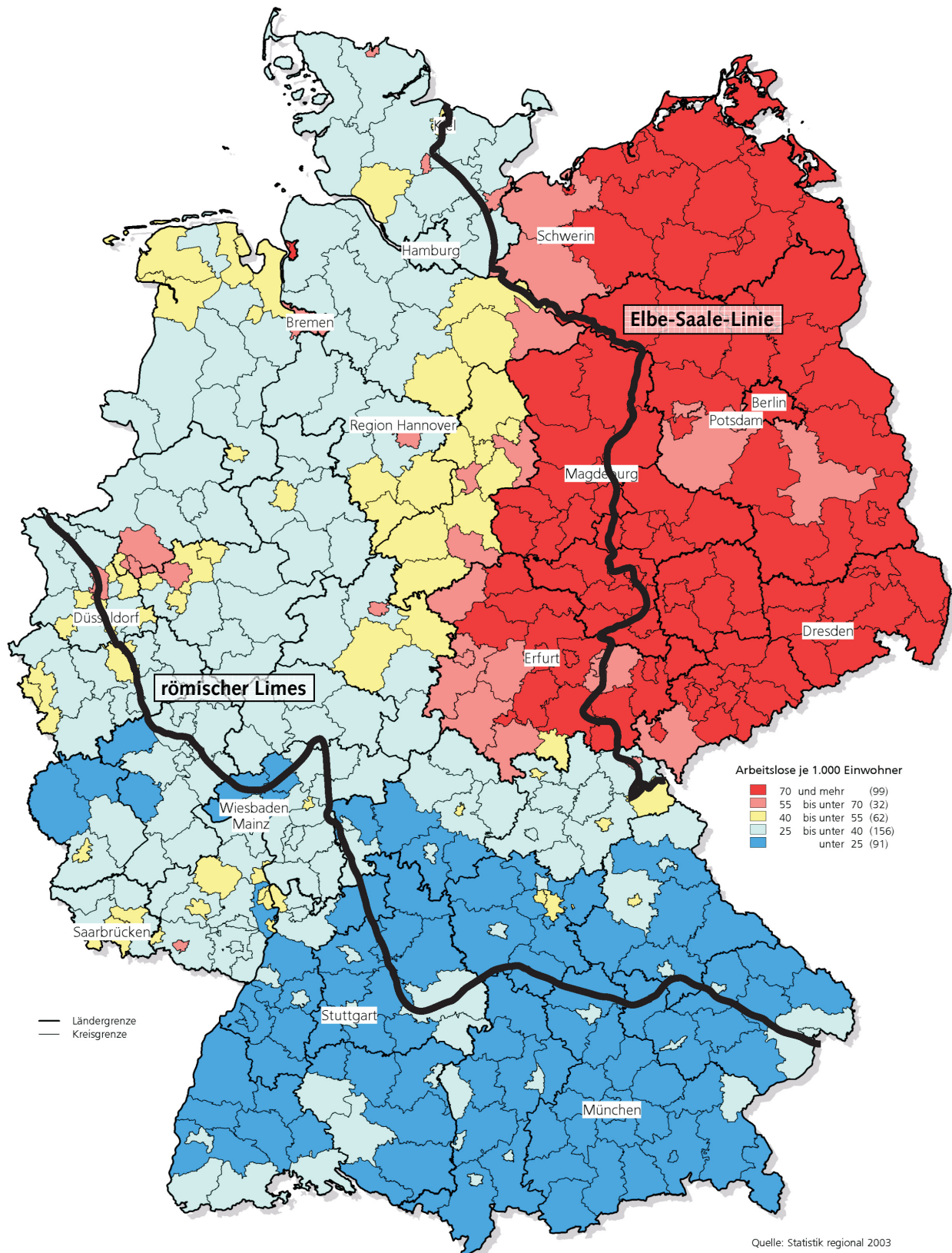
11) siehe Karte 1

12) siehe Karte 2

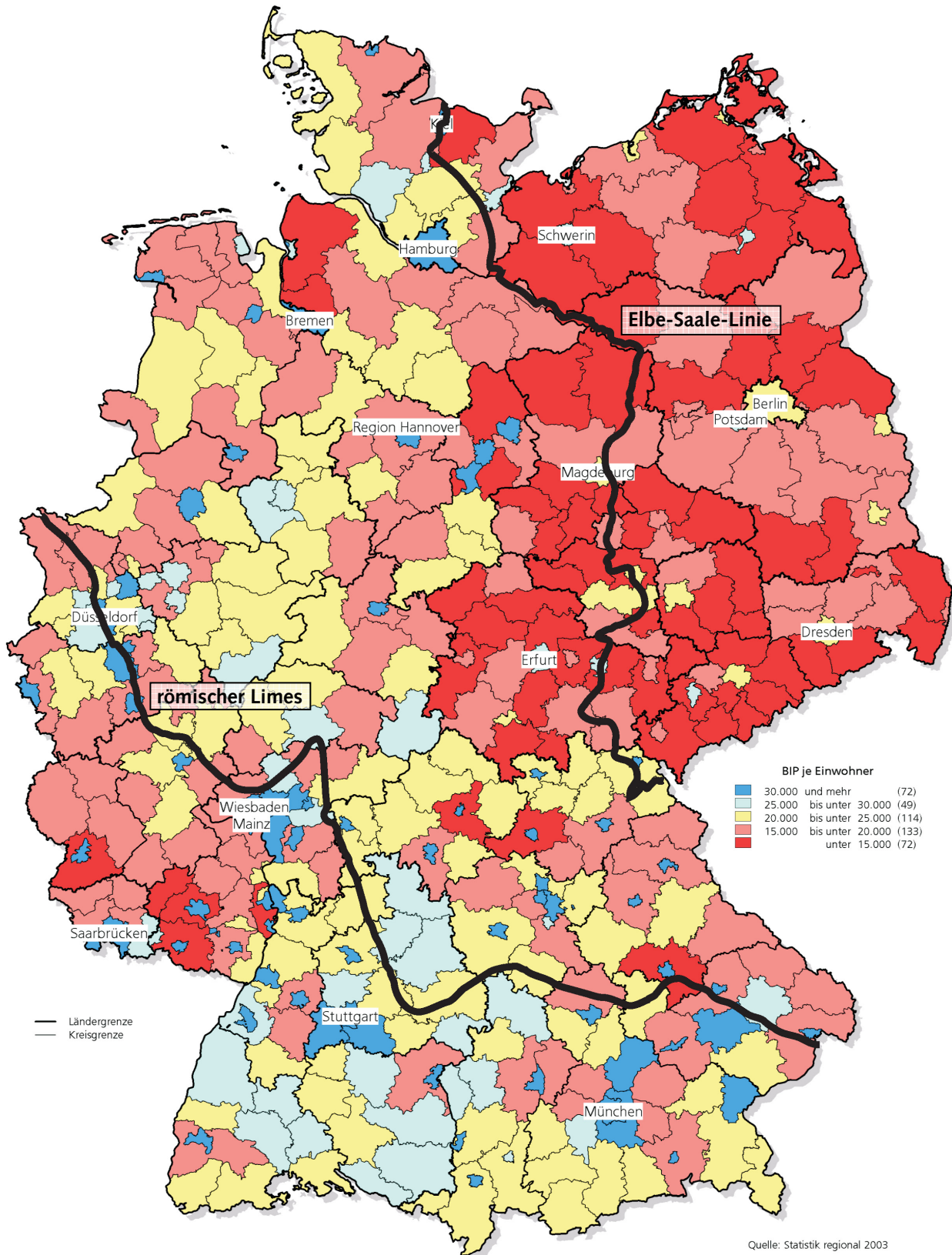
1. Besiedlungsdichte 2001
in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland



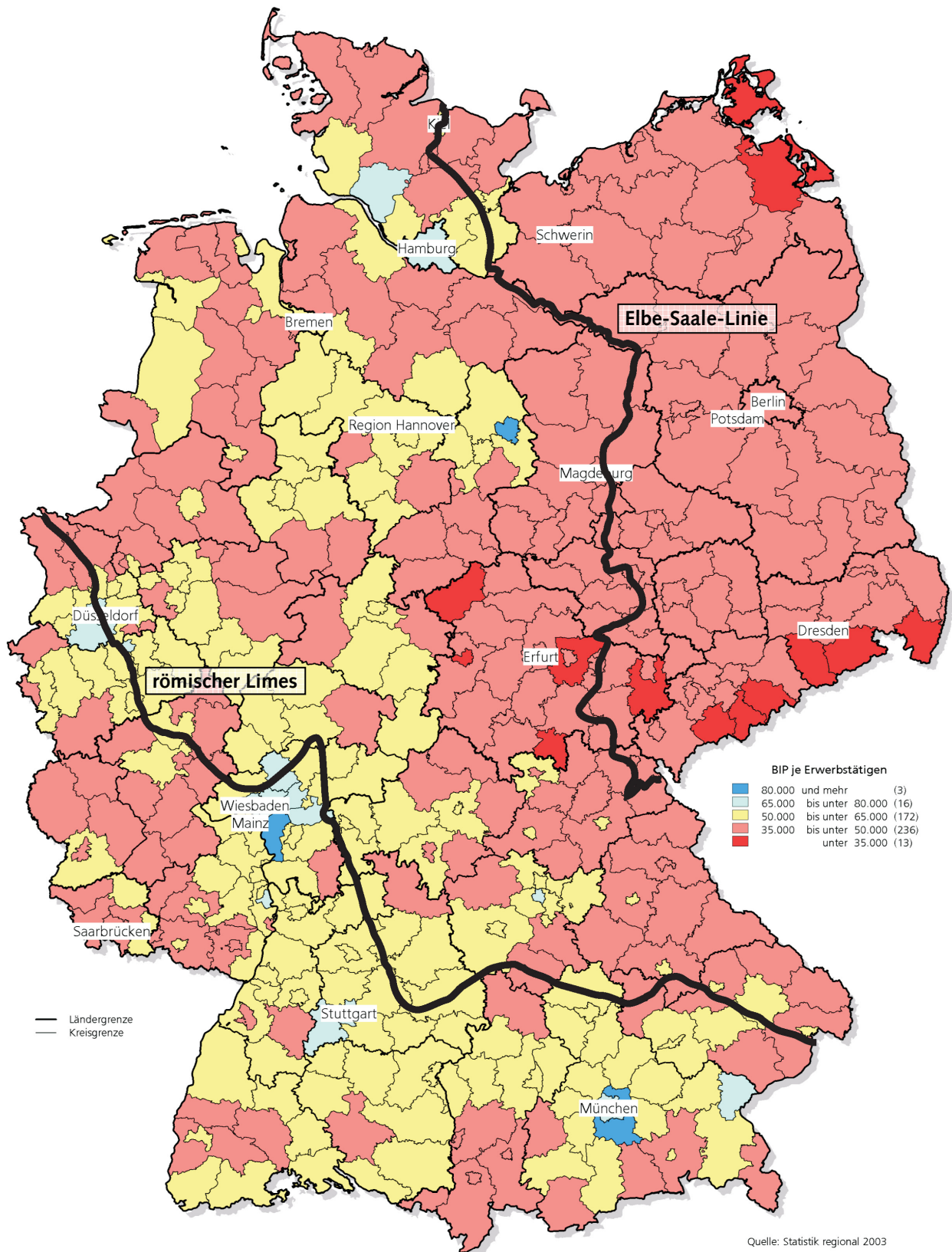
2. Arbeitslose je 1000 Einwohner 2001
in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland



3. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2001
in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland



4. Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2001
in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland



Der Arbeitslosenanteil liegt im Südwesten bei 2,9 Prozent, in „Germanien“ bei 4,5 Prozent und in Ostelbien bei 8,5 Prozent. Im Osten war er also nahezu dreimal so hoch wie im Südwesten.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die ehemaligen Zonenrandgebiete entwickeln. Derzeit scheint eine Entwicklung in zweierlei Richtung möglich: Zum einen dahingehend, dass die Elbe-Saale-Linie die Trennlinie markiert und nicht die ehemalige DDR-Grenze; zum anderen in die Richtung, dass die Struktur erhalten bleibt und so 45 Jahre unter sowjetischem Einfluss die Elbe-Saale-Linie als Grenze überlagert und dauerhaft zerstört hätten.

Ergebnisse III: Wirtschaftskraft - Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner

Der Indikator „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“ wird vor allem im internationalen Vergleich gerne benutzt, um die unterschiedliche Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Entwicklungsstufe verschiedener Länder miteinander standardisiert vergleichen zu können. Auf regionaler Ebene – Landkreise, sogar auch schon auf Ebene der Bundesländer – ist er problematisch, und zwar vor allem wegen der Pendlerverflechtung. Systematisch weist dieser Indikator die Einpendlerzentren, also vor allem die Metropolen, zu hoch und deren Pendlereinzugsbereich zu niedrig aus. Besonders macht sich dies im Umkreis der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg bemerkbar, weil hier sogar die Länderergebnisse tangiert werden. Bei der großräumigen Aufteilung in nur drei Gebiete spielt dies aber kaum eine Rolle, die Unschärfen heben sich gegenseitig auf.

Die Karte 3 kartiert die Regionen mit einem sehr hohen BIP pro Kopf (30 000 EUR und mehr) dunkelblau. Unmittelbar ersichtlich ist, dass es in Ostelbien keine einzige Region in dieser Kategorie gibt. In „Germanien“ fallen lediglich einige kreisfreie Städte in diese höchste Rubrik. Das gilt auch für den Südwesten, aber hier kommen auch einige Landkreise, meist im Umfeld von Frankfurt, Stuttgart und München, hinzu. Der Südwesten kennt umgekehrt in der niedrigsten Rubrik (BIP unter 15 000 EUR pro Kopf) nur sieben Landkreise, wohingegen die Mehrzahl der ostelbischen Kreise in diese niedrigste Kategorie fällt und auch zahlreiche Kreise „Germaniens“, vor allem an seinem östlichen Rand, dazu gehören.

Insgesamt erreicht der „römische“ Südwesten ein Ergebnis von 29 100 EUR pro Kopf, der „germanische“ Norden 23 849 EUR und Ostelbien 18 339 EUR.

Ergebnisse IV: Produktivität – Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen

Der Indikator „Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen“ ist tendenziell weniger verzerrend als der Indikator „BIP pro Kopf“. Verzerrungen durch den Pendlersaldo gibt es hier nicht. Der Indikator drückt die Arbeitsproduktivität aus und hat allenfalls den Nachteil, dass er sich nach oben entwickeln kann durch eine Verringerung des Nenners des Bruches: also durch eine Abnahme der Erwerbstätigkeit bei gleich bleibendem BIP.

Die Klasseneinteilung der Karte 4 ist so gewählt, dass die Regionen mit einer besonders hohen Arbeitsproduktivität durch dunkel- und hellblaue Einfärbung besonders herausstechen. Auch gelb kartierte Landkreise und Städte weisen eine relativ hohe Arbeitsproduktivität auf. U. a. fällt so die Stadt Wolfsburg auf.

Auch hier wird großräumig klar, dass in Ostelbien die rote Farbe, also eine relativ geringe Produktivität, vorherrscht und in „Germanien“ zumeist eine rot-gelbe Gemengelage auftritt – wobei Richtung Osten das Rot und Richtung Westen das Gelb dominiert. Im Südwesten hingegen tritt die Farbe Blau relativ oft auf und das Gelb dominiert klar über das Rot. Insgesamt erwirtschaftet hier jeder Erwerbstätige ein BIP von 58 364 EUR, in „Germanien“ sind es 51 752 EUR und in Ostelbien 42 349 EUR.

Südwesten, „Germanien“ und Ostelbien auf einen Blick

Nicht kartiert worden sind die Indikatoren „HLU-Empfänger je 1 000 Einwohner“, „Erwerbstätige je 1 000 Einwohner“ und „Verfügbares Einkommen pro Kopf“. Sie befinden sich aber gemeinsam mit den anderen in umseitiger Tabelle.

Korrespondierend mit dem niedrigen Arbeitslosenanteil im Südwesten, ist die Zahl der Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner mit 498,6 im Vergleich der drei Gebiete dort am höchsten. Es folgen die „Mitte“ und die Gebiete jenseits der Elbe-Saale-Linie mit Werten von 460,8 bzw. 433. Für Deutschland insgesamt sind 471, 8 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner zu verzeichnen.

An diese Werte schließen die des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens an. Im Südwesten stehen 17 245,07 EUR zur Verfügung, in der Mitte 16 454,62 EUR und im Nordosten 14 220,89 EUR. Hier geht die Schere zwischen den regionalen Verdienstunterschieden so weit auseinander, dass der Deutschlanddurchschnitt mit 16 417,02 EUR pro Kopf noch unter dem der „Mitte“ liegt.

Ergebnisse im Überblick für Südwesten, Germanien und Ostelbien

Gebiet	Einwohner je km ² 2001	HLU- Empfänger je 1000 Einwohner 2000	Arbeitslose je 1000 Einwohner 2001	Erwerbstätige je 1000 Einwohner 2001	Bruttoinlands- produkt je Einwohner 2001	Bruttoinlands- produkt je Erwerbstätigen 2001	Verfügbares Einkommen pro Kopf 2001
	Anzahl				EUR		
Südwesten	295,66	26,42	28,60	498,60	29 100,27	58 364,44	17 245,07
Germanien	216,33	34,01	45,21	460,82	23 848,76	51 752,33	16 454,62
Ostelbien	168,14	40,20	84,69	433,04	18 338,72	42 349,03	14 220,89
Deutschland	231,04	31,90	44,79	471,82	25 110,73	53 220,95	16 417,02

Angesichts solcher Disparitäten wundert auch eine ähnlich gestaltete Verteilung der HLU-Empfänger je 1 000 Einwohner nicht. Die wenigsten Bezieher von HLU finden sich mit 26,42 im Südwesten. In der „Mitte“ beziehen durchschnittlich 34,01 Menschen je 1 000 Einwohner Hilfe zum Lebensunterhalt. Schlusslicht ist wieder einmal der Nordosten mit 40,20 HLU-Empfängern je 1 000 Einwohnern. Für ganz Deutschland kommt man hier auf einen Schnitt von 31,9.

Die Indikatoren weisen in ihrer Gesamtheit alle in die gleiche Richtung: Für jeden einzelnen ist eine klare Abstufung der Werte von Südwesten nach Nordosten festzustellen, wobei sich die positiven im Südwesten, die negativen im Nordosten ballen. Wie groß der Vorsprung des Südwestens ist, verdeutlicht vor allem das Ergebnis für ganz Deutschland. Dieses hat jeweils einen großen Abstand zum Südwesten, weist aber mit Ausnahme des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens immer auch positivere Werte auf als die Mitte Deutschlands, die wie erwähnt das größte der drei Gebiete ist und in der Kartierung als gut „gemischt“ erscheint.

Gesamtergebnis: Vergangenheit und Zukunft

Die Untersuchung ging der Hypothese nach, dass sich – dem früheren oder späteren Zeitpunkt der Einbeziehung in das von der Mittelmeerkultur geprägten „Weltsystem“ folgend – von Südwest bis nach Nordost ein Gefälle feststellen lassen würde. Sämtliche Indikatoren – Demografie, Wirtschafts-, Erwerbs- und Arbeitsmarktdaten – wiesen tatsächlich dieses stufenförmige Gefälle auf. Die Richtigkeit der Hypothese ist damit zwar nicht bewiesen, aber wesentlich wahrscheinlicher geworden.

1000 oder gar 2000 Jahre alte Strukturen können sich natürlich nur indirekt und über zahlreiche Vermittlungsschritte überliefern. Da Geschichte von den Menschen gemacht

wird und damit kein unabänderliches Schicksal, sondern veränderbar ist, transformieren sich Strukturen im Laufe der Entwicklung tief greifend. Aber auch das Neue, Umwälzende, Revolutionierende knüpft immer wieder an alte Strukturen an oder kommt auf sie zurück. Das gilt für die Gedankenwelt ebenso wie für „objektive“ Gegebenheiten wie Siedlungen, Verkehrswege und Wirtschaft. Solche Vermittlungsschritte, die sehr lange eine Dominanz des Südwestens aufrechterhielten, waren vor allem die christliche Kirche und die Klöster, die fränkischen und sächsischen Kaiser sowie die oft in der Antike wurzelnden mittelalterlichen Städte und Verkehrswege. Historische Karten zeigen z. B., dass es noch im 15. Jahrhundert im Norden und Osten Deutschlands erst sechs Universitätsstädte (Rostock, Greifswald, Magdeburg, Frankfurt (Oder), Erfurt, Leipzig) gab, während im Südwesten mit Mainz, Köln, Trier, Würzburg, Heidelberg, Ingolstadt, Freiburg und Tübingen eine auffällige Häufung auftrat. Ein anderes Beispiel: Am Ende des 14. Jahrhunderts gab es ca. 105 Reichsstädte, also Städte, die dem Kaiser bzw. König direkt untertan waren. 80 davon lagen südlich, nur 25 nördlich des Mains. Insgesamt kennt die historische Städteforschung – über die Grenzen Deutschlands hinausgehend – die oben erwähnte „Dreigliederung Mitteleuropas am Ausgange des Hochmittelalters“, und zwar „in den spätantik überformten Westen bis hin zur Donau-Limes-Rhein-Linie, in die ‚tacetische‘ *Germania libera*, also das rechtsrheinische Kerngebiet der ottonischenzeitlichen Reichsbildung und in den ungarisch beziehungsweise westslawisch überschichteten Osten bis Nordosten der Mitte des Kontinents bis in den Raum des Weichselbogens und der nördlichen Karpaten.“¹³⁾

Kommen wir in die Neuzeit und damit in die Zeit statistisch abgesicherter Kenntnisse, so lassen sich z. B. in thematischen Karten¹⁴⁾ des Kaiserlichen Statistischen Amtes großräumige Bevölkerungsschwerpunkte entlang des Rheines und bevölkerungsarme Gebiete im Nordosten er-

13) Heinz Stöob, Städtebildung in Mitteleuropa, in: Die Frühgeschichte der europäischen Stadt im 11. Jahrhundert, hrsg. von Jörg Jarnut und Peter Johanek, Köln/Weimar/Berlin 1998, S. 19.


14) Vgl. Karte „Die Bevölkerungsdichtigkeit nach Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1890“, in: Statistik des Deutschen Reichs Neue Folge, Band 68, nach Seite 12 *

kennen – allerdings natürlich auch die Bevölkerungsbalancen aufgrund der industriellen Entwicklung im Ruhrgebiet und in Sachsen rund um Chemnitz. Die industrielle Revolution hat die großräumigen Strukturen nachhaltig verändert. Eine nachhaltige Änderung gab es natürlich auch durch die Teilung Deutschlands 1945. 45 Jahre SBZ bzw. DDR und ein ebenso langer sowjetischer Einfluss in „Ostbieten“ sowie die nahezu hermetisch erscheinende Teilung Deutschlands beeinflussten das Ergebnis dieser Untersuchung. Es war aber kein Zufall, dass die Sowjetunion sich die ostelbischen Teile Brandenburg-Preußens sowie Mecklenburg und Vorpommern als Besatzungszone sicherte – das lag geografisch und historisch nahe, es wurde – zumindest im Norden der Demarkationslinie – einmal mehr an alte Strukturen angeknüpft. Heute ist diese „Irregularität“ der deutschen Teilung verschwunden, und Deutschland ist doppelt eingebettet in die Europäische Union und in das moderne Weltsystem, das mittlerweile wirklich die ganze Welt umfasst und keine „Außenwelt“ mehr kennt.

In dieser „Einen Welt“ gibt es Zentren der Entwicklung, deren Bedeutung weit über den Nationalstaat hinausgeht, so genannte Metropolregionen. Die europäischen Metropolregionen ballen sich vor allem in der so genannten „EU-Banane“, dem wirtschaftlichen, politischen und kul-

turellen Zentrum des modernen Europas. Dieser große Raum wird markiert von sehr alten, schon in der Antike bekannten Städten als Eckpunkten: London (Londinium), Paris (Lutetia), Straßburg (Argentoratum) und Mailand (Mediolanum). Er stach schon in der Spätantike heraus, denn er war bereits seinerzeit ein wichtiger Wirtschaftsraum, bekannt u. a. für die Produktion von Textilien und Keramik.

Dieser Teile mehrerer Länder umfassende Raum reicht also von London im Norden und Paris im Westen über die „Rheinschiene“ – von den Benelux-Ländern bis hinunter in die Schweiz – in den Südwesten und Süden Deutschlands (Frankfurt am Main, Stuttgart, München), er umfasst den Westen Österreichs und erstreckt sich in Oberitalien entlang der Poebene von Turin über Mailand und Verona bis nach Venedig. Die Nähe zu diesem modernen Zentrum Europas, in dem sich die Metropolregionen geradezu ballen¹⁵⁾, entscheidet über die künftige Entwicklung von Städten und Regionen. Je weiter von diesem Zentrum entfernt, desto schwächer werden tendenziell die wirtschaftlichen und demografischen Strukturen. Eine schon in der Spätantike ausgebildete Regionalstruktur wird damit eine für die künftige Entwicklung Deutschlands und Europas entscheidende und wachsende Bedeutung haben.

Jessica Huter
Lothar Eichhorn 

Dieser Beitrag ist ein Nachdruck aus „Statistische Monatshefte“ Niedersachsen 2/2004 des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik

15) Vgl. z. B. Peter Mehlbye, Global Integration Zones – Neighbouring Metropolitan Regions in Metropolitan Clusters, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 11/12.2000, S. 755ff, vor allem die Karte auf S. 756.

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im August 2004

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Medium der Veröffentlichungen: - Print, - Disketten, - CD-ROM, [www - kostenloser Download unter www.lds-bb.de/ldsbb/download](http://www.lds-bb.de/ldsbb/download).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR		
		www		/
A I 1 - m 04/04	Bevölkerungsstand, April 2004	X	5,10	20,00
A I 2 - hj 2/03	Bevölkerung der Gemeinden 31.12.2003	X	6,15	20,00
A I 3 - j/03	Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise nach Alter und Geschlecht	X	8,00	20,00
A III 1 - j/03	Wanderungen 2003	X	5,55	20,00
A III 1 - m 04/04	Wanderungen, April 2004	X	5,15	20,00
A IV 2 - j/02	Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen		3,70	
A VI 2; 4 - j/03	Bevölkerung und Erwerbsleben 2003, Ergebnisse des Mikrozensus		4,70	
A VI 7 - m 06/04	Arbeitsmarkt, Juni 2004		3,30	
B I 2, B II 2 - j/03	Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen Schuljahr 2003/2004		3,70	
B I 5 - j/03	Absolventen/Abgänger der allgemein bildenden Schulen 2003		4,40	
B II 5; 7 - j/03	Auszubildende am 31.12.2003 und Prüfungen 2003 sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2003		6,60	
B III 3/2 - j/03	Akademische und staatliche Abschlussprüfungen		3,30	
B III 4 - j/03	Personal und Personalstellen an Hochschulen 2003		4,00	
B VII 5 - 4/04	Europawahl 13.06.2004 Endgültiges Ergebnis nach Gemeinden bzw. Wahlkreisen der kreisfreien Städte	X	17,15	27,00
C I 1 - j/04	Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe 2004, Anbau auf dem Ackerland - Vorläufiges Ergebnis		2,60	
C II 1 - m 07/04	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, Juli 2004		2,60	
C II 2 - m 07/04	Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren, Juli 2004		2,60	
C II 3 - m 07/04	Ernteberichterstattung über Obst im Marktbobstbau, Juli 2004		2,60	
C III 1/4 - 2j/03	Viehzählung Rinder, Schweine, Schafe und Legehennen nach Größenklassen der Tierhaltung und Flächenausstattung am 03. Mai 2003		4,00	
C III 1/5 - 2j/03	Viehzählung Ausgewählte Viehbestände nach Rechtsformen der Betriebe - am 03. Mai 2003		3,30	
C III 2 - m 06/04	Schlachtungen und Fleischerzeugung, Juni 2004		2,60	
D I 2 - m 06/04	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten, Juni 2004	X	6,25	20,00
E I 1; 3 - m 06/04	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, Juni 2004		4,00	
E I 2 - m 06/04	- Produktionsindex, Juni 2004		3,00	
E II 1 - m 06/04	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, (Bauhauptgewerbe) - Juni 2004		3,30	
E IV 1; 2 - j/03	Energie-, Wasser- und Gasversorgung 2003 Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Löhne und Gehälter der Betriebe		3,00	
F II 1; 2 - m 06/04	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Juni 2004		3,30	
F II 5 - j/03	Förderung im sozialen Wohnungsbau 2003	X	5,20	20,00
G I 1 - m 06/04	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel - Messzahlen - Juni 2004, Vorläufige Ergebnisse		3,00	
G III 1; 3 - m 06/04	Aus- und Einfuhr, Juli 2004, Vorläufige Ergebnisse		3,30	
G IV 1 - m 06/04	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, Juni 2004		3,70	
G IV 3 - m 06/04	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - Juni 2004, Vorläufige Ergebnisse		2,60	
H I 1 - m 05/04	Straßenverkehrsunfälle - Mai 2004, Endgültiges Ergebnis		3,30	
H I 1 - m 07/04	- Juli 2004, Vorläufiges Ergebnis		2,30	
K IX 1 - j/03	Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsgesetz (BAföG) 2003	X	5,65	20,00
L III 1 - j/03	Schulden der öffentlichen Haushalte und deren öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen am 31.12.2003		3,30	
M I 2 - m 08/04	Verbraucherpreisindex, August 2004	X	6,45	20,00
N I 1 - vj 2/04	Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	X	5,95	20,00
O II 2 - 5j/03	Haus- und Grundbesitz, Geldvermögen und Schulden privater Haushalte 2003 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe		3,70	
P I 5 - j/01	Bruttoanlageinvestitionen 1996 bis 2001		4,00	
Q III 1 - j/02	Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2002		3,00	
Verzeichnis	Verzeichnis der Beruflichen Schulen Schuljahr 2003/2004		9,00	24,00

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe Daten + Analysen					
Heft	Themenhefte	Preis	Heft	Quartalshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR	III/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR	IV/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR	I/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2003	Statistischer Jahresbericht 2002	5,25 EUR	II/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25 EUR	III/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2004	Jahresbericht 2003	7,00 EUR	IV/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2004	Registergestützter Zensustest	5,20 EUR	I/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
			II/2004	Quartalsheft	4,00 EUR

Neues Themenheft Registergestützter Zensustest



Auf der Grundlage des Zensusvorbereitungsgesetzes vom 27. Juli 2001 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein Alternativkonzept entwickelt und getestet, das anstelle der herkömmlichen Volkszählung (Befragung aller Einwohner) soweit wie möglich die Nutzung vorhandener Verwaltungsregister vorsieht. Die Auswertung dieses neuen Verfahrens zur Volkszählung ist im Wesentlichen abgeschlossen. Im nun vorliegenden Themenheft „Registergestützter Zensustest“ sind drei Beiträge enthalten. Der Teil „Ergebnisse des Zensustests“ ist eine Gemeinschaftsarbeit des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter der Länder. Er enthält die Zusammenfassung der ausführlichen Berichte zu den einzelnen Projekten des Zensustests. Neben der Darstellung der wichtigsten Ergebnisse werden hier auch mögliche Modelle einer künftigen Volkszählung vorgestellt.

Im darauf folgenden Abschnitt zur „Auswertungsstelle der postalischen Gebäude- und Wohnungszählung“ sind die Besonderheiten der bei der Auswertung der Gebäude- und Wohnungszählung angewandten Tabellen- und Berichtserstellung beschrieben. Dabei steht die Arbeit in einer projektbezogenen Arbeitsgruppe, der „Auswertungsstelle“, im Mittelpunkt. Wesentliche Erkenntnisse, die im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der einzelnen Zensusteile gewonnen wurden, sind im abschließenden Beitrag „Erkenntnisse und Erfahrungen für einen künftigen registergestützten Zensus“ zur Diskussion gestellt.



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de